Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.20 Mark; durch die Post bezogen 2.40 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14

Anzeigenpreis: 15 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Dienstag, 23. November 1926 | 6. Jahrgang • Nr. 276

Herunter mit der Arbeitszeit!

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 23. November.**

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat einen Gesetzentwurf über die Arbeitszeit eingereicht mit folgenden wichtigen Forderungen:

Maximaler Arbeitstag acht Stunden für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten; wöchentliche Gesamtarbeitszeit 42 Stunden. An Sonn- und Festtagen nicht über fünf Stunden. Freiwillige Ueberstunden verboten. Ausnahmsweise Ueberschreitungen, die nur mit Zustimmung des Betriebsrates und der Gewerkschaften gestattet werden können, müssen auf die Stundenwoche angerechnet werden. Sieben Stunden für gesundheitsschädliche weibliche Arbeitskräfte, ferner für alle Arbeiter in gesetzlichen Industrie (Chemie, Sprengstoff usw.). Für Arbeiter bei dauerndem künstlichen Licht und für Arbeiter am fließenden Band sieben Stunden. Sechsstundentag und Stundenwoche für Jugendliche unter 18 Jahren, Anrechnung der Pflichtschulzeit. In landwirtschaftlichen Großbetrieben Achtstundentag, Gesamtarbeitszeit im Jahre höchstens 2400 Stunden. Ueberstunden im Saat- und Erntemonat mit Zustimmung des Gutsrates und der Gewerkschaften und auf die Wintermonate anzurechnen. Gesamtwochenarbeitszeit in der Landwirtschaft inkl. Sonntagsarbeit höchstens 48 Stunden. Verbot der Nachtarbeit und Ueberstunden für Arbeiterinnen und Jugendliche. Verbot der Arbeit in gesundheitsschädlichen Betrieben auch für Arbeiterinnen und Jugendliche. Besondere Mutterschutzbestimmungen. Verbot der Kinderarbeit unter 14 Jahren. Drei Wochen Mindesturlaub für alle Arbeiter, Angestellte und Beamten. Kontrolle des Gesetzes durch die Betriebe. Strafbestimmungen für Uebertretungen durch die Unternehmer bis zu drei Monaten Gefängnis.

*

Herunter mit der Arbeitszeit! Dieser Kampfruf erschallt jetzt in ganz Deutschland. Auch die mitteldeutschen Bergarbeiter beschlossen die Kündigung des Arbeitszeitabkommens. Wie steht es in den anderen Industriezweigen in Halle-Merseburg? Neunstundentag oder verhüllter Neunstundentag sind die Regel. Ueberstunden auf Ueberstunden bei den Neubauten, vor allem im Leunawerk, wo die Baufirmen die neueingestellten Arbeiter 12, 14 und 15 Stunden schuften lassen, damit die Riesenbauten schneller vorwärtsschreiten. Die Zeit ist nicht reif, sondern überreif zum Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit, um die Beseitigung der Erwerbslosigkeit, die in Mitteldeutschland durch Einführung des Achtstundentages und der Siebenstundenschicht im Bergbau ohne weiteres möglich wäre.

Diese Forderungen können aber im Parlament nur eingebracht werden. Die bürgerlichen Parteien werden niemals ihre Zustimmung dazu geben. „Also nur Agitation?" Wer so fragt, versteht nicht, daß nur der außenparlamentarische Kampf der Massen, nur der Druck der geeinigten Arbeiterschaft in allen entscheidenden Fragen Erfolge erzielen kann.

Die Werktätigen Mitteldeutschlands haben am 21. November ein Bündnis geschlossen. Jetzt heißt es, dieses Bündnis im praktischen Kampf zu erproben und die vereinigten Kräfte der arbeitenden Massen für die nächsten Teilforderungen, für die Verkürzung der Arbeitszeit und die allgemeine Erhöhung der Löhne um 20 Prozent einzusetzen.

An die deutsche Arbeiterschaft!

Klassengenossen! Nach einem mehr als 200 Tage dauernden, heroischen Kampf, der in der Geschichte der Arbeiterbewegung ohne Beispiel dasteht, haben die englischen Bergarbeiter mit großer Wahrheit noch einmal

abgelehnt, die Arbeit zu Bedingungen aufzunehmen,

die eine Verschlechterung von Lohn und Arbeitszeit bedeuten würden. Wenn die englischen Bergarbeiter trotz ihrer unbeugsamen Kampfentschlossenheit dennoch der Macht der Bourgeoisie unterliegen müßten, so sind sie nicht bezwungen durch Kleinmut in den eigenen Reihen, sondern nur durch die Not und das wachsende Elend, das auch die Stärksten niederzwingt, wenn ihnen keine rettende Hilfe wird. Von einer solchen Hilfe war aber im Kampfe der englischen Kameraden keine Rede. Der nationale und der internationale Reformismus haben alles getan, um den Kampf an die Fahnen der Unternehmer zu heften.

In England wurden die Bergarbeiter

verraten von der Macdonald- und Thomas-Clique,

den offenen Zuhältern der Bourgeoisie, die schon den schwarzen Verrat von 1921 auf dem Gewissen haben. Nur in der Internationale von Amsterdam war der Verrat auf Schritt und Tritt.

Nichts taten die Oudegeest, Jouhaux, Leipart, Husemann und Kompanie, um die Kohlenzufuhr nach England zu sperren.

Im Gegenteil, sie helfen den Kohlen- und Schiffskronen ihrer Länder, ungeheure Profite zu machen während des Kohlengräberstreiks, indem sie die Arbeiter in den Bergwerken und Häfen am Kampfe hinderten und sie zwangen, sich Zwangsschiedssprüchen zu unterwerfen.

Nur das russische Proletariat hat die größten Anstrengungen gemacht,

durch finanzielle Hilfe und restlose politische Solidarität den ringenden Rücken zu steifen. Amsterdams Scheinhilfe war dagegen in der Hauptsache ein Anleihengeschäft mit 4½ Prozent Zinsen.

Zum hundertsten Male muß es gesagt werden: Wenn Englands Bergarbeiter besiegt werden wegen der mangelnden Solidarität der kontinentalen Arbeiter und des reformistischen Verrats, dann

eine neue Unternehmeroffensive

mit verstärkter Macht gegen die Arbeiterklasse und ihre Arbeits- und Lohnbedingungen einsetzen. Habt Ihr nicht gelesen, was der Führer Unternehmerhäuptling Borsig seinen Klassengenossen anzudrohen?: Lohnabbau auf der ganzen Front.

Genossen! Arbeiter! Denkt daran. Macht endlich Schluß mit dem Streikbruch. Kommt Euren englischen Genossen in der Stunde zur Hilfe. Sammelt überall! Gebt schnell und reichlich! Heute noch könnt Ihr unsere englischen Brüder vor Niederlage bewahren!

Nieder mit dem Streikbruch!

Es lebe die proletarische Solidarität!

Das Zentralkomitee der KPD.

Die Bergarbeiter lehnen das Regierungsdiktat ab

London, 23. November.

„Daily Telegraph" schreibt: Premierminister Baldwin erhielt eine Mitteilung vom Sekretär des Bergarbeiterverbandes, daß die Bergleute die von der Regierung vorgeschlagenen Bedingungen für eine Regelung abgelehnt hätten. Diese Mitteilung bedeutet das Ende des Planes betr. Einsetzung eines nationalen Lohnschiedsgerichts. In parlamentarischen Arbeiterkreisen wird erklärt, daß die Bergarbeiter sich nicht durch Lohnvereinbarungen für die Dauer von drei Jahren binden wollten. Sie seien der Ansicht, daß durch solche Lohnvereinbarungen ein zu hoher Preis für das Schiedsgericht gezahlt werden würde.

Die Tagung des Erweiterten EKKI. eröffnet

(Inprekorr.) **Moskau, 20. November.**

Heute abend fand im Thronsaal des Kreml eine vorbereitende Sitzung des EKKI. zur Siebenten Tagung des Erweiterten Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale statt. Die Leitung der Tagung wurde Genossen **Bucharin** übertragen.

Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung: Thesen des Genossen Bucharin zur internationalen Lage und zu den nächsten Aufgaben der Kommunistischen Internationale, fand eine ausgiebige Debatte statt. Es wurde eine Kommission zur Redigierung des Thesenentwurfes eingesetzt.

Genosse **Stalin** entwickelte die Grundgedanken seines Berichtes über die **innerparteiliche Lage in der KPSU.**, den er auf der Tagung des Erweiterten EKKI. vortragen wird. Das EKKI. billigte den Plan des Referates.

Genosse **Pepper** berichtete, daß die Thesen zur britischen Frage in ihrer endgültigen Fassung später vorgelegt werden.

Genosse **Ercoli** teilte mit, daß die Gewerkschaftsthesen erst dem Plenum des Erweiterten EKKI. vorgelegt werden.

Genosse **Petrow** berichtete über die Arbeiten der chinesischen Kommission und der Kolonialkommission.

Das EKKI. billigte den Entwurf zum Bericht des Genossen Kuusinen über die innere Lage und die Aufgaben der Kominternsektionen.

Das EKKI. nahm ferner einen Aufruf zur Unterstützung der revolutionären Bewegung Indonesiens an.

Der Beginn der Plenartagung des Erweiterten EKKI. wurde auf Montag, den 22. November, abends, festgesetzt.

Bevorstehende Inbetriebnahme des Großkraftwerks „Wolchowstroj". Das neue Kraftwerk „Wolchowstroj" bei Leningrad soll dieser Tage mit der Lieferung von elektrischem Strom beginnen. Die zwei ersten aus Schweden bezogenen Turbogeneratoren sollen in den nächsten Tagen in Betrieb gesetzt werden.

Was nun?

Nach der Landeskonferenz der Werktätigen Mitteldeutschlands

Halle, 23. November.

Worin besteht der große Erfolg der Landeskonferenz der Werktätigen Mitteldeutschlands? Darin, daß die Arbeiterschaft und ein Teil der Kleinbauern dem Ruf nach Bildung einer Kampfes-Einheitsfront folgten. Eine Reihe von Losungen, die bisher nur von einer schmalen Schicht der aktiven revolutionären Kämpfer verstanden wurden und den meisten Arbeitern schöne abstrakte Worte geblieben sind, gewannen Farbe und Charakter. „Einheitsfront der Werktätigen", „Arbeiter- und Bauernregierung" — diese Worte wurden auf der Konferenz von Leben erfüllt.

Wir haben damit einen Schritt vorwärts getan! Wir müssen aber auf keinen Augenblick vergessen, daß wir nur einen Schritt vorwärts getan haben. Nur einen Schritt! Worin muß nun der nächste Schritt bestehen? Die nächste Aufgabe besteht in der Auswertung der Konferenz. Diese Auswertung erfolgt nicht nur in der Berichterstattung der Delegierten, sondern sie besteht darin, daß wir auf Grund der gesammelten Erfahrungen die nächsten Aufgaben bestimmen.

Die Landeskonferenz hat den erwachenden Kampfwillen gegen die Trustherrschaft und kapitalistische Rationalisierung in einer wahrhaft imposanten Form zum Ausdruck gebracht. Aber wohlgemerkt: die großen Massen wissen kaum, was die Worte Trustherrschaft und Rationalisierung eigentlich bedeuten. Dagegen wissen sie sehr gut, was die **Elendslöhne** und die **lange Arbeitszeit** bedeuten.

Hier muß der Hebel angesetzt werden! Auf die **Verkürzung der Arbeitszeit** und auf die **Erhöhung der Löhne** muß der Kampf konzentriert werden. Die Landeskonferenz der Werktätigen Mitteldeutschlands hat zur Lohn- und Arbeitszeitfrage keine besondere Resolution eingebracht: sie stehen aber im Mittelpunkt der Forderungen, die das vom Kongreß bestätigte Manifest aufgestellt hat. Man sage nicht, daß Resolutionen unnütz sind. Aber es ist richtig, zu sagen, daß die Tat mehr wert ist als hundert Resolutionen.

Worin besteht aber die Tat? Die mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter haben die Kündigung des Arbeitszeitabkommens durchgesetzt. Das ist eine Tat. Aber wir wissen aus dem Verlauf der Lohnkämpfe im Ruhrgebiet und der Lohnverhandlungen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau nur allzu gut, daß die Verbandsbureaukratie keinen einzigen Schritt zur Entfaltung von Massenkämpfen von selbst tun wird, daß sie dagegen alle Schritte unternimmt, um solche Kämpfe durch sogenannte Kompromisse zu verhindern. Diese Kompromisse bedeuten in Wirklichkeit kampflose Niederlagen für die Arbeiterschaft.

Sind augenblicklich die Lohnfragen oder die Arbeitszeitfrage in den Vordergrund zu stellen? Nach unserer Ansicht sind die beiden Fragen voneinander überhaupt nicht zu trennen. Wenn die reformistische Gewerkschaftsbureaukratie und die SPD. jetzt versuchen, die Arbeitszeitfrage von der Lohnfrage getrennt zu behandeln und die Forderung des Achtstundentages mit großer Aufmachung verkünden, so ist dies ein Ablenkungsmanöver. Abgesehen davon, daß sie einen Achtstundentag unter Anerkennung der „Ausnahmefälle" verlangen (wobei die Ausnahme dann die Regel bilden kann), wollen sie damit die Aufmerksamkeit von der brennenden Lohnfrage ablenken.

Und nun können wir die Frage beantworten, die viele Arbeiter an uns und an die Delegierten stellen: Was ist der praktische Ertrag der Landeskonferenz? Was nun?

Die sozialdemokratische Presse hat sich nicht entblödet, mit dem törichten Argument gegen den Kongreß zu operieren, daß er „keinen Pfennig Lohnerhöhung mit sich bringen wird". Wer sich den „praktischen Erfolg" so vorstellt, daß auf Beschluß der Landeskonferenz die Unternehmer von morgen an höhere Löhne zahlen werden, wird vielleicht derselben Meinung sein. Die Delegierten der Landeskonferenz, ob KPD.-, SPD.- oder parteilose Delegierte, sind aber anderer Meinung. Die wahrhaft begeisterte Stimmung, die den Kongreß beherrschte, griff gerade deshalb um sich, weil alle Delegierten die praktische Bedeutung der Verhandlungen begriffen.

Die Konferenz hat in zweierlei Beziehung die kommenden, unvermeidlichen Massenkämpfe um höheren Lohn und Verkürzung der Arbeitszeit wesentlich vorbereitet.

Erstens wurde durch eine Aufklärungskampagne über die besondere Wirtschaftslage Mitteldeutschlands und über die Rationalisierung die wirtschaftliche Grundlage für erfolgreiche Kämpfe aufgezeigt. Diese Aufklärungskampagne muß noch nach der Konferenz wesentlich gestärkt werden. Dadurch wird nicht nur der Boden für die Lohnkämpfe und Arbeitszeitkämpfe geschaffen, sondern auch der Wille zum Kampf um die Nationalisierung der Produktionsmittel, zum Kampf um den Sozialismus gestärkt. Wir können ohne Uebertreibung behaupten, daß die Losungen der Nationalisierung der Bodenschätze, der Großindustrie und des Großgrundeigentums nach Jahren der Depression zum ersten Male wieder als lebendige Forderungen empfunden und begrüßt wurden.

Zweitens hat die Landeskonferenz das Bündnis der Werktätigen ideologisch und organisatorisch gestärkt. Die Kleinbauern

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261123-18/fragment/page=0001

und Kleingewerbetreibenden, die auf der Konferenz begriffen haben, daß ihre Interessen mit denen der Arbeiter zusammenfallen, werden diese Erkenntnis in breite Kreise hineintragen. Die Sympathien der werktätigen Bevölkerung sind aber bei Arbeitskämpfen oft von entscheidender Bedeutung.

Auf der nun geschaffenen Grundlage kann nun die Vorbereitung der gewerkschaftlichen Massenkämpfe in Mitteldeutschland mit viel mehr Aussicht unternommen werden. 92 Gewerkschaften haben Vertreter zur Konferenz entsendet, eine Anzahl von Ortsverwaltungen haben außerdem ihre Sympathie für den Werktätigenkongreß in Resolutionen zum Ausdruck gebracht. Diese Verbände sowie alle übrigen haben nun mit gesteigerter Kraft für die Organisierung des Kampfes um Arbeit und Brot zu sorgen.

Verstärkte Gewerkschaftsarbeit: das ist die revolutionäre Arbeit, die jetzt nottut. Fort mit allen Hemmungen! Fort mit der antigewerkschaftlichen Stimmung! Höchste Konzentration der Kräfte auf die Stärkung der Gewerkschaften und Umwandlung derselben in wahre Kampfverbände! Ein Ziel, das nicht von heute auf morgen erreicht werden kann. Es ist aber die Existenzfrage der Arbeiterschaft, ob wir auch auf diesem Gebiet in den nächsten Monaten entscheidende Schritte vorwärts tun oder stagnieren. Stagnieren heißt aber für eine revolutionäre Bewegung so viel, wie zurückgehen. Es gibt keine Stagnation, es gibt nur einen Vormarsch oder einen Rückgang. Die mitteldeutsche Arbeiterschaft hat auch nur die Wahl zwischen diesen beiden Möglichkeiten.

Die Regierung will keine Aufklärung im Fall Hoelz

Vertagung des Amnestieausschusses

Gestern abend sollte der Amnestieausschuß zu einer Sitzung in der Sache Hoelz zusammentreten. Diese Sitzung, so wußte man bereits, würde dadurch **eine sensationelle Wendung** nehmen, da der Hauptbelastungszeuge im damaligen Prozeß gegen Hoelz seine damaligen Aussagen widerrufen werde und daß darüber hinaus **der Täter im Falle Heß persönlich vor dem Amnestieausschuß erscheinen** werde, um ein umfassendes Geständnis seiner Tat abzulegen.

Dies wußte man im Amnestieausschuß, und deshalb **fehlten eine Reihe von Mitgliedern des Amnestieausschusses**, um den Amnestieausschuß vertagen zu können. Sowohl der Hauptbelastungszeuge im damaligen Prozeß gegen Hoelz, wie auch der Täter, sind bereits verschiedene Male in Berlin gewesen, um vor dem Justizministerium ihre Aussagen zu machen. **Sie sind bis heute immer abgewiesen worden**, und die gestrige Vertagung des Amnestieausschusses beweist, daß das **Justizministerium sich mit allen Mitteln von der Klärung des Falles Hoelz**, die eine Freilassung von Max Hölz mit sich bringen müßte, **drücken will.**

Sowohl der Hauptbelastungszeuge wie auch der Täter im Falle Heß haben deshalb keinen anderen Weg gefunden, als sich schriftlich an den Amnestieausschuß zu wenden.

Das heutige „Berliner Tageblatt" **veröffentlicht die beiden Schreiben**, die der Täter im Falle Heß an den Amnestieausschuß gerichtet hat und ebenso das Schreiben, das der Hauptbelastungszeuge im damaligen Prozeß gegen Hoelz an die gleiche Instanz gesandt hat.

Gleichfalls nennt das „Berliner Tageblatt" auch die Namen der beiden, so daß wir jetzt in der Lage sind, sie ebenfalls zu nennen. Der Täter im Falle Heß ist Erich Friehe und steht zurzeit im 24. Lebensjahre, der frühere Hauptbelastungszeuge ist der Schlosser Uebe.

Das Schreiben von Erich Friehe ist ein umfassendes Geständnis seiner Tat mit allen Einzelheiten. Erich Friehe schildert in diesem Schreiben, wie es **gerade Hoelz gewesen ist, der mit allen Mitteln die Erschießung des Heß hat verhindern wollen.** Uebe schildert in seinem Schreiben, daß ihm **sein Gewissen keine Ruhe mehr lasse**, und er unbedingt seine damaligen Zeugenaussagen berichtigen müsse, nachdem er seit längerer Zeit wisse, daß nicht Hoelz, sondern Friehe der Täter im Falle Heß sei.

Diese beiden Geständnisse müssen endlich die Regierung zwingen, Schluß mit dem Justizmord an Max Hoelz zu machen. Jede weitere Verzögerung ist ein bewußtes Rechtsverbrechen. Jeder rechtlich denkende Mensch muß sich dem Ruf anschließen, bis der Zwang der öffentlichen Meinung den Widerstand der öffentlichen Instanzen bricht: Schluß mit dem Justizmord an Max Hoelz! Heraus mit Max Hoelz!

Die „Krisenfürsorge" in Kraft

Berlin, 22. November.

Am 24. November ist das Gesetz über eine Krisenfürsorge für Erwerbslose in Kraft getreten. Hierdurch werden die Gemeinden verpflichtet, eine besondere Fürsorge für Erwerbslose, die die Höchstdauer der Unterstützung überschritten haben, einzurichten. Die Voraussetzungen für die Krisenfürsorge sind grundsätzlich dieselben wie für die Erwerbslosenfürsorge. Insbesondere gilt dies hinsichtlich der Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit. **Erwerbslose, die Krisenfürsorge erhalten, sind hervorragt zu öffentlichen Notstandsarbeiten herangezogen. An dem Aufwand der Fürsorge sind die Gemeinden mit 25 Prozent beteiligt, die restlichen 75 Prozent trägt das Reich. Die Geltungsdauer des Gesetzes ist bis zum 31. März 1927 beschränkt.**

*

Wir haben die „Krisenfürsorge" mehrmals ausführlich behandelt und gezeigt, wie sie durch „Kann"-Bestimmungen geradezu eine neue Provokation der Erwerbslosen darstellt. Der einheitliche Kampf aller Werktätigen geht gegen die „Krisenfürsorge", **für 50 Prozent Erwerbslosenunterstützungserhöhung und Aufhebung aller Karenz- und Ausgesteuerten-Bestimmungen.**

Außenpolitische Vorbereitung der Großen Koalition

(Eig. Meld.) **Berlin**, 22. November.

Der „Vorwärts" veröffentlicht Beschlüsse der sozialdemokratischen Vierländerkonferenz von Luxemburg. An diesen Beschlüssen haben alle sozialdemokratischen Größen Frankreichs, Englands, Deutschlands und Belgiens und der Sekretär Fritz Adler mitgewirkt. Zunächst wird für den Dawes-Plan, für Locarno, sowie für Eintritt Deutschlands in den Völkerbund die sozialdemokratische politische Vaterschaft reklamiert. Den Dawes-Plan habe die Fraktionsfünfländerkonferenz, den Vertrag von Locarno die sozialistische Zusammenkunft in Berlin 1923 und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund der Brüsseler Kongreß und die Konferenz von Marseille beeinflußt. Es gelte jetzt „das Werk des Friedens weiter zu treiben". Die Konferenz fordert dazu Rheinland-Räumung, während sie offen das Selbstbestimmungsrecht des Saargebietes nicht zu fordern wagt. In der Schuldenfrage wird Streichung der interalliierten Schulden, aber Beibehaltung, „Beschränkung der deutschen Schuld nach dem Wert der tatsächlichen Wiedergutmachung verlangt."

Am Vorabend der Reichstagsverhandlungen über Thoiry sollen diese Beschlüsse, die eine gewisse Revision des Versailler Friedens, aber seine grundsätzliche Beibehaltung behalten, Herrn Stresemann — und damit der Großen Koalitions-Regierungs-Bildung — behilflich sein. Die Wels-Breitscheid-Partei auch außenpolitisch ein getreuer Lakai der Minderheitsregierung der deutschen Bourgeoisie.

Bau einer großen Glasfabrik in Nordwestrußland. In Belyj-Botschot (Nordwestrußland) wird eine große mechanisierte Glasfabrik gebaut. Die Baukosten werden auf 4,5 Mill. Rubel veranschlagt. Die Inbetriebnahme der neuen Fabrik ist für Mitte 1928 vorgesehen. Aus dem Auslande werden Ausrüstungen für 1,5 Mill. Rubel bezogen.

Der Kampf der Eisenbahner gegen die Dawes-Fesseln

Der Betriebsrat der Eisenbahnwerkstätten Köln-Nippes erläßt einen Aufruf an seine Kollegen und an die Verbandsleitungen, die Eisenbahner zu einem energischen Abwehrkampf gegen das Elend und die Ausdehnung des Reichsbahnpersonals zu beginnen, die seit der Dawesierung unerträglich verschärft worden sind. Auf Klage der Reichsbahn wird der Betriebsrat dieserhalb aufgelöst. Diese Maßregelung ist keine Angelegenheit der Kölner Eisenbahner. Er ist eine Sache des gesamten deutschen Eisenbahnpersonals der gesamten deutschen Arbeiterklasse. Um ihre Rechte geht es hier. Die Einführung der 60- und 72-Stundenwoche, die Lohnkürzungen und die Minderung der Betriebsratsrechte bei der Reichsbahn waren für die Privatindustrie stets das Signal, in gleicher Richtung vorzustoßen. Die deutsche Dawes-Bahn erwies sich als Preistreiberin des Privatkapitals. Wenn nunmehr Not und Elend in diesem Riesenbetrieb einen solchen Grad erreicht haben, daß Zorn und der Kampfwillen die Arbeiter zu elementaren Widerstand treiben, so sollte das für die Gewerkschaften ein Warnungssignal sein, und sie sollten daraus die Lehre ziehen, daß es höchste Zeit ist, von der Abwehr nicht nur zu reden, sondern zu Taten überzugehen.

Die Gewerkschaftsleitungen und der Vorstand des Eisenbahnerverbandes wissen sehr genau, was für die Arbeiter auf dem Spiele steht. Das geht u. a. hervor aus der Rede, die Scheffel, der Vorsitzende des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, über die Folgen der Dawes-Lasten für das deutsche Eisenbahnpersonal hielt. Er führte aus, daß auf Grund des Dawes-Abkommens das Reichsbahngesetz erlassen worden ist, das die Handhaben zu allen später eingeführten Verschlechterungen geboten hat. Er vergaß allerdings hinzuzufügen, daß nur die Zustimmung der Sozialdemokratie erst die Annahme des Gesetzes ermöglicht hat. Durch das Reichsbahngesetz erhielt die Bahnverwaltung die Möglichkeit, die Arbeitszeit nahezu zu verlängern. Seit seinem Zustandekommen sind weitere 70 000 Bedienstete abgebaut worden. „Die im Dienst verbliebenen sind einer geradezu grenzenlosen Ausbeutung ausgesetzt." Nach diesem Bahngesetz können den Reichsbahnbeamten Posten geringerer Bedeutung zugewiesen werden. „Auf Grund dieses Paragraphen sind 10 000 Arbeiter entlassen und Beamte an deren Stellen kommandiert worden."

„Geradezu einen Skandal stellt eine andere Bestimmung dar, wonach 5 Prozent der Gehalt- und Lohnsumme als sogenannte Leistungszulagen verwendet werden können. Man hat diese Zulagen nicht zu unrecht als Schmarotzerzulagen bezeichnet, denn es sind nur die Schäflinge der Reichsbahn, die diese Leistungszulagen erhalten. Die anderen gehen leer aus, müssen aber die eigentlichen Leistungen vollbringen."

Die Reichsbahngesellschaft entzieht sich auch den Bestimmungen der allgemeinen Sozialgesetzgebung Deutschlands, und so gehen die Klagen Scheffels auf dem Pariser Kongreß weiter. (Kongreß der Internationalen Transportarbeiterföderation in Paris.)

Was ist da zu machen? „Wir sind aber machtlos gegenüber einem Gesetz, das sich auf eine internationale Vereinbarung stützt," ruft Scheffel voller Verzweiflung aus. Die deutschen Arbeiter haben zwar ein kurzes Gedächtnis, aber das hat noch keiner vergessen, daß Scheffel und seine Parteigenossen zwar das Gesetz beschlossen haben, nun aber erklären sie sich machtlos, seine Folgen von den Arbeitern abzuwenden.

Den Weg hierzu haben die Kölner Eisenbahner gewiesen: Die Mobilisierung der Massen gegen die unerträglichen Lasten. Die Kartellierung des Eisenbahnerverbandes mit dem Verkehrsbund der Heizer und Maschinisten, sowie den Staats- und Gemeindearbeitern, schafft bereits eine Kampfkraft, deren Willen sich Umnehmertum und Hindenburg-Republik fügen muß, wenn diese Organisationen nur einheitlich und kampfentschlossen auftreten wollten. Scheffel erklärt sich für machtlos gegenüber der Offensive der Dawes-Bahn. Nunmehr haben das Wort die Mitgliedschaften des Eisenbahnerverbandes.

*

(Eigene Drahtmeldung.) **Köln (Rhein), 23. Nov.**

In der Belegschaft des Eisenbahnausbesserungswerkes Köln-Nippes herrscht große Empörung über die Auflösung des Betriebsrates. Vor wenigen Tagen faßten die kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter einen einstimmigen Vertrauensbeschluß für den Betriebsrat. Die Eisenbahndirektion leitet ihre Bemühungen fort, den Betriebsratsvorsitzenden Mathias Kaiser zu entlassen. Die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung" und die „Volkswacht" haben bisher kein einziges Wort über die Betriebsratsauflösung geschrieben.

Klau-Cäcilie in Schatten gestellt

Die Fürstin-Witwe von Schwarzburg raubt für mehrere 100 000 Mark Staatsgut

Ein fast unglaublicher Fürstenstandal wird aus Thüringen bekannt, über den selbst die bürgerliche Presse sich aufregt.

Es handelt sich um einen beim **Landgericht Erfurt** anhängig gemachten Prozeß des Landes Thüringen gegen die **Fürstinwitwe von Schwarzburg** und ihren Hofmarschall, **Herrn v. Haiem, wegen Entwendung von dem Staat gehörigen Kunstschätzen aus dem Schwarzburger Schloß und Zeughaus.** Sämtliche in Frage kommenden Gegenstände, darunter solche von **völlig unersetzbarem Wert**, sind auf Grund des Auseinandersetzungsvertrages zwischen dem verstorbenen Fürsten Günther und dem Land Schwarzburg-Rudolstadt **dem Staat** zugefallen. Trotzdem hat Herr v. Haiem diese Gegenstände an einen **Berliner Kunsthändler** und **an das Berliner Zeughaus (!)** zugunsten der Fürstinwitwe verkauft. **Die entwendeten Werte gehen in die Hunderttausende.**

Dieser reguläre Diebstahl ist um so ungeheuerlicher, als die Anfechtungsklage des Fürsten gegen den Auseinandersetzungsvertrag seinerzeit vom Oberlandesgericht **Jena zurückgewiesen wurde** und das als Revisionsinstanz angerufene Reichsgericht auf Grund des Reichssperrgesetzes noch nicht entschieden konnte. Die Unverschämtheit der Fürstin und ihres Hofmarschalls ging sogar so weit, daß das Gericht in **Erfurt eine einstweilige Verfügung** erließ, die dem fürstlichen Haus „**jede weitere Beiseiteschaffung oder Veräußerung von Gegenständen aus dem Schloß und dem Zeughaus in Schwarzburg bei einer Geldstrafe von 20 000 Mark untersagt**".

Die Geldstrafe von 20 000 Mark ist eine Prämie, sie wird auf die fürstlichen Räuber vermutlich keinerlei Eindruck machen, da die von ihnen entwendeten Werte und die noch von ihnen beanspruchten Gegenstände mindestens den zehnfachen Wert repräsentieren. Eine Bewachung des Schlosses und des Zeughauses vor den offen angekündigten Diebstählen der Fürstin und ihrer Beauftragten findet selbstverständlich nicht statt. Es ist also damit zu rechnen, daß **Schloß und Zeughaus in aller Ruhe ausgeräumt** werden und die fürstlichen Räuber dafür dann kaltblütig ihre 20 000 Mark Strafe bezahlen werden, falls sich ein Gericht finden sollte, das sie dazu verurteilt.

Geßler weiß nichts von der Schwarzen Reichswehr

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 23. November.

Ueber die Enthüllungen über den Aufbau der neuen Schwarzen Reichswehr erklärte der Reichswehrminister, ihm sei darüber nie etwas bekannt geworden. „Als vor Jahr und Tag Gerüchte in dieser Richtung auftraten, sind erneut scharfe Befehle gegen derartige Verbindungen erlassen worden." Der Jungdeutsche Orden, dessen Denkschrift die Enthüllungen entstammen, hält seine Behauptungen aufrecht. Gleichzeitig veröffentlicht Geßler in Hugenbergs „Lokalanzeiger" einen Artikel gegen jede Kontrolle der Rekrutierung der Reichswehr, in dem zugegeben wird, daß Neueinstellungen in die Reichswehr auf persönliche Empfehlungen durch die Offiziere (oder ihrer Verbindungsleute zu den Wehrverbänden) erfolgen.

Von der Parteikonferenz der KPSU.

Der Kriegskommissar Unschlicht und der Arbeiterdichter Demjan Bjedny vor Beginn der Konferenz. (Bilderdienst der AIZ.)

Reichs- und Landesgelder für die „Deutsche Allgemeine Zeitung"

Stresemanns Geheimfonds — So wird mit den Steuern der Werktätigen umgesprungen

Ueber die Unterstützungsgelder, die der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" aus öffentlichen Mitteln zufließen, wurde jetzt **weitere Einzelheiten bekannt.** Es stellt sich heraus, daß die „Deutsche Allgemeine Zeitung" **nicht nur von der preußischen Regierung ausgehalten wird** — wir hatten darüber bereits vor einigen Monaten berichtet —, sondern daß ihr auch **seit Monaten aus den Reichskassen Zuschüsse in beträchtlicher Höhe zugeleitet werden.**

Es handelt sich dabei um einen dem Reichsaußenminister für besondere Zwecke **zur Verfügung gestellten Fonds in Höhe von 8 Millionen Mark**, über den Stresemann nach eigenem Ermessen verfügen kann, **ohne zu einer öffentlichen Rechnungslegung verpflichtet zu sein.** Aus diesem Fonds leitet der Außenminister der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" monatlich **80 000 bis 90 000 Mark zu.** Auf etwa der gleichen Höhe bewegt sich der monatliche **Druckkostenzuschuß**, den die preußische Regierung etwa seit dem Tode Stinnes für die „Deutsche Allgemeine Zeitung" leistet. Die Unterstützung ist also **doppelte.**

Gestern nun gab der Reichsaußenminister Stresemann im Auswärtigen Ausschuß zu der Korruptionsaffäre „DAZ." eine **Erklärung** ab im Einvernehmen mit Marx. Danach ist im April 1926 die im August 1925 von der preußischen Regierung gekaufte „DAZ." auf das Reich übergegangen. Die entstandenen Ausgaben (Bezahlung der Riesenschulden) wurden aus dem Dispositionsfonds des Reichskanzlers und des Außenministers gedeckt worden.

Was die Unterstützung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" anlangt, so nimmt die sozialdemokratische Presse gegen die Reichsregierung große Empörung. Sie vergißt aber zu erzählen, daß die preußische Regierung genau so die „Deutsche Allgemeine Zeitung" unterstützt hat und unterstützt mit Geldern der Steuerzahler, wie das die Reichsregierung tut.

Die rheinischen Großschieber sind „national"

Berlin, 22. November.

Wie die „Welt am Abend" berichtet, gehören die wegen Riesenbetrügereien zu ungunsten des Staates verhafteten rheinischen Großindustriellen aus Duisburg und Umgebung zu den Finanziern der Reichspräsidentenkandidatur des Oberbürgermeisters Jarres. Im Vertrauen auf die der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei geleisteten Beihilfen fuhren sie nach Berlin, um die Niederschlagung des Verfahrens und die Vertuschung der Millionen-Schwindeleien bei hochstehenden Politikern des Bourgeoisstaates zu erzielen.

Schanghai unmittelbar von Kanton-Truppen bedroht

Der siegreiche Vormarsch der Kanton-Truppen rückt immer mehr in Frage in die Nähe, wie sich Tschangtsolin, der nach der Kanton-Regierung mächtigste Mann in China, gegenüber dieser Bewegung verhalten wird. Die „Chicago Tribune" rechnet damit, daß **Tschangtsolin 100 000 Mann aufbieten wird, um die Kanton-Truppen an der Einnahme von Schanghai zu hindern.** Diese Drohung Tschangtsolins ist insofern nicht allzu ernst zu nehmen, als es zweifelt wird, ob Wupeifu und der General Sun die 2 [illegible] Tschangtsolins durch jene Gebiete, die sie noch besetzt halten, [illegible] schieren lassen werden. Die Differenzen zwischen Tschangtsolin [illegible] seits und Sun und Wupeifu andererseits werden es aller [illegible] scheinlichkeit nach den Kanton-Truppen ermöglichen, vor einem [illegible] greifen Tschangtsolins die wichtigste Hafenstadt Chinas, Schanghai zu besetzen.

Sozialdemokrat Vandervelde besteht auf dem imperialistischen Vertrag zwischen Belgien und China

Der chinesische Gesandte überreichte gestern dem belgischen Außenminister Vandervelde eine Note, indem er nochmals das Recht der Kündigung eines im Jahre 1865 geschlossenen Vertrages zwischen Belgien und China hervorhebt. Vandervelde denkt aber nicht daran, diesem Verlangen Chinas nachzukommen und behandelt einen auf einem Vertrag, der eines der schlimmsten imperialistischen Machtwerke zur Unterdrückung des chinesischen Volkes durch die [illegible] schen Staate, in diesem Falle Belgien, darstellt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261123-18/fragment/page=0002

Trustherrschaft und Nationalisierung in Mitteldeutschland

Referat des Genossen Hans Schröter auf der Landeskonferenz der Werktätigen Mitteldeutschlands

23.11.26

Volksgenossen! Ich möchte im Eingang meines Referates Sie daran erinnern, daß wir vor nicht allzu langer Zeit eine Bewegung hatten, in der sich die Werktätigen in breiter Front zusammenfanden. Das war in den Tagen des Volksbegehrens und des Volksentscheids der Fall, wo die werktätigen Schichten erkannten, daß die Auszahlung der ungeheuren Werte der Fürstenvermögen eine weitere Häufung der Lasten auf die Schultern der breiten werktätigen Massen bedeuten würde. Damals haben sich trotz des Terrors der Bourgeoisie 14½ Millionen Werktätige zusammengefunden, um für die Parole: „Keinen Pfennig den Fürsten" einzustehen. Es wurde schon damals von der Kommunistischen Partei betont, daß es nicht darauf ankommen könne, in der Frage der Fürsten gemeinsam zusammenzustehen, sondern auch darüber hinaus, der immer heftiger und schärfer einsetzenden Offensive des Kapitals geschlossen entgegenzutreten.

Wir sind heute in einer Situation angelangt, in der dieser gemeinsame Kampf gegen die Verelendung der werktätigen Massen in einer geschlossenen Einheitsfront aufgenommen werden muß. Schon vor Monaten hat die Kommunistische Partei zu einer Zusammenfassung der Kräfte, zu einer Abwehr der weiteren Verelendung durch das Kapital aufgerufen. Die Kampffront der 14½ Millionen, die für die Fürstenenteignung gestimmt hat, muß weiter zusammengehalten werden, ihre Energie darf nicht nutzlos verpuffen. Als erste riefen die Betriebsräte Groß-Berlins zur Vorbereitung des Kongresses der Werktätigen auf, zu einer Organisierung der Einheitsfront um Erhöhung der Löhne, Erhöhung der Bezüge für die Erwerbslosen. Aber es war nicht nur notwendig, im Reichsmaßstabe den „Kongreß der Werktätigen" vorzubereiten, sondern auch die **mitteldeutsche werktätige Bevölkerung hat die Aufgabe, ihre besonderen konkreten Verhältnisse auf einer eigenen Tagung zu untersuchen und gemeinsame Wege des Abwehrkampfes herauszustellen.** Zu diesem Zweck sind wir heute hier zusammengekommen, zu diesem Zweck haben wir die mitteldeutsche Landeskonferenz vorbereitet.

Die Bodenschätze Mitteldeutschlands

Wenn wir die Entwicklung Mitteldeutschlands nach dem Kriege betrachten, so sehen wir, wie Mitteldeutschland eins der wichtigsten Wirtschaftsbezirke, vielleicht der wichtigste Wirtschaftsbezirk Deutschlands überhaupt geworden ist. Wir sehen, wie sich hier in Mitteldeutschland die Großbetriebe immer mehr vertrusten und konzentrieren, wie in immer größerem Ausmaße neue Produktionsstätten geschaffen werden. Riesenhafte Reichtümer werden auf der einen Weise von einer kleinen Schicht angehäuft, während auf der anderen Seite eine immer mehr sich steigernde Zahl von Werktätigen dem brutalen Elend ausgeliefert wird. Welche besonderen Industriezweige kommen in Frage? Im Vordergrund dieser Entwicklung steht die Entwicklung des **Chemietrusts**, der in Mitteldeutschland seine Hochburg hat. Der Chemietrust ist drauf und dran, nicht nur in Deutschland die erste Rolle zu spielen, auch im internationalen Maßstabe wächst er sich zu einem beherrschenden Machtfaktor aus. Die Grundlagen für die Entwicklung in Mitteldeutschland bieten jene großen Naturschätze, die Mitteldeutschland in der Form der Braunkohle besitzt. Die Braunkohle gibt die Möglichkeit, dem Chemietrust den Urstoff für seine Produktion zu liefern. Darüber hinaus gewährt die Braunkohle auch die Möglichkeit für den **Ausbau der Elektrizitätswirtschaft** in Mitteldeutschland, die in den letzten Jahren sich immer mehr vergrößert und verbreitert hat. Neben der Braunkohle liefert der mitteldeutsche Boden, besonders in Mansfeld, **kupferhaltigen Schiefer** und jene **Kalischätze**, die ebenfalls Riesenwerte und Reichtümer darstellen. So sind die Voraussetzungen gegeben, daß sich in der Zukunft in Mitteldeutschland eine noch viel größere und riesenhaftere Entwicklung zeigen wird, wie wir sie schon in den letzten Jahren erlebt haben.

Der Chemietrust

Der Chemietrust ist drauf und dran, seine Produktionsstätten in größtem Ausmaße zu vervollkommnen. Die J. G. Farbenindustrie ist heute jener Konzern in Deutschland, der mit seinem über eine Goldmilliarde betragenden Kapital die größte wirtschaftliche Macht in Deutschland darstellt. Seine hauptsächlichste Produktionsstätte ist das Leunawerk. Im Leunawerk erzeugt der Chemietrust das auf künstlichem Wege aus der Luft hergestelltes

Stickstoffmittel,

welches ihm die Möglichkeit gibt, im Inlande das Monopol für Stickstoff zu erringen und darüber hinaus, dies Produkt auf dem Weltmarkt zu einem äußerst begehrten Artikel werden zu lassen. Die riesigen Gewinne, die die Stickstoffproduktion erzielt hat, veranlaßt den Chemietrust, im kommenden Jahre die Stickstoffproduktion um weitere 50 Prozent zu steigern. Der Wert der Stickstoffproduktion, wie er augenblicklich im Leunawerk in diesem Jahre erzeugt wurde, betrug **300 Millionen Mark.** In der Produktion selbst sind annähernd 11 000 Arbeiter beschäftigt. Rechnen wir, daß diese 11 000 Arbeiter je 2000 Mark im Jahre Verdienst haben, so würde das eine Summe von ungefähr 22 Millionen Mark im Jahre ausmachen. Die Ausgaben des Chemietrusts für die Entlohnung seiner Angestellten — es kommen etwa 2000 in Frage — dürften kaum mehr als sechs Millionen Mark betragen, wenn man die jährliche Entlohnung der Angestellten pro Jahr mit 3000 Mark annimmt. Das bedeutet, daß die **gesamte Lohnsumme kaum 10 Prozent der Gesamteinnahmen der Stickstoffproduktion ausmacht.** Die Gewinne, die vom Chemietrust ausgeworfen wurden, betragen nach den vorliegenden Bilanzen **68 Millionen Mark.** Aber gleichzeitig werden für Abschreibungen annähernd **55 Millionen Mark** in der Bilanz in Ansatz gebracht. Es ist ausgeschlossen, daß der Chemietrust in Mitteldeutschland für Abschreibungen seiner Werke 55 Millionen Mark verwenden kann. Wenn man allein diese beiden Bilanzposten sich ansieht, so resultiert daraus, daß der **Reingewinn des Chemietrusts im vorigen Jahr allein 100 Millionen Mark betragen hat.** Trotz dieser ungeheuren Gewinne wird gerade beim Chemietrust ein Angriff gegen die Chemiearbeiter durchgeführt, der jeder Beschreibung spottet. Einschränkungen auf der einen Seite an Arbeitskräften, Erhöhung der Ausbeutung durch Uebertragung größerer Arbeitsleistung auf der anderen Seite. Nur sie machen es möglich, diese ungeheuren Gewinne zu erzielen. Mit derselben Belegschaft, eher noch mit einer reduzierenten Belegschaft, mit den gleichen, eher noch mit reduzierten Löhnen, will man im kommenden Jahre Stickstoff in der Höhe von 456 Millionen Mark produzieren. **Das zeigt an, wie der Chemietrust im nächsten Jahre seine Profitquote noch viel mehr zu steigern gedenkt.**

Aber mit der Stickstoffproduktion ist die Produktion des Chemietrusts nicht erschöpft. Der Chemietrust arbeitet mit aller Macht

auf die Verflüssigung der Braunkohle hin

und zu diesem Zweck hat sich der Chemietrust in den letzten Jahren 75 Prozent aller vorhandenen Braunkohle einverleibt. Die wichtigste Angliederung in dieser Beziehung sind die Riebeck-Montan-Werke. Durch die Verflüssigung der Braunkohle, die einerseits das **Erdöl** ersetzen soll, andererseits **künstliches Benzin** erzeugen will, tritt der Chemietrust in die Interessensphäre des größten Erdölkonzerns der Welt, mit der **Standard Oil Company.** Aber die Volksgesamtheit hat von dieser Fühlungnahme zwischen dem Chemietrust und der Standard Oil Company keinen Nutzen. Die beiderseitigen Verhandlungen zeigen im Gegenteil, daß man an dem **alten Preis von 36 Pf. für das Kilo Benzin festhalten will,** ja, daß man eher noch eine Preissteigerung, als eine Preissenkung vorzunehmen gewillt ist. Die Herstellung des künstlichen Benzins stellt sich nach den Berechnungen des Chemietrusts nicht höher **als 18 bis 20 Pf. für das Kilo.** Welche Riesengewinne für den Chemietrust herausspringen werden, wenn die Herstellung des künstlichen Benzins in Gang gebracht worden ist, das kann jeder aus den angeführten Zahlen ersehen. Die Millionengewinne der Aktionäre des Chemietrusts werden sich in **Zukunft noch mehr steigern.** Schon im vergangenen Jahre war festzustellen, daß jeder Arbeiter und Angestellte, der im Chemietrust beschäftigt ist, **für sich und für seinen Lohn 2½ Tage in der Woche gearbeitet hat,** während er **für die Profite des Chemiekapitals 3½ Tage in der Woche schuften mußte.** Dies Verhältnis wird im nächsten Jahre durch die Steigerung der Stickstoffproduktion und durch das neue Verfahren der Kohlenverflüssigung noch mehr zuungunsten der Arbeiter und Angestellten geändert werden.

Der Braunkohlenbergbau

Ich erwähnte vorhin schon, daß der Chemietrust 75 Prozent der Braunkohlenvorräte links der Elbe in seinen **Bereich gebracht** hat. Rechts der Elbe beherrschen die Niederlausitzer Kohlenbergwerke, die Bubiag, die Braunkohlenvorkommen, auf der linken Seite noch in der Hauptsache die Mansfeld A.-G. Im Braunkohlenbergbau in Mitteldeutschland sind augenblicklich 35 000 bis 36 000 Arbeiter beschäftigt. Wir haben in den letzten Monaten eine sehr gute Konjunktur in der Braunkohle zu verzeichnen. Das ist einesteils zurückzuführen auf jene neuen Erfindungen, die den Wert der Braunkohle ungeheuer gesteigert haben, andererseits auf die Tatsache des Streiks der englischen Bergarbeiter. Jeder Delegierte, der an den Eisenbahnumladestellen beschäftigt war, weiß, **wie gut die Konjunktur des Braunkohlenbergbaues in den letzten Monaten gewesen ist.** Es war für die Reichsbahn kaum möglich, die Waggons zusammenzustellen, die die Braunkohlenbriketts nach dem Ausland lieferten. Im Jahre 1913 betrug die Fördermenge an Braunkohle im Jahre für jeden einzelnen Arbeiter im Durchschnitt 1056 Tonnen. **Diese Förderziffer ging im Jahre 1923 auf 595 Tonnen zurück und stieg im Jahre 1924 auf 936 Tonnen.** Hier wirkte sich die Abschaffung der bestehenden Achtstundenschicht, das Einsetzen der Nationalisierung schon aus. Im Jahre 1925 betrug die Förderungsziffer pro Bergarbeiter 1220 Tonnen, **also etwa 180 Tonnen mehr als in der Vorkriegszeit. Bei einer Berechnung** für das Jahr 1926 wird die Leistung jedes Arbeiters **1440 Tonnen betragen.** Während die **Produktionsziffern gewaltig gestiegen sind,** sind die **Beschäftigungsziffern im Braunkohlenbergbau zurückgegangen.** Während sie im Jahre 1924 40 000 betrugen, sind sie im Jahre 1925 auf 37 500 zurückgegangen, und jetzt beträgt die Belegschaftszahl im Braunkohlenbergbau nur noch etwa **35 500 Mann.** Hierzu nur ein typisches Beispiel. „Walters Hoffnung" in Stedten hatte vor anderthalb Jahren noch eine Belegschaft von 1500 Mann. Heute beträgt die Belegschaftsziffer nur noch 450 Mann. Trotzdem ist die Produktionsziffer wesentlich höher als im Jahre 1923/24. Diese Tatsachen deuten den Grad der Ausbeutung an und machen es verständlich, wie auf Grund dieser Ausbeutung die Kurse gerade für Braunkohlen sprunghaft in die Höhe gegangen sind. Der Chemietrust, der 75 Prozent des Braunkohlenvorkommens in Mitteldeutschland in seiner Hand vereinigt, **hat an einem einzigen Tage durch die Steigerung seiner Aktien 150 Millionen Goldmark verdient,** die den einzelnen Aktionären zugute gekommen sind. In fast allen Braunkohlengebieten gehen die Bergarbeiter, die heute nicht mehr acht Stunden, sondern zehn und zwölf Stunden schuften müssen, nach Hause mit einem Wochenlohn in der Höhe **von 24 bis 28 Mark.**

Mansfeld A.-G.

Lassen Sie mich noch einiges Wenige zur Kupferproduktion in Mitteldeutschland sagen. Sie wissen, daß der Mansfeld-Konzern die Kupferproduktion Mitteldeutschlands in seiner Hand vereinigt hat. Mansfeld A.-G. hat ebenfalls einen Teil der **Braunkohlen**-Produktion für seine eigentlichen Zwecke, der Kupferproduktion in seinen Besitz. Wir haben in der letzten Zeit eine Steigerung der Preise für Kupfer zu verzeichnen, so daß auch die Mansfeld A.-G. ganz erhebliche Gewinne gemacht hat. Aber die Löhne der Arbeiter in der Mansfeld A.-G. betragen bei einer zehnstündigen Arbeitszeit sage und schreibe 16 bis 18 Mark. Jene Arbeiter drüben in den Schwindsuchtsgebieten, in den Gebieten der Bleihütten und der giftigen Gase in Mansfeld, sind nicht in der Lage, mit diesem Hundelohn ihre Familie zu ernähren. Es wurde uns von offizieller Seite berichtet, daß **250 Arbeiter in Eisleben,** die bei der Mansfeld A.-G. schuften, sich an die Stadt wenden mußten, um die Wohlfahrtseinrichtungen und das Armenamt zu veranlassen, ihnen einen Zuschuß zu gewähren, damit sie nicht buchstäblich mit ihrer Familie trotz der langen Arbeitszeit verhungern. Als die Arbeiter der Mansfeld A.-G. eine Lohnerhöhung forderten von 10 Prozent, wurde ihnen diese Lohnerhöhung glatt abgewiesen. 3,5 Prozent Lohnerhöhung wurde gewährt, was bei 16 bis 18 Mark Lohn die Woche nur einige Pfennige austrägt. Diese wenigen Pfennige Lohnerhöhung sind längst wettgemacht durch das Steigen der Kleinhandelsindexziffer der letzten Wochen. Ist es zu verwundern, daß durch eine solche Wirtschaftspolitik der Kapitalsgewaltigen 75 bis 90 Prozent aller Schulkinder im Mansfelder Gebiet unterernährt, tuberkulös und mit sonstigen Krankheiten behaftet sind?

Elektroindustrie

Die Elektroindustrie hat in Mitteldeutschland in den letzten Jahren eine sprunghafte Entwicklung zu verzeichnen. Schon während des Krieges wurde die Basis, die in Mitteldeutschland infolge der Braunkohlenfelder vorhanden ist, benutzt, um die Ausbeutung der Braunkohle zu steigern, indem man elektrische Energie an Ort und Stelle der Braunkohlenfelder erzeugt. Das Großkraftwerk **Zschornewitz** versorgt fast ganz Berlin mit Kraft und Licht. Ueberall sehen wir neue Großkraftwerke in Plessa, in Zeitz, in Weißenfels erstehen. Auch ist zu verzeichnen, wie die alten schon bestehenden Kraftwerke durch Erweiterungsbauten vergrößert werden. Gleichzeitig hat man ein sogenanntes Ringnetz geschaffen, das durch eine 100 000-Volt-Leitung alle Großkraftwerke in Mitteldeutschland miteinander verbindet. Ich will auf die einzelnen Leistungen der Großkraftwerke nicht eingehen. Aber wir können sagen, daß in Mitteldeutschland augenblicklich **etwa an Kraft- und Lichtstrom 2 Millionen Kilowatt erzeugt werden.** Das sind etwa 55 Prozent der gesamten Elektrizitätserzeugung in ganz Deutschland. Aber wer da glaubt, daß dieser Riesenaufbau der elektrischen Industrie dazu beiträgt, die **Preise für Licht und Kraft herabzusetzen,** daß diese Konzentration der Elektrizitätsindustrie diesen Sinn hat, der **irrt gewaltig.** Das Gegenteil ist der Fall. Die Elektrizitätsgewaltigen machen große Anstrengungen, um den Preis für die elektrische Kraft weiter in die Höhe zu treiben. Es kommt noch hinzu, daß die Besitzer der Kraftwerke durch die **Staffelung der Tarife** gerade den kleinen Mann besonders stark belasten. Während die Großunternehmer, die im Jahre 50 000 und mehr Kilowattstunden abnehmen, **für die Kilowattstunde nur 8,5 Pfennig** bezahlen, müssen diejenigen, die nur 10 oder 15 Kilowattstunden verbrauchen im Jahre, **40 Pfennig pro Kilowattstunde bezahlen.** Beim Verbrauch von über 1000 Kilowattstunden **25 Pfennig.** Also auch hier keine Verbilligung der Preise durch die Konzentration, durch die Vertrustung. Keine Verbilligung durch den Ausbau der Elektrizitätswerke, sondern eine weitere Erhöhung der Profite für die Inhaber der Aktien der Elektroindustrie.

Einheitsfront gegen das Trustkapital

Im Verlaufe seiner Ausführungen geht der Genosse Schröter ein auf die Konzentrationsbewegungen in den übrigen Industrien Mitteldeutschlands. Das Programm der mitteldeutschen Unternehmer ist, **die Nationalisierung** in verschärftem **Maße** weiter fortzuführen, d. h. die Arbeitslosigkeit zu steigern, die **Löhne zu drücken** und die Profite zu erhöhen. Nach dieser Schilderung der Wirtschaftsverhältnisse in Mitteldeutschland, von der nicht nur **die mitteldeutsche** Arbeiterschaft, sondern die ganze werktätige **Bevölkerung betroffen** wird, fährt der Genosse Schröter weiter fort: Volksgenossen, es ist unmöglich, daß jene kleine Schicht von Kapitalshyänen auf Kosten der Volksgesundheit, auf Kosten des vollkommenen Zusammenbruchs Milliardengewinne in Deutschland in der **Zukunft** einheimst. Die Arbeiterschaft muß im Interesse der gesamten werktätigen Bevölkerung den **Kampf um höhere Löhne und um den Achtstundentag wieder aufnehmen.** Aber das sind nur Uebergangsmaßnahmen. Den Werktätigen kann nur dann vollkommen geholfen werden, wenn sie an die Stelle der bestehenden anarchistisch-kapitalistischen Produktionsweise **die geregelte Wirtschaftsform setzen, die geleitet wird von den Interessen der Volksgesamtheit,** in der die Volksgesamtheit wirklich die Nutznießerin ist jener Erfindungen und technischen Verbesserungen, die heute den Großkapitalisten die Riesengewinne bringen. Die Landeskonferenz in Mitteldeutschland stellt deshalb die Losung der Nationalisierung der Großbetriebe, der Produktionsmittel auf. Das ist die Losung, die wir aufstellen, und der Weg dazu ist der **gemeinsame Vormarsch in breitester Front.** Nur in jener breiten Front wird es uns möglich sein, die Bourgeoisie, die Reaktion, das Schwerkapital niederzuringen und an die Stelle der planlosen die planmäßige Wirtschaftsform zum Nutzen des werktätigen Volkes zu setzen. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Die weiße Feme

Ein Femeroman aus Deutschlands Gegenwart

Von Traugott Lehmann

Einige Abgeordnete der Rechten erkrankten plötzlich und mußten zur Erholung nach Italien oder in die Schweiz reisen. Herr Buile verlor Appetit und Schlaf, ahnte Grauenhaftes, Enthüllungen, die an den Kragen gehen konnten; fand einzig und allein in dem Gedanken Trost, daß die Enthüllungen, die ihm in einem anderen Lande den Kopf hätten kosten können, hierzulande höchstens Festungshaft einbringen würden.

Die Polizei befand sich in lebhafter Tätigkeit; überall wurde nach dem vermißten Georg Dresde gesucht. Eine unbekannte Persönlichkeit versprach eine hohe Belohnung; aber vergeblich: Georg Dresde blieb verschwunden, als habe ihn die Erde verschluckt.

II.

Ilona schritt ruhelos im Zimer auf und ab. Ihr Gehirn arbeitete unentwegt, aber alle Gedanken kehrten immer wieder, wie von einem Magnet angezogen, zu der gleichen Frage zurück: „Wer hat Dresde entführt? Die Kommunisten oder die anderen? Und wenn es die anderen waren, hat Dresde, im Glauben, von ihr betrogen worden zu sein, sie verraten?"

Ein von den Kommunisten geschützter Georg Dresde hätte in diesem Spiel einen Triumpf bedeutet; aber einer, der sich in den Händen der anderen befand . . .

Nach einer schlaflosen Nacht und einem zerquälten Morgen kam sie zu der Einsicht, daß sie sofort handeln müsse, keine Zeit mehr verlieren dürfe.

Ein Telegramm hatte ihr von Sandens Ankunft für den heutigen Abend angezeigt; kam er allein zu ihr, so würde sie vorgehen. Sie durfte nicht länger warten, denn es war nicht ausgeschlossen, daß ein Anstaltsdiener bei einem Verhör auch der verschleierten Dame Erwähnung tat, und von Sanden mit seinem ewigen Mißtrauen konnte leicht auf die rechte Spur kommen.

Augenblicklich aber brauchte Sanden sie; das wußte sie ganz genau, hatte sie doch in der Zeitung gelesen, was den meisten in der Aufregung dieser Tage entgangen war: nämlich, daß im Tegeler Forst eine Leiche gefunden worden war, die man zuerst für die des ermordeten Dimmer gehalten hatte. Doch stellte es sich bei näherer Untersuchung heraus, daß dies nicht zutraf. Daraufhin hatte Lerner sein Geständnis zurückgenommen, erklärte, er habe nur „renommiert". Der Gefängnisarzt unterstützte die Aussagen des Angeklagten, führte aus, dieser sei ein schwerer Hysteriker, ein erblich belasteter Mensch, dem wohl ein derartiges „Renommieren" zuzutrauen sei, da seine Eitelkeit die Grenzen des Pathologischen überschreite, dem aber die Energie und Tatkraft zu einem Morde fehlten.

„Der Angeklagte", so schrieb die Zeitung, „dürfte in den nächsten Tagen freigelassen werden."

War aber Lerner einmal frei, so mußte er sofort über die Grenze geschafft werden. Ungarn, die Heimat und das Asyl der weißen Mörder, öffnete ihm liebevoll die Arme; **der Paß jedoch, vermittels dessen er ungehindert in dieses Verbrecherparadies gelangen konnte,** lag wohlverschlossen in Ilonas Koffer.

Diese Tatsache sicherte ihr einen bestimmten Vorteil; genügte der nicht — sie runzelte bei dem Gedanken die Brauen — so mußte sie eben einen ungeheuerlichen Bluff wagen. Es ging nicht anders.

III.

Gustav von Sanden kam, müde von der langen Fahrt. Gleich nach der ersten halben Stunde empfand Ilona eine gewisse Beruhigung; von Sandens Wut und Schrecken über Dresdes Verschwinden bewiesen ihr klar, daß der Mann nicht in die Hände der Nationalisten gefallen war. Ihre blassen Wangen röteten sich; sie wurde heiter.

Nachdem Sanden sich etwas ausgetobt und die verschiedensten Vermutungen vorgebracht hatte, kam endlich die von Ilona erwartete Frage:

„Der neue Paß für Lerner ist doch in Ordnung?"

„Ja."

„Er dürfte morgen, spätestens übermorgen freikommen. Es ist am besten, Sie geben mir gleich den Paß mit."

Ilona erhob sich, trat an den Schreibtisch, setzte sich, öffnete die Lade und griff hinein. Doch es war kein Dokument, das ihre rechte Hand fest umklammerte.

„Haben Sie den Paß da?" fragte von Sanden etwas ungeduldig.

„Ja", Ilona lächelte liebenswürdig. „Sofort. Aber eine Gefälligkeit ist eine andere wert. Ich möchte etwas von Ihnen, lieber Sanden."

Der Oberleutnant verzog den Mund zu einem spöttischen Lächeln: „Schon wieder Geld? Was machen Sie denn mit dem ganzen Geld?"

„Nein, diesmal handelt es sich nicht um Geld, sondern um etwas anderes."

Ilona zog langsam und vorsichtig die Hand aus der Lade und ließ sie auf den Schoß sinken. Das gelbe Seidentuch, das sie um die Schultern trug, fiel lang herab und bedeckte völlig die kleine Hand.

„Worum denn?" erkundigte sich Sanden gereizt.

„Um Ernst." Ilonas Stimme wurde hart und schneidend. „Ehe ich nicht Ernst gesund und unversehrt vor mir sehe, gebe ich den Paß nicht her."

„Sie sind wohl verrückt geworden!" von Sanden schnellte auf. „Sie wissen doch, daß Schilling in München beschäftigt ist."

„Er ist nicht in München; ich habe Erkundigungen eingezogen."

„Hinter meinem Rücken!"

„Bei Ihrem Führer, lieber Freund. Der General hat mir eigenhändig in einem reizenden Brief geantwortet."

„Der alte . . ."

„Still, Sanden, begehen Sie keinen Hochverrat. Also, schaffen Sie mir Ernst her, dann bekommen Sie den Paß."

Von Sanden sprang vor und wollte die Frau an der Kehle packen; aber etwas ließ ihn zurückprallen: eine schmale weiße Hand, die einen Revolver hielt.

„Hände hoch, Sanden! Sonst schieße ich!"

Der schlanke Finger lag auf dem Hahn. (Folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261123-18/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg Bureau und Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 21473. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Ammendorf. Vorstandssitzung Mittwoch, 24. Nov., abends 8 Uhr, „Burgschlößchen".
Nietleben. Funktionärsitzung Donnerstag, 25. Nov., abends 8 Uhr, in der „Sonne".

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Merseburg. Wichtige Mitgliederversammlung am Mittwoch, 24. Nov., abends 8 Uhr, in der Funkenburg.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Rothenschirmbach. Mitgliederversammlung Donerstag, 25. Nov., 8 Uhr, Gasthof.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Wittenberg. Mittwoch, 24. Nov., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus zweiter Kursusabend. „Probleme der proletarischen Diktatur."
Wittenberg-Piesteritz. Mittwoch, 24. Nov. abends 8 Uhr, im „Schützenhaus" Kleinwittenberg öffentliche Protestkundgebung gegen Schmutz- und Schundgesetz.
Piesteritz. Kursus Probleme der proletarischen Diktatur Donnerstag, 25. Nov., 8 Uhr abends, im „Schützenhaus".

Unterbezirk Delitzsch

Eilenburg. Alle Kameraden des RFB., die Mitglied der KPD. sind, treffen sich Mittwoch, 24. Nov., abends 8 Uhr, in der „Rose" zu einer Besprechung.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Elsterwerda. Informationsabend Dienstag, 23. Nov., 8 Uhr, in der „Quelle". Referent Holzweißig.
Torgau. Engere UBL.-Sitzung Mittwoch, 24. Dez., abends 8 Uhr.
Roitzsch. Oeffentliche Versammlung Donnerstag, 25. Nov., abends 8 Uhr, im Gasthof Margraf. Bericht von der Landeskonferenz. Ref. Landwirt Veit.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Frauenversammlung in der „Herberge" abends 8 Uhr am Mittwoch, 24. Nov. Thema: Die proletarische Familie

---

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle—Merseburg

Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14
Fernruf 21473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Dienstag abend 8 Uhr öffentliche Versammlung im „Wintergarten".
Halle. Mittwoch Funktionär-Kursus fällt aus, dafür Probe zur Sonnenwendfeier, abends 8 Uhr, in der Jugendherberge, Weingärten.
Halle. Mittwoch abend 8 Uhr in der „Reichskrone" Musikübungsstunde.
Halle. Achtung, Gruppenleitungen von Halle! Alle Leitungsmitglieder werden hierdurch aufgefordert, Mittwoch pünktlich 7 Uhr in der Jugendherberge (Weingärten) zu erscheinen.
Halle. Gruppe Süd. Donnerstag 8 Uhr bei Freundlieb Mitgliederversammlung. Mitgliedskarte mitbringen.
Halle. Gruppe Westen. Donnerstag, 8 Uhr, Jugendherberge Weingärten Gruppenabend. Thema: Das Strafrecht in seiner Entwicklung. Referent Gen. Grabow.
Halle. Gruppe Zentrum. Donnerstag, 8 Uhr, Lokal Boese, Bergstraße 4, Gruppenabend. Thema: Wir und unsere Gegner. Referent Genosse Vogel.
Halle. Gruppe Nord. Donnerstag 8 Uhr im „Volkspark" Gruppenabend. Thema: Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus. Referent Genosse Grade.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Merseburg. Mittwoch, 29. Nov., Mitgliederversammlung im Jugendheim (Kloster).

Unterbezirk Mansfeld

Kelbra. Mittwoch, 24. Nov., abends 8 Uhr, in der „Sängerhalle" Mitgliederversl.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Mittwoch, 24. Nov., abends 8 Uhr, im „Lindenhof" Fragezetteldiskussion.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

An alle Ortsgruppen! Rüstet zum Werbeabend in Webau!
Weißenfels. Donnerstag, 25. Nov., Treffen ½8 Uhr am Rosalskyweg zur Probe des Sprechchors, der in Webau aufgeführt werden soll.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung f. Halle-Merseburg Halle a. S. Lerchenfeldstraße Nr. 14

Merseburg. Mittwoch im Jugendheim (Kloster) Gruppenveranstaltung.
Gerbstedt. Mittwoch, abends 6 Uhr, Gruppenabend im Jugendheim.
Ammendorf. Mittwoch, 24. Nov., nachmittags ½5 Uhr, im Restaurant „Zur Post". Alle Theaterspieler Bleistift und Papier mitbringen.
Zeitz. Mittwoch, 24. Nov., Gruppenabend und Probe 4 Uhr nachm. „Herberge".
Weißenfels. Mittwoch, 24. Nov., nachm. 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung. Genosse P. Schuhmann erzählt uns, wie es im Zuchthaus zugeht. Alle müssen erscheinen.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Sitzung der erweiterten Gesamtleitung Mittwoch, 24. November, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette". Tagesordnung: Bericht von der Reichskonferenz.
Eilenburg. Mittwoch, 24. Nov., Versammlung in der „Rose".

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Das Gausekretariat Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Postscheckkonto: Paul Döschner, Halle, Postscheckamt Leipzig 8715. **Telephon 29012.**

Untergau Halle-Saalkreis

An alle Ortsgruppen. Die Ortsgruppen haben die Sammellisten und Marken für den Kongreß der Werktätigen sofort abzurechnen. Der Erlös aus Sammellisten und Marken dient zur Finanzierung des Kongresses der Werktätigen.
Halle. Abteilung 3 (Westen). Mittwoch, 24. Nov., abends 8 Uhr, Abteilungsversammlung in der Produktiv. Kameradschaftsführer Material abrechnen.
Halle. Abteilung 5 (Zentrum). Mittwoch, 24. Nov., abends 8 Uhr, bei Köppchen Mitgliederversammlung. (Bericht von der Gaukonferenz.)
Halle. Abteilung 1 (Osten). Funktionärsitzung am Mittwoch, 24. Nov., 8 Uhr, bei Lohse, Wasserturm.
Könnern. Donnerstag, 25. Nov., abends 8 Uhr, im „Bürgergarten" Mitgliederversammlung.

Jungfront

Rote Jungfront Halle. Montag, 22. Nov., abends ½8 Uhr, Produktiv. Sitzung der Gauführung der Jungfront.
Halle. Abteilung 2 (Süden). Rote Jungfront. Mittwoch, 24. Nov., abends 8 Uhr, bei Freundlieb Pflichtversammlung. Kameradschaftsführer eine Stunde früher.
Halle. Abteilung 1 (Osten). Rote Jungfront. Mittwoch, 24. Nov., abends 8 Uhr, bei Lohse, Wasserturm, Mitgliederversammlung.
Abteilung 5 (Zentrum). Heute abend 8 Uhr bei Köppchen Funktionärsitzung.
Abteilung 5 (Zentrum). Mittwoch, 8 Uhr, bei Köppchen große Mitgliederversamml.
Abteilung 3 (Westen). Mittwoch, abends ½8 Uhr, Abteilungsversammlung im „Fröhlichen Zecher".
Abteilung 2 (Süden). Mittwoch, 24. Nov., ½8 Uhr, bei Freundlieb Abteilungsversl. Heute abend ½8 Uhr im „Wintergarten".
Die Rote-Jungfront-Werbewoche wird bis zum 4. Dezember verlängert. Ortsgruppen senden sofort an Gauführung Arbeitsplan ein. Fragebogen bis 7. Dez.

Unterbezirk Merseburg

Merseburg. Mittwoch, 24. Nov., Ueben der Pfeifer beim Kameraden Pölzing.

Untergau Bitterfeld

Holzweißig. Mittwoch, 24. Nov., beim Kameraden Barth, Siedlung, Kursusabend.

Untergau Eilenburg

Eilenburg. Donnerstag, 25. Nov., abends 8 Uhr, in der Rose 2. Kursusabend.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Mittwoch, 24. Nov., abends 7¼ Uhr, Antreten zur Vollversammlung am Rosalskyweg. (Bericht vom der Gaukonferenz.)

Untergau Zeitz

Jungfront

Zeitz. Mittwoch, 24. Nov., 8 Uhr, „Herberge" Mitgliederversammlung.

Bekanntmachung

In der Nacht vom 7. bis 8. November ist auf der Kreisstraße Dölau—Neuragoczy links zwischen km 1,2 und 1,3 von einem jungen Pflaumenbaume die Krone abgebrochen worden. Ferner sind dort 15 Stück neugepflanzte Bäume mit dem Pfahl und der besonderen Schutzvorrichtung herausgerissen worden. Eine Belohnung bis zu 50 Reichsmark wird demjenigen zugesichert, welcher den oder die Täter so zur Anzeige bringt, daß eine gerichtliche Bestrafung erfolgen kann.
Der Name des Anzeigenden bleibt verschwiegen, sofern der Täter trotzdem bestraft werden kann. 4462

Halle, 20. November 1926. Der Kreisausschuß des Saalkreises.

Von Donnerstag, 25. November, bis Dienstag, 30. November 1926
täglich 12—7 Uhr

Groschen-Bücher-Messe

für die Werktätigen im „Volkspark", Halle a. d. S., Burgstr. 27

Ant. **BÜCHER**
aus allen Wissensgebieten und in jeder Ausstattung zu bedeutend herabgesetzten Preisen. — **Bücher zu Einheitspreisen von 10 Pf., 25 Pf., 50 Pf., 75 Pf., 1,— Mk., 1,50 Mk. und 2,— Mk.** — Jedes Buch ist um die Hälfte des Ladenpreises u. mehr herabgesetzt

ARBEITER! ARBEITERINNEN!
Versäumt nicht diese seltene Gelegenheit zum billigen Einkauf von guten Büchern. Besucht die Büchermesse der Werktätigen mit euren Bekannten. Hängt diese Einladung in den Betrieben aus! *4453
Vereinigte Arbeiterbuchhandlungen Berlins

Stadt-Theater
Heute Dienstag, 8 Uhr: **„Razzia"**
Mittwoch, 8 Uhr: **Paganini**

Walhalla
Tel. 28385 Anf. 8 U.
Nur noch 2 Tage:
Ich hab mein Herz in Heidelberg verloren
Ein Spiel von Lenz und Liebe m. Gesang von Thilo Schmidt
Kleine Preise
Heute und Mittwoch nachm. 4 Uhr:
Märchenvorstellung
Gastspiel [4452
Klein Erika Graf
Hänsel und Gretel
Preise von 30 Pf. bis 1,50 Mk.

Ledersohlen Gummiabsätze
billig bei 251
Wilh. Kranig
Neue Promenade 15

Wecker-Uhren
unter Garantie v 2,99 Mk. an nur bei
Amand Weiss
Kleinschmieden 6

Musik-Sprechapparate
auch auf bequeme Teilzahlung kaufen wahre Musikkenner im Spezialgeschäft 4460
Standard-Musikhaus
Krukenbergstr. 1 (a. d. Magdeburger Str.)
Kein Laden!! Sehr preiswert!
Wundervolle Klangfülle, Reinheit und Weichheit des Tones
Der Weg lohnt unbedingt

Thaliasaal
Heute u. folgende Tage 8 Uhr abends:
Olaf
Tragödie ein. Sportlers in 8 Bildern
Karten bei Hothan u. an der Abendkasse

Modernes Theater
Direktion Ferry Rose
Nur noch wenige Tage!
Dagmar Helsing
L. Klermont
u. W. Wacker in:
„Graf Ladislaus"
Eintritt auf allen Plätzen: 50 ₰
Donnerstag 4-Uhr-Tee

Kleine Anzeigen haben bei uns den besten Erfolg

Radio (1-Röhren-Apparat) billig zu verkaufen Artilleriestraße 62, p. l.

Stadt-Theater Weißenfels
Donnerstag, den 25. November, abends 8 Uhr:
Öffentliche Jugendversammlung
1. Ansprache des Stadtjugendpflegers Weicker: **„Was Jugend trennt u. Jugend eint"**
2. Statt Chinavortrag:
Gastspiel d. Berliner Künstl.-Ensembles
OLAF
Sportschauspiel v. Ernst Laskowski
Zur Deckung der Unkosten zahlen Jugendliche 0,20 Mk., Erwachsene 0,50 Mk., Berufsschüler und -Schülerinnen, sowie Erwerbslose frei 4457
Ortsausschuß f. Jugendpflege

Lumpen
Neutuch, Wolle, Papier, Zeitungen, Eisen, Metalle, Felle kauft nach wie vor
Alfred Rein
Tel. 24212 **Königsberg 5** Tel. 24212

Volksbuchhandlung
Eisleben, Rathausstraße
empfiehlt
politische u. schöngeistige Literatur
Schreibmaterialien u. Schulartikel
zu äußerst billigen Preisen

Unsere Leser kaufen nur bei unseren Inserenten!

Kaufe im Kaufhaus Kurt Binnewies Ammendorf
1. Geschäft: Regensburger Straße 24
2. Geschäft: Regensburger Straße 3

Ernst Adam Ammendorf
Fahrrad- und Eisenwaren-Handlung

Probieren Sie meinen Hauptschlager: **Sandblatt (2. Sortierung)** zu 10 Pf. — Konkurrenzlos —
Otto Keck, Ammendorf Regensburger Straße 23 Tel. 68

Kaufhaus Renner & Co. Ammendorf
Regensburger- u. Beesener Straße
Herren- u. Knaben-Garderobe
Schuhwaren, Waschgefäße
Reisekörbe und Reisekoffer
Seifen und Spielwaren

Ernst Köhler, Schkeuditz Mühlstraße 3
Fahrräder, Nähmaschinen und Wringmaschinen
erstkl. Fabrikate zu billig. Preisen

Gasthof „Weiße Taube" Schkeuditz
Angenehmes Familienlokal mit gr. Gesellschaftszimmer und Café
Jeden Freitag: Eisbein und Pökelrippchen
Um gütigen Zuspruch bittet F. Nagel

Louis Bieler Nachf. Inhaber Max Steps
Schkeuditz, Markt 5
Herren-, Damen- und Kinder-Konfektion
Arbeiter-Berufskleidung
in großer Auswahl zu billigsten Preisen

Sternburg-Bier
ist und bleibt
Marke ersten Ranges
Brauerei Sternburg in Schkeuditz, Tel. 5

Glas Porzellan Steingut
sehr preiswert bei
Hermann Richter, Schkeuditz
Hallesche Straße 62

Schuhhaus Reform
Schkeuditz, Hallesche Str. 12
Alleinverkauf der Marke
Salamander
Großes Lager in sämtlichen erstklassigen
Schuhwaren
— Reelle und preiswerte Bedienung —

Paul Görlich
Eilenburg, Bergstraße 75
Lebensmittel
Fischwaren, Konserven
in bekannter Güte

Schuhwaren
gut und preiswert
Alleinverkauf der Marke Wollo
für Herren und Damen in den Preislagen
8,75 10,75 12,75
Werkstatt f. orthopädisch. Fußbekleidung
Hermann Wilke, Eilenburg
Schuhmachermeister
Bergstraße 81

Vollendeten Rauchgenuß
bieten Ihnen W.E.Z.-Zigarren
Mehrfach ausgezeichnet mit goldenen Medaillen. Wählen Sie bei Deckung Ihres Rauchbedarfes nur W.E.Z.-Geschäfte, dieselben sind über ganz Leipzig verteilt und bieten Ihnen das Beste vom Besten in Riesenauswahl aller Tabakwaren
W.E.Z., G. m. b. H., Leipzig
Größtes Tabakwar.-Spezialhaus Mitteldeutschlands
Filiale: Keuschberg-Dürrenberg Leipziger Straße 14a

Empfehlenswerter u. größter Saal ist die
Stadthalle in **Eilenburg**

Leistungsfähiges
Schuhwaren-Haus
Billigste Preise
Reelle Bedienung
Franz Werner
Eilenburg
Torgauer Straße 31

Diamant-, Göricke-, Expreß-Fahrräder
sowie großes Lager in sämtl. Ersatzteilen
Eigene Reparatur-Werkstatt
Teilzahlung gestattet!
Hermann Wehner
Eilenburg, Torgauer Straße 14
Fernsprecher Nr. 445

Auguste Engel
Eilenburg, Bergstraße 83
Reichhaltiges Lager in: Kleiderstoffen, Baumwollwaren, Trikotagen, Gardinen, Woll- und Kurzwaren zu billigsten Preisen

Kauft bei
Emil Küster
Eilenburg
Markt Markt
Herrenwäsche, Arbeiter- und Berufskleidung

Bei
Meyerstein
Eilenburg Eilenburg
kaufen Sie stets Qualitätswaren
zu niedrigsten Preisen

Seifen
kauft man
gut und preiswert in der
Seifenfabrik von
Carl Müller
Eilenburg

Lebensmittel
kauft man gut und billig bei
Neubauers
Ecke Rinkart- und Karlstraße und Bergstraße 2, an der Leipziger Brücke
Eilenburg

Wer bei
Fitzek in Eilenburg
kauft, spart Geld!

49

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261123-18/fragment/page=0004

Aus den Betrieben

Achtung, Bergarbeiter!

Da man Euch durch immer neue Methoden die Arbeitszeit verlängert, hat der ADGB. sich zur Kündigung des Arbeitszeitabkommens gezwungen gesehen.

Wie die 3,5prozentige Lohnerhöhung sich auswirkt, die Euch kürzlich gnädigst „bewilligt" wurde, beweist folgender Bericht aus mehreren Gruben: Für Schichtarbeiter bedeuten die 3,5 Prozent ein Mehr von 17 bis 18 Pf. pro Tag, ein Gedinge ca. 20 Pf. Diese Erhöhung wird mehr als wettgemacht durch verstärkte Kontrolle und Antreiberei und 3-Mark-Strafen bei schlechter Wagenfüllung. Und letztere diktiert man, da man das will und die Durchrüttelung während des Transports als Handhabe benutzt, andauernd.

Die Bergarbeiter verschiedener Gruben sind gewillt, sich solches Treiben nicht bieten zu lassen. Auf allen Gruben und durch den BAV. muß dieser Kampf schleunigst vereinheitlicht und zugleich ausgebreitet werden für höheren Lohn und Achtstundentag bzw. Siebenstundenschicht unter Tage.

*

Von **Grube Hedwig** in Lößau wird mitgeteilt:

Ein Arbeiter namens K. hatte sieben Schichten verfahren, für die er 30 Mark zu bekommen hätte. Es wurden ihm aber nur 15 Mark gezahlt. und, als er vorstellig wurde, erklärt: er habe nicht mehr verdient! Die herbeigeholte Polizei kennt ihren Unternehmer Krause scheinbar auch schon! **Kein einziger Kamerad ist gewerkschaftlich organisiert.** Das aber ist notwendig, um bessere Arbeitsbedingungen erkämpfen zu können.

Sonntagsschichten auf Grube „Gute Hoffnung"

(Arbeiterkorrespondenz)

Wie auf allen Gruben im Geiseltal werden auch hier Sonntag für Sonntag Schichten verfahren. Es ist wohl nun der vierte oder fünfte Sonntag, an dem man die Kumpels in die Fron einspannt. Die erbärmlichen Lohnverhältnisse und das **Fehlen jeder Organisation**, nicht zuletzt auch die Furcht vor der Entlassung veranlassen die Arbeiter, wenn auch zähneknirschend, alles über sich ergehen zu lassen, was die Berggewaltigen ihnen bieten. Als einzelner kann man diese Zustände auch nicht bekämpfen. Eine öffentliche Bergarbeiterversammlung wäre hier einmal angebracht.

Mansfeld-Arbeiter, soll das so bleiben?

Nach amtlicher Statistik („Reichsarbeitsblatt" vom 24. Oktober 1926) wurden im deutschen Erzbergbau folgende Durchschnittslöhne gezahlt:

	Hauer			Gesamtbelegschaft		
	Durchschn. 1923	2.Quartal 1926	Entwicklg. in %	Durchschn. 1913	2.Quartal 1926	Entwicklg. in %
Mansfeld (Kupfer)	4,18	5,75	137,5	3,95	5,19	131,4
Oberharz	4,59	5,83	127,0	3,94	5,20	131,9
Siegen	5,30	6,72	126,8	4,65	5,80	124,6

Ab 1. September 1926 sind die Mansfelder Löhne um 5 Prozent erhöht. — Wir haben indes bereits einmal geschildert („Klassenkampf" Nr. [illegible]), wie man auch hier wieder Methoden gefunden hat, um nur ganz wenig Arbeiter in den Genuß der 5 Prozent kommen zu lassen. Außerdem wurden inzwischen auch die Löhne im Harz und an der Lahn erhöht. Die Mansfelder Kumpels bleiben also nach wie vor noch weit zurück hinter den auch noch lange nicht hohen Löhnen in den anderen Revieren. Soll das so bleiben? Glaubt Ihr, Kameraden, daß Ihr kampflos in die Höhe kommt? Glaubt Ihr, daß Ihr ohne tätige Mitarbeit im BAV. viel erreichen könnt? — Also handelt nun endlich nach Eurer Erkenntnis!

Die Saalkreismühle in Döllnitz

(Arbeiterkorrespondenz)

Daß sich die Saalkreismühle im wesentlichen von einem privatkapitalistischen Unternehmen nicht unterscheidet, dafür sorgt der Direktor Keitel, der Leiter der Mühle — eine bekannte SPD.-Größe. Wahrscheinlich sind ihm die jetzigen Nationalisierungsmethoden des Kapitals Vorbild für seine Handlungen. Das würde er aber wohl tun, wenn ihm seine vorgesetzte Behörde verbieten würde, während der Arbeitszeit austreten zu gehen? Wir nehmen doch an, daß Stubenreinheit sein Ideal ist. Warum setzt er es aber denn nicht auch bei den Arbeitern voraus? Die Belegschaft der Mühle kann sich nicht einschüchtern lassen und durch derartige drakonische Maßnahmen ihre ohnehin durch den Mehlstaub verbundene Gesundheit noch mehr gefährden.

Ein Kapitel für sich bildet die Familie Schmidt (Vater und Sohn). Der Vater: Betriebsratsobmann, Maschinenführer und Motorführer. Der Sohn: Chauffeur und jetzt Ablöser des Vaters. Der Tarif der Brauerei- und Mühlenarbeiter sieht eine achtstündige Arbeitszeit vor. Da die übrige Belegschaft gewerkschaftlich straff organisiert ist, nehmen wir an, daß dies bei den beiden Genannten nicht der Fall ist, sonst würden sie nicht **12 Stunden** und noch länger arbeiten! Ist es an und für sich schon ein unproletarisches Verhalten, den Erwerbslosen auf diese Weise das Brot zu nehmen, so bedeutet es der Organisation gegenüber einen Tarifbruch. Es ist auch gesetzlich unzulässig, Leute auf derartigen Posten 12 Stunden zu beschäftigen. Wo bleibt da das von der SPD. soviel hervorgehobene „gute Herz" für die Erwerbslosen? Die Belegschaft muß sich darüber auch auseinandersetzen! Wir hoffen doch, daß sie im richtigen Sinne entscheiden wird. Auch müssen der Verband und die Gewerbeinspektion anders herangezogen werden. Vor allem seht Euch vor der Betriebsrätewahl Eure Leute an, damit nicht solche Zustände einreißen können.

Leuna-Korrespondenz

Baufirma Julius Karnagel, Leipzig

Die rege Bautätigkeit, die das Leuna-Werk heute entfaltet, hat viele Bauarbeiter dorthin gezogen. Viele, die monatelang arbeitslos waren, haben dadurch für kurze Zeit ein Unterkommen gefunden. Wie die Einstellung vor sich geht, kennt wohl ein jeder. Bis 1924 zurück muß man sämtliche Arbeitgeber angeben, damit genaue Erkundigungen eingezogen werden können. Man kommt sich vor wie ein Verbrecher.

Auf den **Baustellen** herrschen tolle Zustände. Erstens ist die Baubude viel zu klein. 70 Mann hausen in einer Bude von [illegible] Quadratmeter. In der Pause ist ein Gewühl wie in einem Ameisenhaufen, und bei Arbeitsschluß ist es fast unmöglich, sich dann umzuziehen. Jeder atmet erleichtert auf, wenn er heraus ist und tatsächlich die richtigen Schuhe und Sachen anhat. Ein Abort für 70 bis 80 Menschen und in einem Zustande, wie man das wohl nirgends trifft. Es vergeht fast kein Tag, an dem nicht irgend etwas verschwunden ist. Nach Hause zu fahren braucht niemand mehr, denn man kann Tag und Nacht hier arbeiten, und das Geld scheint vielen mehr wert als ihre Gesundheit.

Es ist traurig, daß wir so tief gesunken sind und uns gegenseitig nicht mehr verstehen wollen. Kollegen, so kann es doch unter keinen Umständen mehr weiter gehen! **Schaut auf den Kongreß der Werktätigen!** Wir wollen doch gemeinsam höheren Lohn erringen und das Ueberstundenschieben endlich lassen! Auch wäre es angebracht, wieder Baudelegierte zu wählen, von denen man in Leuna zurzeit nichts sieht!

Nun noch einiges zur Firma selbst. Bis jetzt war es üblich, daß der Lohn Freitags ausgezahlt wurde. Hier ist es aber anders. Freitags gibt es Abschlag und Sonnabends die Restsumme, und dann noch nach Feierabend. Wenn man die Arbeit im Bureau nicht mehr schaffen kann, so soll doch die Firma noch Lohnschreiber einstellen, denn Tausende von Angestellten sind erwerbslos! Warum richtet die Gewerkschaftsleitung (BGB.) ihr Augenmerk nicht noch mehr auf Leuna? Vor kurzem hatten sie die schöne Ausrede: Man läßt uns nicht ins Leuna-Werk. Heute wird aber außerhalb des Werkes soviel gebaut und die Baustellen sind für die Gewerkschaftsführer offen, daß es keine Ausrede mehr geben darf.

Hört auf mit dem Verrat an den Erwerbslosen!

Auto-Kühn, Halle

Bei der Firma Kühn, Merseburger Straße, müssen die Leute zehn, elf und zwölf Stunden arbeiten und auch noch **Sonntagsschichten** machen. Auch am Bußtag sind sie zur Arbeit gegangen. Sie gehen dann mit 80 bis 90 Mark pro Woche nach Hause. Sie denken anscheinend nicht an die vielen Arbeitslosen, die sie auf diese Weise schädigen, und die sich einschränken müssen bis aufs äußerste mit ihren paar Mark Unterstützungsgeld. Sie denken aber auch nicht daran, daß es mit 80 bis 90 Mark nicht lange dauern wird, da **sie selber durch ihr Schuften dem Unternehmer die Handhabe zum Lohnabbau geben** und auch von ihnen immer mehr aufs Straßenpflaster fliegen. Ueber solche Dinge wacht „das Auge des Gesetzes" natürlich nicht.

Aus dem Kapitel Lehrlingsausbeutung

(Arbeiterkorrespondenz)

In Naumburg hat sich vor zwei Jahren ein **Bauunternehmer Schied** angesiedelt. Darüber, wo er früher war, hat man verschiedenes sagen hören. Denn wenn es einem gut geht, bleibt man doch wo man ist!

Bei diesem Unternehmer arbeitet ein Polier (von Beruf Maurer), der so anständig ist, daß er die Lehrlinge mit den unanständigsten Redensarten überhäuft. Unter den älteren Lehrlingen befand sich einer, dessen Vater mit Schied ausgemacht hatte, daß der Lehrling im ersten Lehrjahre 30 Pfennig, im zweiten 40 Pfennig Stundenlohn bekommen und im dritten Jahre nach Leistung bezahlt würde. Die Lehrlinge müssen dort, nebenbei bemerkt, Bauarbeiterarbeit verrichten. Als das erste Jahr herum war, ging der Lehrling zum Meister in die Wohnung, um daran zu erinnern, daß er jetzt mehr Lohn bekommen müsse. Die Antwort war, daß, wenn er nicht mache, daß er aus der Wohnung käme, er ihn mit dem Knüppel herausbringen würde. Wenn Schied seine Drohung wahr gemacht hätte, dann wäre er wohl in Hände geraten, daß er heute noch dran zu kauen hätte!

Als am anderen Morgen der Lehrling zur Arbeit kam, empfing ihn der Polier Böttscher mit üblen Redensarten, und Schied selbst erklärte ihm, er solle machen, daß er vom Bau käme.

Trotz mehrmaliger Aufforderung des Vaters des Lehrlings war kein Lehrkontrakt abgeschlossen, sondern immer auf später vertröstet worden. Jetzt ist Klage eingereicht beim Gewerbegericht. Der Polier ist weder gewerkschaftlich noch politisch organisiert, die acht Lehrlinge, mit denen er arbeitet, aber restlos.

Auch die landwirtschaftlichen Ausbeuter stoßen auf einheitliche Arbeiterfront

(Arbeiterkorrespondenz)

In der Nummer des „Klassenkampf" vom 16. November (Provinzteil) wurde auf die Ausbeutung hingewiesen, die bei dem **Landwirt Albert Pressel in Sangerhausen** herrscht. Der Artikel ist diesem Ausbeuter schwer auf die Nerven gefallen.

Als die ausgebeuteten Arbeiter am 18. November früh zur Arbeit kamen, wurden sie mit folgender Rede empfangen: „Na, Ihr armen Proleten, was wollt Ihr denn bei so einem Ausbeuter, wie kann Euer Vater Euch bloß zu solch einem Ausbeuter schicken?" Die Arbeiter verlangten ihre Papiere, doch sie bekamen dieselben nicht. Herr Pressel wollte erst wissen, wer der Artikelschreiber wäre, der ihn in der Oeffentlichkeit blamiert hätte. Es fand sich aber kein Verräter, und nach einigen Stunden verlangten die Arbeiter noch einmal ihre Papiere. Daraufhin wurde ihnen folgendes Schriftstück zur Unterschrift vorgelegt:

„An den „Klassenkampf"
Halle a. d. S.

Den von Ihnen veröffentlichten Artikel im „Klassenkampf" muß ich als volle Unwahrheit zurückweisen und verlange Berichtigung desselben. In meinem Betriebe trägt es 55 Morgen auf ein paar Pferde, was wohl nicht zuviel ist. Unterzeichnete bestätigen, daß sie stets über Tarif bezahlt worden sind."

Geschlossen verweigerten die Arbeiter die Unterschrift. Nun hieß es: „Wenn Ihr das unterschreibt, dann könnt Ihr wieder anfangen mit der Arbeit". Aber es war vergebens, die Proleten unterschrieben nicht.

Mit solch schmutzigen Sachen kann man bei ehrlichen Arbeitern nicht landen. Vielleicht ist es Herr Pressel aus dem Jungdo, wo er Mitglied ist, anders gewöhnt? Warum werden die Papiere nicht herausgegeben? Stimmt da vilseicht etwas nicht? Gelten nun die Arbeiter als entlassen oder nicht?

Sangerhäuser Arbeiterschaft, erwache! Kämpfe für ein besseres menschliches Dasein. Nieder mit allen Ausbeutern!

*

Anders sieht es leider aus auf dem **Rittergut Collenberg.** Hier steht noch ein Landarbeiter gegen den anderen, trotz der miserablen Löhne und des schlechten Lebens. „Herr Baron, Herr Baron, ich weiß was! Es hat schon wieder einer Hühnerfutter gemaust!" so denunziert einer den anderen.

Das „Tageblatt" geht schon des Morgens in aller Frühe von einem Fenster zum anderen, anstatt daß die Arbeiter sich und ihre Frauen durch die Arbeiterpresse aufklären würden. Aber hier haben die Frauen die Hosen an und schikanieren sich untereinander. Die Frau Marschke hat sich dadurch kürzlich gründlich blamiert.

Ihr Landarbeiterkollegen! Beseitigt solche Zustände! Eure Ausbeuter lachen sich nur ins Fäustchen.

Aus der Agfa, Wolfen

(Arbeiterkorrespondenzen)

Jeden Morgen von 6 bis 7 Uhr, ob es regnet oder kalt ist, kann man an der Pforte 2 der Agfa fünfzig und mehr Arbeitslose stehen sehen, die da hoffen, Arbeit zu bekommen. Aber diese Hoffnung wird nur wenigen erfüllt. Um 7 Uhr tritt der Polier Richter von der Firma Held & Franke mit einem höhnischen Lächeln aus der Pforte, um Musterung zu halten, ob tauglich oder nicht. Im Betriebe selbst fährt er mit dem Rade wie ein vom Größenwahnsinn Besessener von einer Baustelle zur anderen. Wehe, wenn er einen Proleten ertappt, der gerade einmal steht. Er wird angefaucht. Dieser Mann ist noch im Arbeiter-Gesang- und Sportverein Pouch. Er hat aber ganz vergessen, daß er einer derjenigen war, die früher die größten Reden hielten. Er ist erkannt auch von seinen besten Freunden, und die Rechnung wird eines Tages beglichen werden.

*

Am Freitag, dem 12. November 1926, wurde in der **Kunstseidefabrik, Abteilung Spinnerei,** folgender Aushang gebracht:

„Diejenigen Spinner, welche über das normale Maß Betriebsmaterial brauchen, erhalten nur noch Prämienzuschläge der Kategorie III."

Bisher bekamen die Spinner Kategorie I ausgezahlt. Man kann hier also wiederum feststellen, wie die Werksleitung **auf Kosten der Arbeitssklaven die Produktion und damit ihren Profit verbilligt.**

Wenn die Belegschaft der Spinnerei weiter schläft, dann wird man in nächster Zeit noch viel mehr Lohnkürzungen vornehmen und versuchen, auch das jetzt noch bestehende Kleidergeld (monatlich fünf Mark) abzubauen.

Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe

Es ist bekannt, daß das Rauchen in der Filmfabrik streng verboten ist und bestraft wird. Aber nicht nur in den Betrieben, sondern auch in den Speisesälen ist das Rauchen verboten. Viele Kollegen, welche gegen dieses Verbot verstoßen haben, mußten die „Freveltat" mit der **Entlassung** büßen. Andere Kollegen haben sich mit dem Verbot aus Sicherheitsgründen, wenn auch mit gemischten Gefühlen, abgefunden. Nicht so einsichtsvoll aber sind andere Kreise, die doch unbedingt die Feuergefährlichkeit der Filmindustrie kennen müßten! Oder besteht etwa die Feuergefährlichkeit nur für die Proleten? Der Theatersaal, der in der Rauchgefahrenzone liegt, wurde beim letzten „hohen Besuch" in einen Rauchsalon umgewandelt, so daß Werksbeamte mit dem Minimax und der Branddecke für entstehende Feuersgefahr gleich zur Hand sein mußten.

Wir möchten denn doch die Werksleitung, insbesondere den Inspektor Goldbach und seinen Brandmeister Günther, darauf aufmerksam machen, daß, wenn eine Feuersgefahr besteht, sie auch für **alle** besteht! Sonst muß das Rauchverbot für die Arbeiterschaft nur als Schikane betrachtet werden.

Nicht nur in dieser Angelegenheit wird m[illegible] **messen,** sondern auch in allen anderen Sachen. Besonders wenn die Werksleitung meint, einen Keil in die Arbeiterschaft treiben zu können, so bei Entlassungen und Einstellungen, bei Agitation der Gelben im Betrieb usw. Wird solch ein Hecht entlassen, so kann man schwören, daß er entweder in denselben Betrieb wieder unterschlüpft, oder aber in einem anderen Betriebe, und wenn er noch soviel auf dem Kerbholz hat! Die Arbeits- und Gewerbeordnung wird nur für diejenigen angewandt, die nicht in der Werksgemeinschaft organisiert sind. Die **Agitation und Flugblattverteilung der Gelben** geht so offensichtlich und provozierend in den Betrieben vor sich, daß man sich wundern muß, daß der vielgewaltige und in alle sonstigen Angelegenheiten seine Nase steckende Werkschutz, dieses noch nicht gesehen haben soll? Sieht man im Sozialbureau nicht, wenn **jeden Tag Paroleempfang der Gelben durch den Sozialsekretär und die Schriftführerin Goldbach der Werksgemeinschaft** stattfindet? Wenn ein anderer nur eine Minute zum Betriebsrat gehen will, muß er Formalitäten erledigen, hier aber kommt es nicht darauf an, auch stundenlang Gespräche im Sozialbureau abzuhalten.

Die **Werksgemeinschaft** mag allerdings eine erhöhte Agitation nötig haben, denn die Spatzen pfeifen es von den Dächern, daß Kegel. der Kassierer, nachdem er schon einmal die Stahlhelmkasse erleichtert haben soll, nun auch Geschmack an der Werksgemeinschaftskasse gefunden hat! Von diesere Ehrenhandlung erzählen natürlich die Gelben nichts. Oder will man vielleicht durch eine allgemeine Bekanntmachung des Sozialbureaus auf diese Zustände aufmerksam machen? Wenn man schon das Verschicken von Einladungen, Schreiben von Verhaltungsmaßregeln gegen die organisierten Kollegen und dergleichen mehr **durch das Sozialbureau** vornimmt, warum nicht auch dieses! Die Häuptlinge der Werksgemeinschaft Brösemann und Lenze, letzterer der „Resolutionsmacher" der Filmfabrik, ferner der abgetakelte Kegel und noch sonst eine Reihe solcher Blüten, erhalten ja jeden Tag die Parolen aus dem Sozialbureau.

Kollegen, aufgepaßt! Seht diesen Helden auf die Finger, laßt Euch nicht verblüffen. Die Werksgemeinschaftler der Filmfabrik sollen bald den Leuna-Nikoläusen folgen! Der Anfang ist ja auch bei uns schon gemacht. Wenn auch sie in das Heer der Erwerbslosen sich zählen müssen, dann hilft kein Sparen in der I.-G.-Sparkasse oder sonstiges Schmarotzen mehr! Auch sie werden erkennen müssen, daß der Platz der Werktätigen nur die freie gewerkschaftliche Organisation sein kann.

Die Baufirmen nicht besser als die Filmfabrik

Ein alter „Klassenkampf"-Abonnent schreibt:

Eine feine Firma scheint auch **Held & Franke** auf der Anilinfabrik in Wolfen zu sein, denn da herrschen hübsche Zustände. Baudelegierte gibt es nicht, und am Freitag voriger Woche ist ein Kollege von einem Bau nach dem anderen versetzt, weil er in der Frühstückspause angefangen hatte, von den Zuständen auf dem Baue zu sprechen. Es gelang in diesem Falle allerdings, daß er dann an die alte Arbeitsstelle zurück kam.

Verschiedene Kollegen bekamen schon nach einem Tage die Papiere zurück, und nur diejenigen bleiben, die **Sonntags und alle Abende in der Woche bis um 7 Uhr arbeiten.** Auch am Bußtag sollte gearbeitet werden, ohne Prozente. **Am Tage vorher wurden 18 Mann entlassen** wegen „Arbeitsmangel". Wo bleiben da die Gewerkschaften?

Die eine Sorte von Bauhandwerkern arbeitet Sonnatgs und in der Woche Ueberstunden, die anderen werden entlassen wegen Arbeitsmangel — das sind doch Zustände, die jeder Beschreibung spotten! Wenn der Arbeiter sich seiner Stärke bewußt wäre, dann wäre es wohl anders! Der Kongreß der Werktätigen wird hoffentlich manchem die Augen geöffnet haben!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261123-18/fragment/page=0005

Selbst Zentrumsmänner gegen das Schmutz- und Schundgesetz

Man muß schon zugestehen, selten ist ein politisches Ausnahmegesetz so geschickt maskiert worden, wie das Gesetz gegen alle freiheitlichen revolutionären und insonderheit kommunistischen Schriften, genannt „Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schmutz und Schund".

Das Gesetz gibt sich so harmlos, so selbstverständlich, jeder brave Bürgersmann und nun gar jede ehrsame Bürgersfrau wollen doch die lieben Kinderlein vor Schmutz- und Schundschriften schützen, umso reineren Gemütes kann man dann am Abend die Revue der tausend Nachtheiten genießen und was der Großstadtfreuden noch mehr sind.

Wenn sich nun doch in immer weiteren Kreisen ein lebhafter Protest gegen dieses Schundgesetz geltend macht, so spricht sich da das im Volk wachsende Mißtrauen gegen die innere Wahrhaftigkeit der Regierung der reinen Demokratie in geradezu erfrischender Weise aus. Freilich kommt diese Einsicht erst in zwölfter Stunde. Und ob sie sich auch politisch noch energisch genug durchsetzen wird? — Darüber werden uns die Reichstagsverhandlungen der nächsten Tage belehren. Immerhin, es dämmert. Und sogar im Zentrum. Das scheint vielleicht zuviel gesagt, aber in den Kreisen des Katholizismus sammeln sich sehr entschiedene Stimmen gegen das Schundgesetz. Und die „Germania" hat nicht umhin können, diesen Protestrufen ihre Spalten zu öffnen. Daß sie mit der Posaune des Leitartikels in der gleichen Nummer diese Stimmen dann zu übertönen und die Leserschaft zu betäuben sucht, nimmt ja schließlich nicht wunder. Es bleibt doch ein Schauspiel für Götter, wenn wir im führenden Zentrumsorgan lesen:

„Ich halte das Gesetz für untreif und nur für wert, bekämpft zu werden." (Hans Roselieb.)

Oder:

„Der vorliegende Entwurf öffnet dem geistigen Unfug Tür und Tor."

Der Schreiber des zuletzt zitierten Satzes, Leo Weißmantel, wird von der „Germania" der Leserschaft als „vielseitig wirkender Dichter, Dramatiker, Volksbildner, Schulmann und Abgeordneter" vorgestellt, der „aus reicher Erfahrung heraus" spräche. Freilich, Herr Weißmantel hat so seine Erfahrung gemacht, teilt er doch der katholischen Leserschaft mit:

„Ich werde mich hüten, ein solches Gesetz (nämlich das Schundgesetz. D. Red.) zu empfehlen, weil ich das geistige Chaos in unserem Volke zur Genüge am eigenen Leibe verspürt habe, vom Zeter- und Mordgeschrei über meinen „Totentanz 1921" bis zur feierlichen Versenkung eines meiner Bühnenwerke vor der versammelten Diözesanengeistlichkeit Würzburgs im letzten Sommer während einer feierlichen Messe nach Verlesung des Evangeliums."

Es ist schon so, wie Weißmantel wehmütig ausruft: „Es gibt nichts, was heute nicht irgendeinem Teil des Volkes als heilig, dem anderen zugleich als Schund und Schmutz erscheinen kann." Mit diesem nicht uninteressanten Zeugnis für den Charakter der bürgerlichen Klassengesellschaft ist auch das Verdammungsurteil über das Gesetz gegen Schmutz und Schund gesprochen.

Fassen wir zusammen: das Schundgesetz ist als Jugendschutzgesetz ein aufgelegter Schwindel, wie das selbst in den Kreisen derer, die sich um den Schutz der Jugend angelegentlichst bemühen, immer mehr anerkannt wird. Als Gesetz gegen kommunistische Literatur ist es ein unerhörtes Ausnahmegesetz. Ein von Kopf bis zu Fuß so giftgeschwollenes Monstrum, daß nur politische Naivität sondergleichen glauben kann, man könne durch Entfernung einzelner Giftzähne dieses Scheusal friedfertig und zahm machen.

„Hier wird erdrosselt"

Von Egon Erwin Kisch

Wer je etwas von Henkergeschlechtern gehört hat, von denen der Sanson, der Pipperger oder der Mydlar, der weiß — und wäre es bloß aus deren apokryphen Familienchroniken —, daß nicht nur Vater und Sohn, sondern oft auch ein- und derselbe Scharfrichter den verschiedensten aufeinanderfolgenden Regierungen „diente", passiv und aktiv, dem König, dem Direktorium oder dem Kaiser. Jeden brachte er um, der sich gegen die herrschenden Herren verging, und dann die herrschenden Herren selbst, er aber, er blieb am Leben und im Amt.

In Sowjet-Rußland war das unmöglich. Hier hat man allen Machthabern der zaristischen politischen Justiz den Prozeß gemacht, den Polizeimeistern, den Gefängniswärtern, den Verbannungsgendarmen und den Spitzeln. Das geschah teils aus agitatorischen Gründen, teils aus solchen der historischen Feststellung, was gewiß einen überzeugenden Anschauungsunterricht darstellt, wenn auch bedauerlicherweise der einzelne für Verbrechen eines ganzen Systems zu büßen hat. Und angesichts der großen Ueberschriften in den Zeitungen: „Prozeß gegen die zaristischen Henker" fällt einem natürlich ein, die kleinen Henker hängt man, während man die großen laufen ließ, nach Paris und Prag, wo sie ein fideles Leben führen. Wirklich sind es auch diesmal zumeist dumpfe Menschen, die an der Barre stehen, und der Sirom von Abscheu, den das Verfahren bewußt einschaltet, wendet sich nicht gegen die Angeklagten, die mechanische Vollstrecker fremder Befehle waren, sondern gegen die Welt, der sie dienten. Es ist ein blutrünstiges Milieu, von dem im Gerichtssaal der Vorhang gerissen wird, und entsetzt fragt man sich, in welcher Zeit so etwas möglich war. In welcher Zeit? Das Substrat des Prozesses bilden Vorgänge bis zum Jahre 1917 ...

Mitten in Moskau, dort, wo gegen die Flußbiegung zu die Häuser dünner gesät sind, befand sich das Polizeirevier des Bezirks Chamowniki, das eine besondere Aufgabe hatte. Wer der Ochranka nicht gefiel und aus dem Wege geräumt werden sollte, ohne daß man einen Prozeß entfesseln wollte, wurde mit kleinem Zettel, auf dem bloß eine Zeitangabe stand, dieser abgelegenen Wachstube überstellt. Die wußte, was zu tun sei. Der Eskortant wurde in eine Zelle gesperrt und zur festgesetzten Zeit, immer in der Nacht, über den Hof in einen Schuppen geführt.

Dieser Schuppen ist sozusagen der Hauptangeklagte. Sein Inventar: ein Tisch, ein Petroleumlämpchen, ein Schemel und ein in den Plafond eingeschlagener Haken. War der Gefangene hier eingetroffen, wurde ein Sack hinterrücks über seinen Kopf gestülpt, ein Mann legte ihm eine Schlinge um, man hob ihn auf den Schemel und mit diesem auf den Tisch, dann wurde das Möbel weggeschoben, und an der Decke baumelte ein Leichnam.

Der Arzt, der bei jeder Hinrichtung anwesend war, um den eingetretenen Tod zu konstatieren, war nicht der einzige Zeuge: es wohnte ihr noch ein gespenstischer Gast bei, der allerdings bis zum heutigen Tage nicht ermittelt werden konnte; dieser fremde Herr fuhr mit einem Gummiradler oder einem Schlitten erster Güte drei Minuten vor der festgesetzten Stunde in den Hof des Polizeihauses ein, trug eine blaue Brille, sein Gesicht war verschminkt, und niemand wußte seinen Namen und sein Amt. Er schaute die Festgenommenen an, bevor ihnen die Henkersknechte den Sack über den Kopf warfen, und beobachtete, wie die Schlinge um den Hals gelegt, wie der Wehrlose gehoben und wie durch das Umstürzen des Schemels die Prozedur beendet wurde, er sah der Todesprobe des Arztes zu und fuhr danon. Die anderen blieben, nahmen erst jetzt dem Leichnam Arm- und Fußfesseln ab, entkleideten und schafften ihn durch den Wagankowski-Friedhof, wo man ihn verscharrte, als „Unbekannter, von den Ausrägern gehracht". Niemals wurde im Schuppen ein Protokoll über die Hinrichtung ausgefertigt, vielleicht verraute man dem Mann mit der blauen Brille, vielleicht verließ man sich auf die Henker, — es gab nichts Schriftliches, der Delinquent war non in actis, non in mundo.

So dunkel es auch in dem Schuppen war (man mußte vor jeder Prozedur das Oellämpchen anzünden), so rasch sich auch alles vollzog, so abgeschlossen der Hof auch dalag, die Tatsache, daß dort eine geheime Richtstätte sei, blieb der Umgebung nicht unbekannt. Man wußte, wer von den Polizisten mit der schrecklichen Manipulation betraut war, man nannte diese Leute auf der Wachtstube und bald auch in der Umgebung: „Die Musketiere" und fürchtete sie mehr als man sie verachtete.

Eines Morgens fanden die Polizisten an der Wand des Schuppens mit großen weißen Buchstaben aufgemalt: „Hier wird erdrosselt!" Die Buchstaben wurden in Eile abgewischt, am nächsten Tage jedoch standen sie wieder dort. Nun wurde ein Wachtposten im Hof aufgestellt, und die Mauer blieb unbeschmiert. An dem Tage, an dem der Posten eingezogen wurde, war die Aufschrift von neuem da und das Spiel wiederholte sich noch einige Male. Es war eine ebenso gefährliche wie sinnlose Demonstration, denn jene, die die Worte lasen, wußten ja, daß hier erdrosselt werde, und ein anderer kam nicht in den Hof. Aber was waren denn alle Auflehnungsversuche gegen die Blutherrschaft des Zarismus anderes als ebenso gefährliche wie sinnlose Demonstrationen, was vermochten denn die Revolutionäre in Rußland und in der Emigration anderes zu tun, als durch Bombenattentate oder Flugschriften an die Wand zu schreiben: „Hier wird erdrosselt!" Die Welt las zwar den Satz, doch war sie geneigt, alles für reichlich übertrieben zu halten, und der Zarismus konnte mit Statistiken dienen, denen zufolge Todesurteile und Vollstreckungen nur sehr selten vorkamen. (Justifikationen von der Art der in der Chamowniki-Wachstube standen allerdings nicht in den Tabellen und demnach non in mundo.)

Aus den Aussagen der Angeklagten und der Zeugen und aus den Wagankowker Friedhofsbüchern geht hervor, daß die Zahl der in Chamowniki ohne Gerichtsverhandlung und ohne gesetzliche Begründung Getöteten über fünfhundert beträgt, die sich auf fast zwanzig Jahre verteilen; vor 1905 wurden hier nur gelegentliche Hinrichtungen vorgenommen, seit diesem Jahr war der Schuppen von Chamowniki die offiziell-inoffizielle Politklinik des Kaiserreichs gegen revolutionäre Erkrankungen.

Wiederholt wurden zwei oder drei Häftlinge gleichzeitig in die Baracke geführt, und wußten, wenn auch mit dem Sack über den Kopf, anwesend sein, wenn ihr Genosse sich in Todesqualen maß, in manchen Nächten gab es fünf bis neun Hinrichtungen. Die Namen sind zumeist unbekannt, es waren fast durchweg politische „Verbrecher", darunter auch Ausländer, während des Krieges besonders viele Deutsche.

Erst mit Ausbruch der Kerenski-Revolution wurden die Hinrichtungen in diesem Schuppen eingestellt; in ihrem Amt als Polizeidiener verblieben die einstigen Henker dennoch. Die Beschwerden, die sich dagegen erhoben, wurden von den Menschewiki abgewiesen, niemand könne für etwas bestraft werden, was er auf Befehl der alten Regierung begehen mußte.

Und so verteidigen sich auch heute noch die angeklagten drei Musketiere Djabin, Frolow und Grudzin und ihr Faktotum Dschagunow: „Man hat mir gesagt, ich soll ihn aufhängen, also habe ich ihn aufgehängt, ich war doch im Amt, ich durfte die Ausführung eines Befehles nicht verweigern." Der Arzt, Dr. Weselitzki, der laut Anklageschrift in vierzig Fällen den Tod der Strangulierten festgestellt hat, antwortet auf die Frage, ob er sich schuldig bekenne: „Ich bin bloß schuldig, kein Held zu sein. Den Heroismus, die Ausführung des Auftrages abzulehnen, besaß ich nicht. Ja in übrigens nur das, was jeder Arzt tun muß, ich konstatierte bei einem Toten, daß er tot sei." Vom Richtertisch aus wird ihm erwidert, zwei seiner Vorgänger hätten sofort ihren Dienst als Amtsärzte quittiert, als man von ihnen Assistenz bei diesen gesetzwidrigen Justifikationen forderte. Dr. Weselitzki gibt zu, das gewußt zu haben, fügt aber bei, der eine der beiden Doktoren sei nach Sibirien versetzt worden, der andere gelte seit seiner Demission als verschollen. Sicher ist, daß man ihn und die anderen nicht lange mit so gefährlichem Geheimnis in der Freiheit belassen hätte, wenn sie aus dem Dienste geiteten wären.

Das Gericht nahm das als Milderung an, und auch — wie jetzt gerichtsüblich — die Tatsache, daß die Verbrechen weit zurückliegen. So wurden die drei Henker zwar zum Tode verurteilt, aber gleichzeitig die Umwandlung der Strafe in zehnjährige Haft ausgesprochen, der Henkersknecht erhielt vier Jahre Haft. Dr. Weselitzki, der sich unter dem neuen Regime als Organisator einer Kinderkolonie Verdienste erworben hat, wurde vollständig freigesprochen mit der Begründung, daß er niemals Hand angelegt habe, — ein Urteil, das großes Aufsehen und Diskussionen hervorruft, da mit denselben Motivierung auch der Freispruch des gelchminkten und blaubebrillten Herrn erfolgen konnte, — wenn man je seiner habhaft würde. Mit Ausnahme der Angeklagten ist niemand von dem Urteilsspruch befriedigt, das Publikum, das mit Grausen jeder Phase des Prozesses gefolgt war, verläßt offensichtlich enttäuscht den Verhandlungssaal. Es waren zumeist ältere Leute aus der Gegend der Moskwa-Schlinge, sie hatten die Angeklagten gekannt und gefürchtet, und holten sich beim Prozeß die Aufklärung über die rätselhaften Todesschreie, die sie einst aus dem Schlaf hatten auffahren lassen. Eine alte Dame im Auditorium, ehemalige Lehrerin des Bezirkes, erinnerte sich, daß ihr Nachbar von gegenüber, Lew Nikolajewitsch Tolstoj in einer Augustnacht wütend das Fenster zuschlug, weil das gellende Gebrüll zweier oder dreier Menschen unbarbar war. Wahrscheinlich arbeitete Tolstoj damals an seinen Ausführungen des Evangeliums, er war wohl der einzige Bewohner des Chamowniki-Bezirkes, der nicht ahnte, daß unter seinem Fenster die Werkstätte der Henker war, und schrieb das „Du sollst nicht töten" ebenso wirkungslos aufs Papier, wie ein ahnungsvoller Hausgenosse an die Wand des Schuppens schrieb: „Hier wird erdrosselt!"

HEUTE abend 8 Uhr im WINTERGARTEN
PROTESTVERSAMMLUNG
GEGEN
DAS
SCHUND UND SCHMUTZ SCHUND UND SCHMUTZ SCHUND UND SCHMUTZ
GESETZ
Der bekannte Schriftsteller
Egon Erwin Kisch
spricht

Die Jugend-Delegierten-Konferenz ruft zum Protest gegen das „Schmutz- und Schundgesetz" auf!

In Verbindung mit der Landeskonferenz der Werktätigen Mitteldeutschlands tagte eine Jugenddelegierten-Konferenz, die unter anderem folgende Resolution einstimmig annahm:

Entschließung:

Die heute am 21. November 1926 im „Volkspark" anläßlich der Landeskonferenz der Werktätigen besonders tagende Jugend-Delegierten-Konferenz Mitteldeutschlands, welche aus jugendlichen Vertretern vieler Betriebe, Gewerkschaften, Sportorganisationen zusammengesetzt ist, protestiert aufs schärfste gegen das im Reichstag vorliegende „Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schmutz- und Schundliteratur", welches die Vernichtung der proletarischen Literatur vorsieht. Die Konferenz verpflichtet sich, alle Jugendlichen Mitteldeutschlands gegen dieses Gesetz zu mobilisieren, und erwartet von den Vertretern der SPD. und KPD., im Reichstage die Ablehnung dieser Vorlage.

*

Heute ist der 1. Tag der Mobilisierung.

Hallische Jugend! Heute abend 8 Uhr im „Wintergarten"!

Heraus zum Protest gegen das Schandgesetz!

1. Konzert der Robert-Franz-Singakademie im Stadttheater

Ich weiß nicht, ob den Veranstaltern, guten Bürgern, inne geworden ist, welches Motiv von Dichter und Dichtung der ihrem Programm eigen war, von Hölderlin und Franz von Assisi. In diesem Blatt (Beilage Leben, Wissen, Kunst vom Sonnabend) wurde es durch ein Zitat aus „Hyperion" bereits angedeutet. Hölderlin fand, daß in dem Deutschland, das ihn verachtete und verhungern ließ, keine Menschen zu finden wären. Vom „seraphischen Franz" aber berichtet die Legende, daß er, selber schwer belastet, vor den Menschen seiner Zeit in die Einsamkeit des Urwaldes floh, um den wilden Tieren zu predigen. Von diesen versprach der fromme Asket sich wohl mehr Erfolg, als von den wüst lebenden Zeitgenossen.

*

Zwei Gedichte von Hölderlin, beide Abschiedsworte eines verlassenen, lebensmüden, immerhin noch starken Gestalters, vertonte Walter Braunfels, ein Moderner, im Opus 27. Ich weiß nicht, ob vor ihm schon jemand wagte, die Todesvisionen Hölderlins in Musik zu setzen. Es ist jedenfalls eine große Aufgabe. Im „Tod fürs Vaterland", dem schwierigeren Stück, ist sie auch Walter Braunfels nicht gelungen. Die Musik gibt sich zu aufgelöst, anstatt die zerflatternden Worte der Dichtung zu binden. Herr Prof. Moser ist ein Sänger, der in Halle oftmals bewiesen hat, wie beseelt er zu singen versteht; aber er mühte sich vergeblich. Dagegen wußte er das kurze, knappe, eindringliche „An die Parzen", wie Hölderlin in der Dichtung, in Tönen zu „reifem Gesang" zu gestalten.

*

Dann stieg der grandiose „Sonnengesang" des Franz von Assisi in der adäquaten Vertonung des Hermann Suter, gesetzt für Chor von Männern, Frauen, Knaben, für großes Orchester mit Cembalo und vier Solostimmen. Wenn diese Dichtung in ihrer monumentalen Größe an uns vorübergerauscht ist, fragt man sich: Ist das Gesang, Rede, Wort, Sprache? Nein, diese Musik hat die Materie in Wohllaut aufgelöst. Und man fragt sich weiter: Hat dies Werk etwas mit Religion zu tun? Abermals nein; hier sprechen Natur und Menschheit zu uns, gigantisch, wie die Schweizer Berge, zwischen denen Suter seine Tondichtung schuf. Der Versuch des Erklärers der Musik, Baur, nicht nur Text, sondern gar die Musik ins Kirchlich-Religiöse umzudeuten, zu diesem Zweck das Befreiende, Hinaufreißende, Naturgewaltige in katholische Mystik, Leidenphilosophie umzuwandeln, dieser Versuch muß zurückgewiesen werden. Das hatten übrigens schon die Veranstalter des Konzerts getan, indem sie nicht in der Kirche, sondern im Theater sangen.

Ich finde auch überflüssig, daß im Textbuch eine „deutsche Uebersetzung" neben dem italienischen Original zu finden ist. Wie ein Vergleich zeigt, ist Uebersetzung kaum möglich. Und dann ist es gerade so überaus reizvoll, den Wohllaut der volkstreichen italienischen Sprache, dieser Musiksprache schechthin, in der Musik ganz unabhängig vom Wort und Sinn des Wortes auf sich wirken zu lassen. Denn der Sinn des vertonten Wortes ist manchmal Unsinn, auch wenn es die Größten — Mozart, Beethoven — benützten. Dies trifft natürlich auf den „Sonnengesang" nicht zu. Diese Worte preisen den „Schöpfer", aber nicht in der naiven Art, die mit Aposteln, Jüngern, Engeln oder anderen Heiligen wirkt. Franz von Assisi war sicher eine außergewöhnliche Persönlichkeit; die Geschichte sagt, er sei radikal gewesen, habe die religiösen Bettelorden in der katholischen Kirche zu Nutzen des päpstlichen Hofstaats bekämpft und die Bildung von Genossenschaften für praktisches Christentum zum Wohle der Elenden betrieben. Der „Sonnengesang" ist nichts als ein Lobgesang der ewig schöpferischen Kräfte von Natur und Kreatur auf sich selbst.

*

Das erstmalig in Halle aufgeführte Werk erfordert einen kultivierten Gesangschor, ein ausgezeichnetes Orchester, gute Oratoriensänger als Solisten und eine straffe Leitung. Es muß gleichsam dem Komponisten nachgebaut werden. Denn das Werk wirkt mit seiner Vollendung in Musikalität, straffem Rhythmus und geschlossener Gliederung wie der Bau einer gotischen Kathedrale. Vielleicht auch einem Gemälde von Raffael oder Correggio. Einheitliche Wirkung durch Gegensatz der Elemente. Hochragende Größe mit subtilstem Filigran, strengste Linie mit feinstem Duft der Farbtönung.

Die Aufführung war schlechthin vollendet. Ein Erlebnis. Ein Satz des Werkes folgte dem anderen in der gleich liebevollen Ausarbeitung. Die Chöre ergriffen mit Wärme, klagten in Trauer und Not, jubelten in Freude. Immer aber staunte man über Sicherheit, Klarheit, Reinheit und Schwung. Die chorischen Höhepunkte waren der feierlich getragene Friedenschor (Nr. 7), die stürmisch dahinbrausende Passacaglia (des Feuers), die mit Pastellfarbe hingehauchte Tonmalerei der Fuge (in Nr. 3), vor allem aber der Nr. 2 „in dorischer Tonart", wo der Chor in wundervollem Wechselgesang mit Solisten und Orchester eine ganze Viertelstunde lang Höhen und Tiefen, alle Tonarten durchschreitend, in den wenigen Silben, die die Pracht des Nachthimmels besingen.

Die Solostimmen waren ganz hervorragend besetzt. Der Sopran von Margot Hinnenberg-Lesebre ist glockenhell und weich, wundervoll vermag sie Kantilene zu zeichnen, mit vollendeter Stimmtechnik die längsten Halte meistern. All dies fand fest, als sie in Nr. 2 gehört, wo die Stimme der Sängerin wie Saitenspiel zwischen Chor und Orchester erklang. Das Organ der Altistin Maria Philipp, einer Dame von Jahren, ist im Volumen nicht übermäßig stark, aber sie beherrscht ein ganz weites Register, von ganz tiefen Sopranlagen bis zur Tiefe, was sie vor allem mit dem großen Solo (Nr. 6) bewies. Die entzückende Tonmalerei dieses Stückes gelang ihr ganz ausgezeichnet. Der Tenor August Richter sang angenehm leicht, intonierte stets sauber, die Stimme wußte sich selbst gegen Fortissimo von Chor und Orchester zu behaupten. Bei der Solostation fiel die Härte des a auf, das manchmal (z. B. A te solo altissimo, se confanno) wie a klang. Der bewährte Bach von H. J. Moser (zurzeit in Heidelberg) gab seine Glanzleistung in dramatischen Nr. 8. Im Quartett sangen alle fein abgetönt, daß ein prachtvoller Zusammenklang sich ergab. Hier sind zu erwähnen die Nr. 2 und der Schluß. Der Knabenchor der Klosterschule sang leicht, frisch und präzise. Der Dirigent, Prof. Rabsch, hielt den Klangkörper mit starker Hand zusammen. Er brachte feinwirkend alle gesanglichen und orchestralen Feinheiten der Dichtung zur Geltung und führte mit einer Sicherheit ohnegleichen die schwierigen Fugal-Sätze zu überwältigendem Eindruck. Ihm gilt insbesondere der rauschende Beifall.

*

Es war herrlichste Kunst, ein Abend tiefsten Erlebens an der Stätte, wo Sonntags sonst die kitschige Operette für das „Volk" geboten wird. Vom „lieben Gott" habe ich nichts gesehen und nichts gehört. Herr Baur hat ihn vergeblich zitiert.

—r.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261123-18/fragment/page=0006

Erwerbslosenforderung durch SPD.-Hilfe zu Fall gebracht

Busse als Anwalt deutschnationaler Tribünenlärmmacher — Das Doppelspiel der SPD. entlarvt — Ablehnung des kommunistischen Antrags auf Winterbeihilfe — Die Hohenzollern sollen nicht kritisiert werden — Städtische Ueberschüsse aus Bauarbeiterlöhnen — Abschnürung der Stadtbankdebatte

Wer am Sonntag im „Volkspark" der Landeskonferenz der werktätigen Mitteldeutschlands beigewohnt hat und sah, wie Arbeiter und Kleinbauern, proletarische Kommunalvertreter und Gewerkschaftsdelegierte bemüht waren, sich ernsthaft über die Sorgen der werktätigen Massen auszusprechen und den Weg zu finden, der Abhilfe schafft — wer gesehen hat, welche Einmütigkeit diese Versammlung von Vertretern der notleidenden Bevölkerung beseelte und wer gestern die hallische Stadtverordnetenversammlung dagegen sah, ein offizielles Parlament, ein „Hohes Haus", wie man so schön sagt, dem wurde klar, in welchem von beiden Parlamenten wirkliche Arbeit im proletarischen Sinne geleistet wird, in dem offiziellen oder dem, welches sich die mitteldeutschen Werktätigen selbst geschaffen haben. Die ganze Hohlheit dokumentierte sich dann wieder in der hallischen Stadtverordnetensitzung, die Oberflächlichkeit der Bürgerlichen, der Wunsch, nichts Peinliches an sich herankommen zu lassen — und es gab viel Peinliches — alles geht glatt zu, aber auch nur da, wo es dem Ordnungsblock und seinem Anhängsel in den Kram paßt. Man hört gar nicht hin, weder das Elend der Erwerbslosen noch die Tatsachen aus dem Stadtbanksumpf können an das politische Gewissen der Herrschaften von Hakenkreuz und Ordnungsblock rühren — weil sie keins haben. Und wenn es gar zu zu brenzlig wird, „läßt man sich auf Polemik gar nicht ein", wie es gestern die SPD. gemacht und selbst zugegeben hat, als von kommunistischer Seite in klaren scharfen Worten die Betrügerrolle der SPD. im Reichstag hinsichtlich der Erwerbslosenanträge gekennzeichnet wurde. Verrat der eigenen Erwerbslosenanträge, um dafür die Große Koalition zu erkaufen, der Tatbestand ist so eindeutig, daß keiner von den sozialdemokratischen Stadtverordneten, auch nicht der immer schimpfbereite Herr Schaumburg und der manchmal etwas radikal lavierende Flücht sich herauswinden konnten, sich „in eine Polemik einzulassen". Sie hätten sich nur selbst blamiert, sie hätten nur die hallischen SPD.-Arbeiter gegen sich aufgebracht, und es hätte wieder Mißtrauensresolutionen gehagelt, wie die gegen die sozialdemokratische Landtagsfraktion wegen Fürstenabfindung und zur Großen Koaltion. Aber halt, auch daran kehren sich diese Leute nicht. Sie haben ja auch gestern im hallischen Stadtparlament gegen die Behandlung eines kommunistischen Antrages in der Fürstenfrage gestimmt — obwohl selbst weite bürgerliche Kreise alles daran setzen, um diese Schandabfindungen nicht auf sich beruhen zu lassen. Und um der Heuchelei und dem Arbeiterverrat die Krone aufzusetzen, verhinderte die sozialdemokratische Fraktion gestern die Annahme des kommunistischen Antrages, der den hallischen Erwerbslosen und sonstigen Fürsorgeempfängern für Weihnachten eine Beihilfe sichern sollte. Es fehlten nämlich zwei SPD.-Stadtverordnete: einmal der famose Herr ...elmeier, der schon lange in den Gefilden Thüringens seine genialen Talente für die SPD.-Presse hergibt und sein geklautes Mandat nicht einmal ausfüllt, und Herr Müller, dem die Heimatabendvorträge wichtiger sind als die Erwerbslosenanträge, denn er verschwand ein paar Minuten vor der Abstimmung über diesen Antrag aus der Sitzung. Da diese Abstimmung 27 Stimmen gegen 26 Stimmen für diesen Antrag ergab, so ist leicht festzustellen, wären die beiden fehlenden Stadtverordneten da gewesen, sich eine Stimmenzahl von 28 für den Antrag und somit seine Annahme ergeben hätte. Aber das ist keine Zufallsmehr- oder Minderheit, sondern, es ist dieselbe Linie des Arbeiterverrats, die die SPD. im Reichsmaßstabe durchführt, und für die sie von den sich immer stärker links orientierenden Arbeitern bestimmt die Quittung erhalten wird.

Daß die von kommunistischer Seite durchgesetzte Stadtbankdebatte auch gestern wieder — ausgerechnet durch den Demokraten Minner — abgeschnürt wurde, kennzeichnet die andere Seite dieser Parlamentsinstitution. Die Einzelheiten dieser Debatte werden deshalb morgen in einem besonderen Bericht festgehalten werden.

*

Herr Busse scheint es allmählich in sein Programm aufnehmen zu wollen, sich zu Beginn jeder Sitzung eine mehr oder minder grobe Geschäftsordnungswidrigkeit zu leisten. Diesmal war es die Verlesung des Briefes einiger Tribünenbesucher, die offensichtlich dem schwarzweißroten Herzen sehr nahe standen und sich über die Titulierung „Jungens" durch den Stadtverordneten Flücht beschwerten und Abbitte forderten, „widrigenfalls" sie Klage erheben würden. Herr Busse fragte also, ob Flücht Buße tun wollte, doch kaum war ihm das Wort entfahren, erhob sich auf kommunistischer und sozialdemokratischer Seite ein Entrüstungssturm, und es wurde gefragt, seit wann der Vorsteher Vertreter der Tribünenbesucher an Stelle eines Vorsitzenden des Stadtverordnetenplenums sei. So habe er es nicht gemeint, stammelte zum Schluß Herr Busse, aber die Frage wurde dennoch aufgeworfen, was wohl geschehen wäre, wenn nicht Stahlhelmleute, sondern Arbeiter auf der Tribüne gesessen und Drohungen und Schimpfworte von sich gegeben hätten. Sehr richtig wurde bemerkt, daß es auch einmal umgekehrt kommen kann, und dann wird man sich vielleicht gar nicht damit begnügen, ruhig zu bleiben, sondern man wird in den Sitzungssaal kommen und die bürgerlichen Stadtverordneten zur Rechenschaft ziehen.

Ein Dringlichkeitsantrag zum Kongreß der Werktätigen, den unsere Genossen eingebracht hatten, wurde ...sen, und dann gab der Hakenkreuzler Dr. Schunke eine Erklärung gegen die Deutschnationalen ab, aus der zu ersehen war, daß er nicht dieser, sondern jener Splittergruppe der Fememordpartei angehört, was ihm einen Zwischenruf über die blendende „nationale Einigkeit" einbrachte. Es war sehr informierend.

Die Behandlung der Erwerbslosenanträge, die hierauf folgte, erschwerte eine ausführliche Diskussion, weil der Vorsteher sämtliche Anträge zusammen behandeln ließ: 1. einen sozialdemokratischen Antrag auf Vorstelligwerden bei der Reichsregierung zur Erhöhung der Erwerbslosensätze um 50 Prozent, der im Antrag daran noch verschiedene Forderungen enthält; 2. lag hierzu ein Gesuch der erwerbslosen Angestellten vor und 3. der kommunistische Antrag:

Für Erwerbslose und sonstige Fürsorgeempfänger werden 50 Mark für Verheiratete und 25 Mark für Ledige (eventuell Kohlen und Kartoffeln im Werte von gleicher Höhe) bewilligt.

Hinzu kam eine Vorlage des Magistrats, die Belieferung der Erwerbslosen mit einem halben bis einen Zentner Kohlen alle 14 Tage vorsieht, aber beileibe nicht umsonst, sondern zum halben Preis, eine äußerst dürftige magere Beihilfe, was von unseren Genossen auch sehr deutlich ausgesprochen wurde.

Genosse Härtel ging von der Wirtschaftskrise aus, die bereits ein Jahr lang andauert und die Erwerbslosen in das allergrößte Elend gebracht hat. Gerade durch diese lange Dauer sind sie ihrer letzten Wirtschaftsgegenstände beraubt, die Kleidung wird immer unbrauchbarer, die Not wächst immer mehr an. Da kommt der Magistrat mit einer so unvollkommenen Vorlage. Die geringe Kohlenbelieferung reicht bei weitem nicht aus, es muß auch den Erwerbslosen mit Geldmitteln unter die Arme gegriffen werden. Es kommen jedoch nicht allein die Erwerbslosen in Frage, sondern alle Unterstützungsempfänger, alle Hilfsbedürftigen, Kriegsopfer, Kleinrentner usw. Wie furchtbar schlecht es den ärmsten der Armen geht, weist Genosse Härtel an einem Beispiel nach, wo man einen epileptischen Arbeiter ins Arbeitshaus stecken will, weil er schwere und gefährliche Arbeit ablehnen mußte. Dann erinnert er an die Heuchelei der Bürgerfraktion vom vorigen Jahr, wo man auch zu Weihnachten etwas bewilligte, dann aber keine Mittel hergab und die Sache im Sande verlief.

Schaumburg erklärt, daß seine Fraktion für den kommunistischen Antrag stimmen werde. Er richtet an den Magistrat die Anfrage, was aus den einstimmig angenommenen Anträgen geworden wäre, die den kostenlosen Zoo- und Theaterbesuch für Erwerbslose vorsehen. Eine Antwort darauf wird nicht gegeben. Der Magistrat hüllt sich in Schweigen.

Genosse Kilian leitet seine Forderung nach Unterstützung des kommunistischen Unterstützungsantrages durch Verlesung einer bedeutsamen Stelle aus der Denkschrift des Deutschen Städtetages ein:

„Alle Fürsorgetätigkeit wird letzten Endes im Interesse des gesamten Volkes und der gesamten Wirtschaft ausgeübt, um das Leben und die Arbeitskraft der Bevölkerung zu erhalten. Es heißt die Zusammenhänge verkennen, wenn verlangt wird, daß die Sozialausgaben in wirtschaftlich schwierigen Zeitläuften eingeschränkt werden. Denn gerade dann müssen die Gemeinden erhöhte Aufwendungen machen."

Hier ist in einer amtlichen Denkschrift eindeutig gegen die Bürgerlichen Stellung genommen, die sich über allzu große Ausdehnung der Unterstützung beschweren. Was außerdem das Verbot angehe, daß Gemeinden keine Sonderunterstützung gewähren sollen, was durch den bekannten Grützner-Erlaß für unseren Bezirk unterstrichen wurde, so steht heute trotzdem den gemeindlichen Leistungen kein Hinderungsgrund entgegen. Wenn von einem Zurückgehen der Erwerbslosenziffer in Halle gesprochen wird, so hängt dies mit den Leuna-Bauten zusammen.

Wenn aber diese Bauten fertiggestellt sind, dann werden die Bauarbeiter wieder erwerbslos sein, und kein Mensch weiß, woher die Leuna-Könige die Arbeiter für die neuen Fabriken nehmen werden.

Noch heute gibt es viele Arbeiter, die auf schwarzen Listen stehen und bei keiner Baufirma in Leuna unterkommen. Am schlimmsten sind die Ausgesteuerten daran, die der Armenfürsorge anheimfallen und vollkommen verelendet sind. Gerade ihnen soll der kommunistische Antrag helfen. Die Magistratsvorlage mit ihrem geringen Zugeständnis ist dagegen ein Hohn auf die Not der Erwerbslosen. Man ist nicht einmal so weit gegangen, ihnen die Kohle gratis zu liefern, und es wird viele Familien geben, die nicht einmal die 50 Pfennig dafür übrig haben. Unser Antrag ist sehr bescheiden, aber wir wollten den Herrschaften auf der rechten Seite ihre Ausflüchte nehmen über zu hohe Forderungen. Wir behalten uns vor, in der nächsten Zeit neue Forderungen zu stellen. Zu dem Antrag der SPD. ist folgendes zu sagen: Als ich ihn las, habe ich sehr gestaunt, denn das ist ein Antrag, wie er von der SPD. immer als „kommunistischer Agitationsantrag" bezeichnet wird. Früher hat man auf sozialdemokratischer Seite immer Zeter und Mordio geschrien, wenn wir solche Anträge eingebracht haben. Aber durch das immer stärker werdende Drängen der linkseingestellten Arbeiterschaft wurden Sie gezwungen, solche Anträge einzubringen. Bekanntlich hat sich der Reichstag mit demselben Antrag befaßt, aber als dann eine 30prozentige Erhöhung angenommen war und die Reichsregierung sich dagegen erklärte, **ließ man die eigenen Anträge fallen und wandte nichts gegen die kümmerlichen 10 bzw. 15 Prozent Erhöhung ein.** Durch dieses Spiel hat sich die SPD. wieder entlarvt als Verräterin der Interessen der Erwerbslosen. Dies muß festgestellt werden, um die wahren Beweggründe aufzuzeigen, die auch in Halle zur Einbringung dieses Antrages geführt haben. Wir werden für diesen Antrag in allen seinen Teilen stimmen und werden sehen, was die SPD., die ihn eingebracht hat, zu seiner wirklichen Durchführung tun wird. Zur Ziffer 7 des Antrags, der sich mit den Doppelverdienern beschäftigt, weist Genosse Kilian darauf hin, daß die Arbeiterfrauen durch die Hungerlöhne ihrer Männer zur Mitarbeit gezwungen sind, und daß hier der Passus abgeändert werden müsse.

Zahlen beweisen am besten die Not der Erwerbslosen. Stadtrat Velthuysen gibt die Zahl der jetzt Arbeitsuchenden mit 4085 an, davon 3264 männliche und 821 weibliche. Die Zahl der Notstandsarbeiter mit 941 ist immer noch außerordentlich gering. Die Zahl der Ausgesteuerten wird auf 150 geschätzt. Sie werden der Krisenfürsorge eingereiht werden.

Genosse Höcker geht auf die Forderungen der erwerbslosen Angestellten ein. Er weist nach, daß die Bürgerlichen an ihnen kein Interesse haben, obwohl sie versuchen, sie politisch für sich zu reklamieren. Der Antrag ist bereits vor sieben Wochen eingereicht und wird erst heute verhandelt. Als Genosse Höcker auf die Frage der Doppelverdiener eingeht und meint, man müsse diese vor allem in den Reihen der faschistischen Offiziere suchen, die ihre Pensionen beziehen und außerdem für schweres Gehalt in den Großbetrieben als Werkspitzel beschäftigt werden, wird ihm von Busse, der sein Herz für die Reaktionäre erglühen fühlt, das Wort entzogen, so daß es dem Genossen Höcker nicht möglich ist, auf die wichtigsten Fragen der erwerbslosen Angestellten einzugehen.

Schaumburg rühmt seine Krisenfürsorge und ist der Ansicht, es sei durch die SPD. im Reichstag für die Erwerbslosen doch eine Menge „Ersprießliches" herausgekommen. Dann erklärt er kurzerhand, daß er sich mit den kommunistischen Rednern auf eine Polemik nicht einlasse. Er wird wissen, warum

Bevor die Abstimmung vorgenommen wird, erteilt Busse dem Genossen Höcker noch zwei Ordnungsrufe und läßt die von kommunistischer Seite geforderte Anfrage nicht zu, ob die Frage der Doppelverdiener zur Sache gehört oder nicht.

Die Abstimmung über Antrag 1, Ersuchen an die Reichsregierung wird mit 34 Stimmen und Abänderung des Passus angenommen. Das Gesuch der Angestellten wird dem Magistrat „zur Erwägung" überwiesen. Was dabei herauskommt, wenn der reaktionäre Magistrat etwas „erwägt", wissen wir, und so enthielten sich unsere Genossen hier der Stimme, um daraufhin zu fordern, daß über die weitergehende Fassung des sozialen Ausschusses abgestimmt werde. Dies geschah nicht, sondern nur Absatz 2a, der eine Klausel für Berücksichtigung der erwerbslosen Angestellten bei Einstellungen usw. vorsieht, wird angenommen. Antrag 3, der die Forderungen nach der Beihilfe von 50 bzw. 25 Mark enthält, wird mit 27 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Der Antrag ist also trotz der Erklärung, daß die SPD. dafür stimmen werde, durch das Fehlen von zwei sozialdemokratischen Stadtverordneten gefallen. Die kümmerliche Magistratsvorlage findet dann ebenfalls Annahme.

Resultat der ganzen Sache: ein halber Zentner Kohlen und nicht einmal umsonst.

Der monarchistische Stadtverordnetenvorsteher hatte es verstanden, den kommunistischen Antrag gegen die Fürstenabfindungspolitik wochenlang hinauszuschieben. Gestern erklärte er ihn nun für überholt und außerdem nicht für zulässig. Abwürgung des Antrages trotz Protestes unserer Genossen. Auch die SPD. stimmte dafür, daß der Antrag nicht verhandelt werde.

*

Von der außerordentlich großen Tagesordnung rief besonders noch Punkt 27 eine große Debatte hervor.

Der Neubau von 84 Wohnungen in der Artilleriestraße ist vollendet und hat sogar einen erheblichen Ueberschuß abgeworfen. Trotzdem aber sind noch eine Reihe Bauarbeiter vorhanden — 40 bis 50 Mann —, die ihren Lohn nicht voll ausbezahlt erhielten.

Genosse Brömme schilderte ausführlich diesen unerhörten Mißstand, an dem auch das Hochbauamt schuld sei, weil man von dort aus die Arbeiter veranlaßt hat, für den in Konkurs geratenen Unternehmer weiter zu arbeiten. Nun solle die Stadt aus dem Ueberschuß die ausstehenden Löhne bewilligen. Die Bürgerlichen wehrten sich dagegen, als ginge es aus ihrer Privatkasse und verschanzten sich hinter juristischen Spitzfindigkeiten. Sie wollten, wie Herr Minner sagte, keinen Präzedenzfall schaffen, und man verstieg sich sogar zu der Frechheit, zu fordern, daß die Fürsorge das Geld geben möge. Daß die Arbeiter kein Geschenk, keine Fürsorge, sondern ihren Lohn haben wollen, wurde darauf von dem Genossen Günther ausführlich dargelegt, und die Wucht der Argumente war so stark, daß selbst Herr Busse sich ihr nicht entziehen konnte und vorschlug, die Sache zur gründlichen Beratung nochmals an den Bauausschuß zurück zu verweisen. Vielleicht kriegen die Erben der Bauarbeiter einmal das Geld, so lange scheint es sich hinziehen zu sollen.

*

Und dann kam die Stadtbank-„Debatte". Man hatte sie hinausgeschoben, weil der Dezernent, Stadtrat May, auf sich warten ließ. Als sie dann einsetzte, war es schon so spät, daß kein Mensch mehr den Ausführungen des Genossen Kilian zuhörte, und im Handumdrehen hatte man mit Hilfe des Drahtziehers Steinbrück auf der Rechten den Abwürgungsversuch ausgeknobelt, der damit endete, daß erst einmal abgelehnt wurde, über die wichtigsten Punkte des kommunistischen Antrages gegen die Vertuschung des Skandals abzustimmen, und auch der Rest des Antrages erfuhr dann einstimmige Ablehnung von Ordnungsblock und Völkischen.

Die Beunruhigung der hallischen Bevölkerung über die weiteren Verdunkelungsmanöver ist wieder im Anwachsen, und wenn von gewisser Seite geglaubt wird, daß durch Totschweigen eine Beruhigung erzielt werden solle, so erklären wir Kommunisten es für unsere Pflicht, nun erst recht die Wahrheit ans Licht zu bringen. Wir werden morgen über diesen vierten Teil der gestrigen Stadtverordnetensitzung in aller Ausführlichkeit berichten und dort den Beweis führen, daß die bürgerliche Mehrheit des Rechts- und Verfassungsausschusses die Absicht hat, den Ausschuß zu sprengen. Wir werden dann auch die lügnerischen frechen Methoden des Herrn Rechtsanwalt Hirsch entlarven, der sich gestern als Verfasser des Schwindelberichtes über die Stadtbankuntersuchung bekennen mußte.

2000 Mark für die englischen Bergarbeiter

Von der Ortsverwaltung des DMV. wird uns geschrieben:

Die Ortsverwaltung Halle des Deutschen Metallarbeiterverbandes beschloß in ihrer gestrigen Sitzung, den kämpfenden englischen Bergarbeitern durch den Hauptvorstand des DMV. 2000 Mk. zu überweisen.

Olaf

Ein Sportdrama

Im Thaliasaal geht jetzt in einer Nachmittagsvorstellung für Schüler und in einer Abendvorstellung ein Tendenzdrama über die Bühne. Es will die Jugendlichen über die Gefahren der Geschlechtskrankheiten aufklären. Das Stück wird aufgeführt mit Unterstützung der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, des Stadtmedizinalrates und des Schulamtes. Als neutrales und aktuelles Milieu ist der moderne Sportbetrieb gewählt. Olaf Jung, ein berühmter Langstreckenläufer, soll disqualifiziert werden, da seine Leistungen nachlassen. In drei Bildern soll der sportfreudige Schüler sich für den Helden des Stückes begeistern. Die Handlung ist leichtverständlich aufgebaut, die dramatische Entwicklung beginnt im vierten Bild, denn öfters wiederkehrende Schwächeanfälle treiben Olaf zu einem Arzt, der dem unaufgeklärten Vierundzwanzigjährigen die ihn erschreckende Mitteilung macht, daß er Syphilis hat. Vor vier Jahren, nach einem Sportsiege, hat er, wie es leider in fast allen Sportverbänden vorkommen soll, den Sieg mit Alkohol gefeiert, hat mit einer Bardame Verkehr gehabt, und dieser einzige „Fehltritt" seines jungen Lebens hat am Tage seines größten Sieges die schwerste Geschlechtskrankheit zur Folge. Olaf befolgt die Angaben des Arztes nicht, ein Kurpfuscher beweist ihm aus seinen abgeschnittenen Nackenhaaren (!), daß er nur leicht nervös und erkältet sei. Trotz der Warnungen des Facharztes heiratet Olaf und nach vierjähriger unglücklicher Ehe, in der seine junge Frau mit zwei Totgeburten niederkommt, steigert sich seine Krankheit, die Syphilis, so stark, daß er nach schlimmen Wahnsinnsanfällen an Gehirnschlag stirbt. Mit Erschütterung geht man aus dem sehr gut gespielten Stück, denn es ist trotz seiner rein bürgerlichen Aufmachung eine einzige Anklage gegen die heutige Gesellschaftsordnung. Die alberne Rekordmacherei der bürgerlichen Sportverbände und besonders die vollkommene Unzulänglichkeit des Heilwesens im heutigen Staate werden in dem Stück, wohl unfreiwillig, in krassen Farben geschildert. Warum werden nicht die Zusammenhänge aufgedeckt, die als Ursache der Alkoholseuche gelten müssen? Warum hat der Naturforscher nur zu recht, wenn er sagt, daß auf das Volk die hohen Arztrechnungen abschreckend wirken? Weil das Bürgertum das Alkoholkapital braucht, weil die Aerzte selbst Gegner der Verstaatlichung des Heilwesens sind. Das Stück beweist nur, daß die alte proletarische Forderung, das Wissen über den menschlichen Körper im ganzen Volke zu verbreiten, noch nicht verwirklicht ist und daß das gesellschaftliche Gewissen des Proletariats das des Bürgertums überragt. Darum wird es weiter für die Kommunalisierung und Verstaatlichung des Heilwesens kämpfen.

Der Informationsabend des Stadtteils Osten findet heute abend um 8 Uhr bei Lohse, Dessauer Straße, nicht, wie irrtümlicherweise bekanntgegeben, bei Hübner, statt.

Genosse August Köttig †. Am 20. November starb unser Genosse August Köttig. Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren. Zellengruppe 2, Stadtteil Westen.

Genossen und Genossinnen des Deutschen Verkehrsbundes Halle. Am Dienstag, dem 23. November, abends 8 Uhr, findet im „Volkspark" eine Versammlung statt, die sich mit dem Thema beschäftigt: „Was wird aus unserem Mantel- und Lohntarifvertrag?" Die wichtige Tagesordnung erfordert, daß alle Genossen und Genossinnen in der Versammlung erscheinen.

Ammendorf

Kommunistischer Jugend-Verband. Der Gruppenabend Dienstag, den 22. November, in der „Post" fällt aus. Dafür findet am Mittwoch, dem 23. November, abends 9 Uhr im „Bürgschlößchen" Mitgliederversammlung statt.

Dölau

Zusammenkunft aller Mitglieder der Roten Hilfe und der RFB.-Kameraden. Mittwoch, abends 8 Uhr, treffen sich alle Rote-Hilfe-Mitglieder und RFB.-Kameraden bei Richter zu einer gemeinsamen Sitzung. Da die Winterbeihilfe für die Angehörigen der Inhaftierten in den nächsten Tagen vorgenommen werden soll, ist es Pflicht aller, zu dieser Sitzung zu erscheinen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261123-18/fragment/page=0007

Zum 1. Reichskongreß des Roten Frauen- und Mädchen-Bundes

Vor nunmehr einem Jahre, am 29. November, tagte im Lehrervereinshaus in Berlin eine kleine Frauenkonferenz. Delegiertinnen der Roten Frauen-Liga, aus dem Roten Frontkämpfer-Bund hervorgegangene Frauengruppen, waren aus verschiedenen Teilen Deutschlands zusammengekommen zur Gründung eines Bundes proletarischer Frauen und Mädchen, der sich den Namen gab Roter Frauen- und Mädchen-Bund.

Es erscholl der Ruf dieser kampfesmutigen, klassenbewußten Proletarierfrauen vom Westen bis zum Osten, von der Wasserkante bis zum äußersten Winkel Oberschlesiens:

Frauen und Mädchen des Volkes erwacht,
Ringt Euch empor aus Eurer Nacht!“

In die engen Wohnküchen, in die dunklen Kellerwohnungen, in die Fabriksäle, wo Frauen gebückt stehen über dem laufenden Band in fieberhafter Hetzarbeit, in unerträglicher Fron, dorthin drang der Weckruf.

Sehnsuchtsvoll hoben auf den Ruf des RFMB. die Frauen die gefesselten Hände empor: da klirrten die Ketten! Jetzt erst sahen sie ihre Ketten, jetzt erst begannen sie zu erkennen, daß sie versklavt, daß sie ausgebeutet seien. Langsam lernten sie begreifen, daß, solange das Kapital herrscht, sie als minderwertige Geschöpfe in der Gesellschaft gelten, dienend dem Manne als Geschlechtswesen, Kinder gebärend für den Kapitalismus zu Lohnsklaven und Kanonenfutter, ihre letzten Kräfte hergebend in den Fabriken, Bureaus und auf dem Lande dem Moloch Kapital.

Ihre Klassenlage zu begreifen, das bedeutete den ersten Schritt zu tun auf dem Wege der Befreiung.

Der zweite Schritt war die **Erkenntnis der Notwendigkeit des Zusammenschlusses, des gemeinsamen Kampfes.** Erst kamen hundert Frauen und Mädchen, die sich in der Erwartung, Rat und Hilfe zu finden, in der Bereitschaft zum Kampfe dem **Roten Frauen- und Mädchen-Bund** anschlossen.

Der Bund faßte sie alle zusammen, lehrte sie, daß ihre Bereitschaft zum sofortigen Kampfe nicht genüge, daß nicht genüge Demonstration und Aufmarsch auf den Straßen, haßerfüllte Drohung der Kapitalistenklasse.

Vielmehr galt es, Tausenden, Zehntausenden zu zeigen, daß sie Ketten tragen, sie zu lehren, wie sie sie zerreißen müssen, wie sie den Kampf führen müssen gegen die Ausbeuter. Täglich galt es einzutreten für die Interessen der proletarischen Frauen. Es mußte gelingen, sie zusammenzuschweißen im Kampfe.

Und es gelang! Zu den Hunderten kamen weitere Hunderte und Tausende hinzu, geweckt von dem zornigen Kampfruf des RFMB. gegen den unerhörten Raubzug der Fürsten auf die Taschen des hungernden Volkes. Aufgerufen zum Protest gegen den bürgerlichen Schwindel einer Reichsgesundheitswoche, die den Frauen gute Lehren bieten wollte, statt Brot. Gepackt von der Erinnerung an den massenmordenden Weltkrieg mit seinen unerhörten Leiden und Entbehrungen für die Frauen des Proletariats und Mittelstandes, angefeuert von dem Beispiel der russischen Arbeitsschwestern, über deren Kampf und aufbauende Arbeit, über deren vorbildliche Fürsorgeeinrichtungen für Mutter und Kind die zurückgekehrten Arbeiterinnen-Delegierten begeistert berichteten.

In allen diesen Kämpfen, stets anknüpfend an die Interessen und an das Verständnis der Frauen, ist es dem Roten Frauen- und Mädchen-Bund gelungen, **breite Frauenschichten zu mobilisieren.** Von dem Glauben an die unerschöpflichen noch schlummernden Kräfte der Frauen, von der Liebe zu den gleich ihnen ausgebeuteten und leidenden Arbeitsschwestern erfüllt, fanden die selbst noch ungeschulten Mitglieder des RFMB. die Kraft und den Schwung, **Tausende mit sich zu reißen, sie zu lehren, sie zu erziehen zu Klassenkämpferinnen.**

Sehr rasch gelangten die im Roten Frauen- und Mädchen-Bund organisierten Frauen zu der Erkenntnis, daß der Kampf um ihre Rechte, die Befreiung von Geschlechts- und Klassensklaverei nur möglich sei **gemeinsam mit den männlichen Klassengenossen. Der Kampf um die Befreiung der Frau ist der Kampf gegen den Kapitalismus, für den Sozialismus.** Ihn muß die große Masse der Ausgebeuteten und Entrechteten in einer Front führen. Unter Wahrung und Betonung seines Charakters als Frauenorganisation reiht sich der Rote Frauen- und Mädchen-Bund in diese Front ein.

Erstaunlich fast, daß es noch Proletarier geben kann, die die Notwendigkeit der Einbeziehung der Frau in die Klassenkampffront nicht begreifen! Hier muß der RFMB. durch seine Arbeit beweisen, was die Frau vermag, hier muß er dem gesamten Proletariat eindringlich vor Augen führen, **warum ohne die Frau ein Befreiungskampf unmöglich ist.**

Ein Jahr nach seiner Gründung hält der Rote Frauen- und Mädchen-Bund auf seinem 1. Reichskongreß vom 20. bis 22. November in Berlin Rückschau über die geleistete Arbeit, legt er seine zukünftigen Aufgaben in gründlicher Beratung fest. Die Kommunistische Partei Deutschlands als Führerin des Proletariats begrüßt diesen 1. Reichskongreß klassenbewußter Frauen und ruft ihm zu:

Sammelt Euch im Roten Frauen- und Mädchen-Bund, kämpft unter dem roten Banner des revolutionären Proletariats, entsendet eure besten kampferprobten Arbeiterinnen in die Vorhut des Proletariats, in die Kommunistische Partei!

Reichsschulgesetz und Reichskonkordat in Sicht!

Die „Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung“, das Hauptorgan des Deutschen Lehrervereins, bringt in Nummer 45 Nachrichten, die, wenn wir so etwas wie eine freiheitliche Lehrerbewegung hätten, die gesamte deutsche Lehrerschaft auf den Film rufen müßte. Es wird nämlich hier — auf Grund von Pressenachrichten aus Italien und Süddeutschland — behauptet, **die Unterzeichnung eines Konkordats zwischen dem Deutschen Reiche und der Papstkirche stände unmittelbar bevor.**

Gleichzeitig kündigt der „demokratische“ Reichsinnenminister Külz die schleunige Vorlage eines durch und durch reaktionären Reichsschulgesetzes an.

Die Arbeiterschaft und mit ihr alle Lehrer und Geistesarbeiter, die nicht im Banne der Kirche stehen, müssen erkennen, welcher Schlag gegen die Schule und Erziehung hier in aller Stille vorbereitet wird. Viel zu wenig, viel zu spät hat sich das Proletariat um das bayrische Konkordat vom Jahre 1924 gekümmert, welches das Muster für ein Reichskonkordat abgeben soll. Damals, im Winter 1924/25 wurde das bekanntlich souveräne deutsche Volk von der vollzogenen Tatsache des Konkordats völlig überrascht und konnte nur noch nachträglich feststellen, daß noch niemals, auch nicht in früheren Jahrhunderten, der Kirche Petri ein solcher Fischzug gelungen war. Wurde doch durch diesen Staatsvertrag zwischen der Republik Bayern und dem „Heiligen Stuhl“ der katholischen Kirche ein Forstbesitz ausgeliefert, dessen Jahresrente allein in die Millionen geht. Der Staat verlor den letzten Rest von Einfluß auf die Besetzung der Bischofssitze und hat nur noch die Gehälter zu garantieren. Gleichzeitig erhielt die Kirche das Recht der Besetzung nicht nur der theologischen Lehrstühle an den Universitäten, sondern sogar von Lehrstühlen für Philosophie und Geschichte. Die Bestimmungen vollends über die Schule haben das bayrische Schulwesen restlos der Kirche ausgeliefert. Vertreter der Kirche sitzen in den Lehrerprüfungskommissionen. Nur wer die Lehrerlaubnis vom Bischof hat, kann Religionsunterricht erteilen. Niemand darf, trotz des Artikels 149 der Reichsverfassung, den Religionsunterricht ablehnen; wer in religiös-sittlicher Beziehung das Mißfallen der Pfaffen erregt, muß auf Verlangen des Bischofs von der Schule entfernt werden.

Dieser bayerische Schulverpfaffungsvertrag ist das Muster für jedes Konkordat, das die Papstkirche mit einzelnen deutschen Ländern (z. B. wird auch ein Konkordat mit Preußen eifrig betrieben) oder dem Reiche abschließen wird. Trifft die Meldung zu, daß ein Reichskonkordat vor dem Abschluß steht, dann ist die Verpfaffung der Schule fürs Reich da! Und ein Reichsschulgesetz ist dann an die Bestimmungen dieses Konkordats gebunden, es kann nichts mehr an den durch das Konkordat festgelegten Bestimmungen ändern.

Versteht man jetzt, warum das Zentrum in letzter Zeit sehr zurückhaltend war, was die Frage des Reichsschulgesetzes anbelangt? Alles was sein Herz für die konfessionellen Schulen begehrt, hätte es mit dem Reichskonkordat unter Dach und Fach und das Reichsschulgesetz hätte dann höchstens noch dafür zu sorgen, daß der Spielraum für die Simultanschulen und die weltlichen Sonderschulen so eng wie möglich wird. Dazu ist aber Herr Külz nach allem, was über seinen Entwurf bekannt geworden ist, durchaus bereit. Soll doch nach seinem Plan eine allgemeine Abstimmung in den bestehenden Schulen überhaupt nicht in Frage kommen, den Ländern eine erstmalige Feststellung der bei ihnen vorhandenen Schularten eingeräumt und durch eine raffinierte Definition des „geordneten Schulbetriebes“ eine nenenswerte Ausdehnung weltlicher Schulen verhindert werden. So arbeiten Zentrum und Demokraten einander in die Hände.

Und die Sozialdemokratie, Verloren ist, wer auf diese Partei der stillen Koalition seine Hoffnungen setzt! Hat sie nicht durch den Abschluß des Weimarer Kongresses 1919 mit dem Zentrum die heutige Lage verschuldet? Hat sie nicht zu gleicher Zeit, als das bayrische Konkordat perfekt wurde, die Reichstagswahlen von 1924 mit dem Zentrum gemacht? Hat sie nicht die Reichspräsidentenkandidatur des Wilhelm Marx unterstützt, desselben Marx, der als Reichskanzler amtlich die Verfassungsgemäßheit des bayrischen Konkordats bescheinigte? Wir behaupten, die Partei ist bereit, um des Eintritts in die Große Koalition willen die Schule von neuem zu verraten.

Wir stellen die Frage: Wie ist es möglich, daß ein Reichskonkordat mit der Kirche vorbereitet werden kann, ohne daß die Öffentlichkeit etwas davon erfährt? **Was wissen die sozialdemokratischen Regierungsmänner und Parlamentarier?** Auch in Preußen ist ein Konkordat in Vorbereitung. Heraus mit der Sprache! Wenn sie nicht wahr haben wollen, daß die mit dem Zentrum ein abgekartetes Spiel spielen, so müssen sie die dunklen Pläne der Pfaffen enthüllen und das Signal zum Kampf geben.

Wir aber rufen den arbeitenden Massen auch hier zu: **Fort mit der Großen Koalition! Sie kostet Euch zu allem anderen auch die Schule. Sie bedeutet Preisgabe des sozialistischen Kulturprogramms. Freidenker, an die Front!** An Euch ist es, an der Spitze des Abwehrkampfes zu marschieren! **Sozialdemokratische Lehrer und Elternräte,** Euer Führer Dr. Löwenstein versichert, die Sozialdemokratie lehne den Külzschen Reichsschulgesetzentwurf ab. Nehmt Eure Partei beim Worte! Sonst wird es Euch wie immer gehen, daß Eure Forderungen den Bedürfnissen der Koalitionspolitik zum Opfer fallen.

Nur an der geschlossenen Front der Arbeiterklasse kann der Anschlag der Reaktion auf die Schule zerschellen. Der Kampf kann nur geführt werden unter den Losungen der Kommunistischen Partei:

Fort mit jedem Reichskonkordat!

Fort mit jedem Reichsschulgesetz, das nicht die Einheit und Weltlichkeit des gesamten Schulwesens sichert!

Gründung der Firma Katz und Pfemfert

Wenn man den Worten der Veranstalter glauben will, hat sich am Sonntag in Göttingen „ein Ereignis von welthistorischer Bedeutung“ abgespielt: die Gruppe Katz hat sich mit der AAU. (den Leute um Pfemfert) vereinigt. Ach Gott, „historisch“ war diese Vereinigung schon, indem sie nämlich etwas wiederholte, was schon gewesen und nach den Erfahrungen der Klassenkämpfe der letzten Jahre überholt ist. Da hat diese Gruppe sich den guten Namen „Spartakusbund“ genommen und flickt in Klammern hinzu „politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation“. Sie, die neuen, falschen Spartakusbundleute, sind Partei und Gewerkschaft, soll heißen weder Partei noch Gewerkschaft; sie sind eben „politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation“, die B.O. Man kennt das von früher her und muß feststellen, daß sie die Alten geblieben sind in ihrer Konfusion. Neu haben sie nur die verstärkte Hetze gegen die Sowjetunion. Das charakterisiert ihre Bewegung. Katz donnerte gegen Sowjet-Rußland und Pfemfert versuchte, es ihm gleichzutun. Rußland ist für sie ein kapitalistischer Staat, der durch eine neue Revolution beseitigt werden muß. Das ist die Linie, die sie mit den anderen Renegaten gemeinsam bezogen haben und worüber den Kapitalisten aller Länder das Herz im Leibe lacht.

Es sind pikfeine Revolutionäre, die sich selbstverständlich mit so profanen Dingen wie Streiks und Erwerbslosenaktionen, die die Erhöhung von Löhnen und Unterstützungen als Forderungen haben, nicht befassen können. Solche Bewegungen haben nur „illusionistischen Charakter“, weshalb die tapferen Streiter um Katz und Pfemfert nur für die Rätediktatur kämpfen dürfen. Es sind eben große Revolutionäre!

Auf der Tagung in Göttingen waren 30 Orte vertreten. Das läßt aber keinen Schluß auf die Stärke der Organisation zu, da jede Ortsgruppe — und bestände sie nur aus einem Mitglied — mindestens einen Delegierten hat. Die Anzahl der Delegierten wurde denn auch schamhaft verschwiegen; über die Art des Zustandekommens der Mandate wurde ebenfalls keine Mitteilung gemacht. Jedenfalls stellte sich bei der Schlußabstimmung heraus, daß höchstens 40 Delegierte anwesend waren.

Rundfunkprogramm vom 23. bis 28. November (Sendestelle Leipzig, Welle 357,1)

Bitte zu beachten: Leipzig ab 14. November neue Welle 357,1, Dresden bleibt jedoch Welle 294, aber nicht mehr Leipzig Sendeenergie 1,5 kW, sondern 9 kW, Dresden jedoch weiter 1,5 kW.

Dienstag, den 23. November 1926

10.05 Uhr: Verkehrsfunk, Wetterdienst und Schneebericht. 10.20 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und -Voraussage (Deutsch und Esperanto) und Schneebericht. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3 bis 4.30 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. 3 Uhr: Spanisch. 3.35 Uhr: „Methodik des französischen Unterrichts auf Grund der Richtlinien. Die schriftlichen Arbeiten. Kulturkundlicher Unterricht.“ 4.30 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. 6.30 bis 7 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 7 bis 7.25 Uhr: Vortragsreihe: „Aus der Ernährungsphysiologie.“ Vortrag. „Die Bekämpfung des Alterns.“ 7.25 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. 7.30 Uhr: Uebertragung aus dem Deutschen Nationaltheater Weimar: Zum ersten Male: Die Schneider von Schönau. Komische Oper in drei Akten. Text von Bruno Warden und J. N. Wellenminsky. Musik von Jan Brandts-Buys. Personen: Veronika Schwäble, eine reiche Witfrau in Liebenzell; Tobias Kälble, der Schulze von Schönau; Christian Folz, Uhrmacher, Bürgermeister von Liebenzell. Die Schneider von Schönau: Kaspar Wiegele, Melchior Biegele, Balthasar Ziegele. Florian, ein Handwerksbursche; Michele, Lehrjunge bei Wiegele; Tondle, Lehrjunge bei Biegele; Heinele, Lehrjunge bei Ziegele; der erste Gemeindebüttel, der zweite Gemeindebüttel von Schönau; Bürgerinnen, Bürger, Mädchen, junge Burschen. Spiel unzeitlich. — Ende 10 Uhr. 10 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 10.15 bis 12 Uhr: Tanzmusik.

Mittwoch, den 24. November 1926

10.05 Uhr: Verkehrsfunk, Wetterdienst und Schneebericht. 10.20 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und -Voraussage (Deutsch und Esperanto) und Schneebericht. 12 Uhr: Mittagsmusik des Leipziger Rundfunkorchesters. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3 bis 4 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. 3 Uhr: Englisch für Anfänger. 3.35 Uhr: Englisch für Fortgeschrittene. 4.30 bis 6 Uhr: Märchennachmittag für Kinder: Die Himmelsfahrt des kleinen Peter. Personen: Die Märchenerzählerin; Peterchen, ein kleiner Junge; der Mann im Mond; Petrus; Engel und sonstiges Himmelsvolk. 6.30 bis 6.45 Uhr: Morsekursus. 6.45 bis 7 Uhr: Arbeitsmarktbericht des Sächsischen Landesamtes für Arbeitsvermittlung. 7.15 bis 7.45 Uhr: Vortrag: „Die Tuberkulose der Knochen und Gelenke des Beines.“ 7.45 bis 8.15 Uhr: Vortragsreihe: „Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Sachsen.“ „Die Reste des Arbeitsmarktes“ (Die Erwerbslosenfürsorge). 8.15 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. 8.30 Uhr: Vom blauen Dunste, Jägerlatein und einem guten Tropfen. 10 Uhr: Sportfunk. Funkpranger. 10.15 bis 12 Uhr: Tanzmusik.

Donnerstag, den 25. November 1926

10.05 Uhr: Verkehrsfunk, Wetterdienst und Schneebericht. 10.20 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und -Voraussage (Deutsch und Esperanto) und Schneebericht. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3 bis 4 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. 3 Uhr: Einheitskurzschrift. 3.35 Uhr: „Der Deutschunterricht in der Berufs- und Fachschule.“ 4.30 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdener Rundfunkhauskapelle. 6.30 bis 7 Uhr: Aufwertungsrundfunk. 7 bis 7.15 Uhr: Steuerrundfunk. 7.15 bis 7.45 Uhr: Vortragsreihe: „Was sollen wir lesen?“ Vortrag. 7.45 bis 8.15 Uhr: Vortragsreihe: „Aus der Ernährungsphysiologie.“ Vortrag. „Verschwindende Krankheiten.“ 8.15 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. 8.30 Uhr: Der unbekannte Verdi. 10 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. Funkstille.

Freitag, den 26. November 1926

10.05 Uhr: Verkehrsfunk, Wetterdienst und Schneebericht. 10.20 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und -Voraussage (Deutsch und Esperanto) und Schneebericht. 12 Uhr: Mittagsmusik auf einem Sprech- und Schallplattenapparat. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1.15 Uhr. Presse- und Börsenbericht. 3 bis 4.30 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. 3 Uhr: Spanisch. 3.35 Uhr: „Der Deutschunterricht in der Berufs- und Fachschule.“ 4.30 bis 6 Uhr: Bunter musikalischer Nachmittag. 6.30 bis 7 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 7.15 bis 7.45 Uhr: Vortragsreihe: „Vom kommenden Strafrecht.“ Vortrag. „Die Stellung des Strafrichters.“ 7.45 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. 8 Uhr: Einführender Vortrag: Die Oper „Sadko“ von Rimsky-Korsakow. 8.30 Uhr: Szenen aus „Sadko“. Romantische Oper in 7 Bildern von Nicolai Rimsky-Korsakow. Aus dem Russischen übertragen von Elfriede Brockmann-Neubauer und Heinrich Möller. Personen: Sadko, Sänger in Nowgorod; Ljubawa, seine junge Frau; Ozean, der König des Meeres; Wolchowa, die Prinzessin des Meeres, seine jüngste Tochter; ein Waräger; ein Inder; ein Venezianer; drei fremde Kaufleute; Njejata, ein junger Sänger aus Kiew. Ort der Handlung: 1. Bild: In Nowgorod bei einem großen Fest der Handelsherren. 2. Bild: Am Ufer des Ilmensees. 3. Bild: Ein Gemach in Sadkos Haus. 4. Bild: Im Hafen von Nowgorod. 5. Bild: Auf dem weiten Meere. 6. Bild: Im Palast des Meereskönigs auf dem Grund des Ozeans. 7. Bild: Am Ufer des Ilmensees. 10.30 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 10.45 bis 12 Uhr: Tanzmusik.

Sonnabend, den 27. November 1926

10.05 Uhr: Verkehrsfunk, Wetterdienst und Schneebericht. 10.20 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und -Voraussage (Deutsch und Esperanto) und Schneebericht. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3 bis 4 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. 3 Uhr: Einheitskurzschrift. 3.35 Uhr: Esperanto. 4.30 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert. 6.15 bis 6.30 Uhr: Funkbastelstunde. 6.30 bis 6.[illegible] Uhr: Wie bleiben wir gesund? 7.15 bis 7.45 Uhr: Vortragsreihe: „Als Rundfunk[illegible] ins Yankeeland.“ Vortrag. „Amerikanische Empfangsgeräte.“ 7.45 bis 8.15 Uhr: [illegible] „Ueber Vitamine und ihr Vorkommen in der landwirtschaftlichen Produktion.“ 8.15 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. 8.30 Uhr: Emile Verhaeren, der flämische Dichter. (Zu seinem 60. Geburtstage.) 10 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 10.15 Uhr: Funkbrettl.

Sonntag, den 28. November 1926

8.30 bis 9 Uhr: Orgelkonzert aus der Leipziger Universitätskirche. Hans-Bredow-Schule. 11 bis 11.30 Uhr: „Feste und Bräuche in Thüringen.“ 11.30 bis 12 Uhr: Vortragsreihe: „Grundfragen der Aesthetik.“ (Lehre vom Schönen und der Kunst.) Vortrag. „Das Wesen des künstlerischen Stils.“ 12 bis 1 Uhr: Musikalische Stunde. Werke von Vorgängern Joh. Seb. Bachs. Uebertragung aus [illegible] 3.30 Uhr: Funkheinzelmann. 4.30 bis 6 Uhr: Volkstümlicher musikalischer Nachmittag. 6.30 bis 7 Uhr: Vortragsreihe: „Volkstümliche Einführung in die Grundlagen der allgemeinen Musiklehre.“ Vortrag. „Tonarten.“ Hans-Bredow-Schule. 7.15 bis 7.45 Uhr: Vortragsreihe: „Werkzeuge und Maschinen im Körper der Tiere.“ Vortrag: „Seltsame Bauformen und Werkzeuge im Stamm der Wirbeltiere.“ 7.45 bis 8.15 Uhr: Vortragsreihe: „Die Kultur der Biedermeierzeit.“ Vortrag: „Die gesellschaftlichen Zustände.“ 8.30 Uhr: Hörspiel: Ein Besuch in der Werkstatt des Weihnachtsmannes. Ein Spiel für große und kleine Leute von Julius Witte. (Mit Benutzung bekannter Dichtungen.) 1. Vorspiel. 2. Mit [illegible] im Schlitten durch den Märchenwald. 3. Station bei den sieben Zwergen. 4. Ankunft beim Weihnachtsmann. 5. In der Puppenwerkstatt. 6. Bei den Heinzelmännchen. 7. Rückfahrt. Mitwirkende: Klein-Evchen; Mutter; Christkind[illegible]; singende Puppe; Schlittenführer und Knecht Ruprecht; Weihnachtsmann; Heinzelmännchenchor, Zwergvolk, Engelterzett. 10 Uhr: Sportfunk. 10.15 Uhr: Tanzmusik.

Rama butterfein - tuts allein
MARGARINE

*4456
Besucht
die Wanderausstellung „Gesundes Jugendleben“
in der Turnhalle der Mädchen-Volksschule, Eisleben

Werbt für den „Klassenkampf“

Bekanntmachungen

Aus den Beständen des Fuhrparks und der Straßenreinigung sind zwei für diese Betriebe nicht mehr geeignete, aber noch gebrauchsfähige Hansa-Lloyd-Kraftwagen (50 und 60 PS) zu verkaufen.

Besichtigung und nähere Auskünfte bei der Betriebsverwaltung in der Barbarastraße. Angebote an den Unterzeichneten. 4446

Halle, den 15. November 1926. Der Magistrat.

Der Beschluß der Gemeindevertretung, nach welchem im Rechnungsjahre 1926
175 Prozent vom Grundvermögenssteuersoll,
525 Proznt vom Gewerbesteuersoll vom Ertrage und
300 Prozent vom Gewerbesteuersoll vom Kapital
als Gemeindesteuerzuschlag erhoben werden sollen, ist genehmigt worden.

Die von den Steuerzahlern hiernach zu zahlenden Steuern sind denselben durch besondere Benachrichtigungsschreiben bekanntgegeben. *4441

Piesteritz, den 19. November 1926. Der Gemeindevorsteher.

Wer den Urheber des am 14. November 1926 hier stattgehabten Brandes zur Anzeige bringt, daß er gerichtlich bestraft wird, erhält von der Städte-Feuer-Sozietät der Provinz Sachsen eine Belohnung von 500 Mark. Der Magistrat.

Hohenmölsen, 18. November 1926.

Viehzählung am 1. Dezember 1926

Die Haushaltungsvorstände sind verpflichtet, ihren Viehbestand dem Zähler anzugeben.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Zählung nur volkswirtschaftlichen Zwecken dient und die Angaben nicht der Steuerveranlagung zugrunde gelegt werden.

Haushaltungen, die bei der Zählung am 1. Dezember übersehen worden sind, haben ihren Viehbestand am 2. Dezember im Stadtsekretariat zu melden. Der Magistrat.

Hohenmölsen, den 19. Dezember 1926.

Am 1. Dezember d. J. findet eine Viehzählung statt.

Wir verweisen hierzu auf die am Rathause und zweiten Verwaltungsgebäude zum Aushang gebrachten entsprechenden Bestimmungen. Der Magistrat.

Eisleben, den 19. November 1926.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1669156101926112 3-18/fragment/page=0008

Aus der Provinz

16 Millionen Steuern der Arbeiter-Konsumvereine

Wie notwendig die Durchführung eines wirklichen Kampfes gegen die Steuerbelastung der Konsumgenossenschaften ist, zeigen die Beträge, die die Konsumvereine in den letzten Jahren dem kapitalistischen Staat in den Rachen werfen mußten.

Jahr	Beträge		In Proz. zum Reinertrag	
1903	1,2	Millionen	0,94	Proz.
1905	1,6	„	0,90	„
1910	2,6	„	0,85	„
1914	3,2	„	0,65	„
1925	16,0	„	2,48	„

Es ist also eine ganz erhebliche Steigerung der Steuerbelastung der Konsumvereine eingetreten. Im Jahre 1925 mußten 16 Millionen Mark Tribut an den kapitalistischen Staat durch die Arbeiterkonsumvereine gezahlt werden.

Für diese Steuerbelastung tragen nicht nur die Genossenschaftsinstanzen, die im Steuerkampf schmählich versagt haben, sondern trägt auch die Sozialdemokratische Partei einen wesentlichen Teil Verantwortung, da sie die Interessen der Arbeiterkonsumvereine gleichfalls den Kapitalsinteressen unterordnet und durch ihren Koalitionsschacher die Konsumvereine öfter im Stich gelassen hat. Zuletzt ist in diesem Frühjahr durch das Steuerkompromiß der SPD. die Umsatzsteuerbelastung der Arbeiterkonsumvereine gehoben. Darüber schrieb selbst die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“:

„... Und wieder war das „Kompromiß“ gleichbedeutend mit Opferung der Genossenschaften. Im Galopptempo der Osterferienstimmung wurden alle guten Vorsätze mit Füßen getreten und die organisierten Verbraucher brüskiert.“

Erst in den letzten Wochen sind die Konsumgenossenschaften zu neuen Steuerbelastungen herangezogen. In Braunschweig und Thüringen wurde beschlossen, daß von jetzt an auch die Gewerbesteuer gezahlt werden muß. Weiterhin wachsen immer mehr die Bestrebungen, daß die Konsumvereine zur Zahlung der Körperschaftssteuer verpflichtet werden sollen. Wir sehen im Augenblick keinerlei Steuererleichterungen, sondern im Gegenteil neue Gefahren für die Heranziehung zu einer Reihe neuer Steuern.

Dieser Belastung der Arbeiterkonsumvereine muß ein Damm gesetzt werden. **Sie müssen als Wirtschaftsorganisationen der Arbeiterklasse privilegiert und von jeder Steuerbelastung befreit werden.** Die gesamte Arbeiterklasse muß den Kampf für die Befreiung der Arbeitergenossenschaften unterstützen. Die Genossenschaften müssen sich in die einheitliche proletarische Kampffront einreihen. Jede lokale Konsumgenossenschaft muß **Delegierte zum Werktätigen-Kongreß nach Berlin entsenden,** der den nächsten Schritt des gemeinsamen proletarischen Klassenkampfes beschließen und organisieren muß. Nur durch den parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampf der Arbeiterklasse wird es möglich sein, die Genossenschaften von der Steuerlast zu befreien.

Die Schulen gehen betteln

Ein Kulturdokument aus der Hindenburg-Republik.

(Arbeiterkorrespondenz)

In Dommitzsch geht an die Eltern unserer Schüler folgender Aufruf:

„An die Eltern unserer Schüler

richten wir die herzliche Bitte, uns ihre Unterstützung zu gewähren bei der so wünschenswerten Erneuerung und Erweiterung unseres Lehrmittelbestandes, der für die Erteilung eines lebendigen, anschaulichen Unterrichts von ausschlaggebender Bedeutung ist. Die von der Regierung bewilligten Mittel reichen zu diesem Zwecke leider nicht aus, und daher wenden wir uns im Interesse der Kinder an die einsichtsvolle Selbsthilfe ihrer Eltern.

Um einen Ueberblick zu erhalten über die einmaligen Stiftungen und regelmäßigen monatlichen Beiträge, die wir auf Grund dieser Sammlung erwarten dürfen, bitten wir, den beiliegenden Zettel auszufüllen. Jeder Klassenlehrer ist zur Entgegennahme von Spenden gern bereit und wird auch den Empfang schriftlich bestätigen. Ueber die Verwendung der eingegangenen Gelder werden wir außerdem noch öffentlich Bericht erstatten.

Wir hoffen daß dieser Notruf bei der Elternschaft Verständnis findet und uns die so notwendige Unterstützung bringen wird. Im voraus sagen wir allen, die uns helfen werden, unseren herzlichsten Dank.

Hochachtungsvoll

Stempel: Volksschule Dommitzsch.“

Man beachte bitte, dieser Aufruf wendet sich an die Eltern der Volksschüler, er wendet sich an Proletarier. So sehr wir auch dafür sind, daß unsere Kinder eine möglichst gute Schulbildung genießen, und so sehr wir alles zu tun bereit sind, ihnen eine solche zu verschaffen, müssen wir diese Methode zur Erneuerung und Erweiterung des Lehrmittelbestandes ganz entschieden ablehnen. Warum reichen denn zu diesem Zwecke die von der Regierung bewilligten Mittel nicht aus? Die Mittel, die die Regierung des „Kulturstaates“ Deutschland für die Schulbildung der Proletarierkinder gibt, sind so gering, weil dieses deutsche „Vaterland“ seinen davongelaufenen Hohenzollern sowie den Fürsten von Kohle und Eisen allerhand Geschenke macht. Würde nicht in dieser Richtung eine für eine Republik schändliche Verluderung von Steuergeldern vorgenommen, so würden die Schulen, wie auch andere Kulturinstitute, sehr wohl ihre Mittel erhalten können. Die Arbeitereltern sind schon durch die Steuern so ausgeplündert, daß sie auch beim besten Willen der Schule nichts mehr zur Verfügung stellen können. Bedauerlich ist es, daß sich immer wieder einige Auch-Arbeiter finden, die die Schule bei dieser Bettelei unterstützen. Schon ein knapper Vergleich mit Sowjet-Rußland zeigt, daß dort der Staat für seine Schulen alles übrig hat, daß die Schulen zuerst bei der Verteilung der Staatseinnahmen bedacht werden. Unter einem zaristischen Rußland war das natürlich auch undenkbar. Das ist natürlich, weil in Rußland die Arbeiter und Bauern herrschen. Auch wir müssen in Deutschland dazu übergehen, daß den Trustherren etwas von ihren Riesengewinnen für die kulturellen Bedürfnisse des Volkes mehr abgeknöpft wird als bisher. Eine endgültige Aenderung dieser Verhältnisse ist aber auch dann erst zu erreichen, wenn wir es so machen, wie es die russische Arbeiterschaft gemacht hat.

Merseburg-Querfurt

Zu dem Merseburger „Eisenbahnattentat“

Das angebliche Merseburger Eisenbahnattentat, das vor mehreren Wochen die Oeffentlichkeit sehr erregte, hat jetzt ein gerichtliches Nachspiel. Der Oberwachtmeister Erxleben von der Merseburger Schutzpolizei, durch dessen Wachsamkeit und Geistesgegenwart das angeblich ein Eisenbahnattentat verhütet wurde, hatte sich am 15. d. M. vor dem Einzelrichter des Amtsgerichts Merseburg wegen groben Unfugs und Schießens an von Menschen bewohnten Orten zu verantworten. Trotz des dringenden Verdachts, daß der Angeklagte das Attentat nur fingiert hatte, um seinen Ehrgeiz zu befriedigen und Karriere zu machen, konnte das Gericht, nachdem der Verteidiger in längeren Ausführungen auf Freisprechung plädiert hatte, sich nicht von der Schuld des Angeklagten überzeugen und sprach ihn frei. Der Staatsanwalt hatte für jeden Fall der beiden Uebertretungen [illegible] Mark und 100 Mark Geldstrafe beantragt. Wahrscheinlich wird die Staatsanwaltschaft Revision einlegen. — So, wie sich dieses Attentat auf die blühende Phantasie eines Schupomannes hat zurückführen lassen, so ist es wohl mit allen „Attentaten“, mit denen man die Oeffentlichkeit beunruhigte. Wichtig ist, daß das Gericht den Gernegroß freisprach. Er ist ja ein Hüter ihrer Klasse.

Merseburg. Das Nachtasyl im Gerichtssaal. Vor dem Merseburger Amtsgericht wurde kürzlich in einer Nachtsitzung (!) verhandelt. Das Gericht wurde zu diesem Zwecke natürlich hell erleuchtet. Ein Obdachloser nahm diese günstige Gelegenheit war, schlich sich in den noch leeren Sitzungssaal und legte sich unter eine Bank im Zuhörerraum, um zu schlafen! Erst gegen 3 Uhr morgens, als die über ihm sitzenden Zuhörer lautes Schnarchen vernahmen, holte man den Schläfer hervor und beförderte ihn an die frische Luft. Wo er nun sein müdes Haupt hinlegt, danach hat niemand gefragt.

Querfurt. Bau einer Wasserleitung. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß eine Anleihe von 300 000 Mk. zum Bau einer Wasserleitung aufzunehmen. Wie Bürgermeister Heinicke berichtete, sind aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge 25 000 Mk. verlorener Zuschuß und 100 000 Mk. Darlehen sicher. Es sei möglich, daß noch mehr aus Staatsmitteln zu erwarten sei.

Aufruf an alle proletarischen Jugend-, Sport- und Kulturorganisationen in Wittenberg-Piesteritz!

Freidenker! Genossinnen und Genossen!

Ungeheures wirtschaftliches Elend, verursacht durch die maßlose Profitgier der Ausbeuterklasse lastet auf Euch. Die reaktionären, kapitalistischen Regierungen des Reiches und der Länder gehen dazu über, das Proletariat nicht nur politisch und wirtschaftlich in Fesseln zu schlagen, sondern auch kulturell.

Der endlosen Kette der Verbrechen an den Interessen des Proletariats soll ein neues Glied angereiht werden.

Nicht genug damit, daß die politische Reaktion den ehemaligen Fürsten Milliarden-Werte als sogenannte Abfindung zugeschanzt hat und sich über die Forderungen der 15 Millionen: „Keinen Pfennig den Fürsten“ einfach hinwegsetzte, nicht genug damit, daß den Millionen Arbeitslosen weder Arbeit gegeben noch eine genügende Unterstützung gezahlt wird, nicht genug damit, daß nach dem Willen des Zentrums der Arbeiterklasse ein neues Reichsschulgesetz „beschert“ werden soll, nein! — jetzt hält die Reaktion den Zeitpunkt für gekommen, um durch das Gesetz

gegen Schund und Schmutz

das werktätige Volk auch geistig zu knebeln.

Die gesamte freigeistig-proletarische Literatur soll unterdrückt werden.

Arbeiter! Angestellte! Beamte! Jugendliche! Die Augen auf! Was soll durch dieses famose Gesetz und andere Gesetzesvorlagen der Reichsregierung erreicht werden? Nichts anderes, als **das Verbot aller revolutionären Literatur, aller proletarischen Filme und anderer Kulturwerke, die das Proletariat sich geschaffen hat und schaffen wird.** Nicht zuletzt läuft das Vorhaben der Bourgeoisie auch darauf hinaus, über die Arbeiterzeitungen eine Zensur zu verhängen. Die Versammlungen und Veranstaltungen der proletarischen Jugendorganisationen sollen wieder unter polizeiliche Bewachung gestellt und durch die Willkür eines einzelnen Polizisten einfach aufgelöst werden können.

Werktätiges Volk! Heraus zum einmütigen Protest gegen diesen neuen Schandstreich der Reichsregierung!

Am Mittwoch, dem 24. November, abends 8 Uhr, findet im „Schützenhaus“, Kleinwittenberg, eine Massenkundgebung „Gegen Schund und Schmutz“ statt.

Die unterzeichneten Organisationen fordern zur Massenbeteiligung auf. Bietet dem Vormarsch der Reaktion ein energisches Halt!

Kommunistische Partei und Kommunistischer Jugend-Verband Wittenberg-Piesteritz; Arbeiter-Sport- und Kulturkartell Kleinwittenberg-Piesteritz; Organisation proletarischer Freidenker, Ortsgruppen Wittenberg und Piesteritz-Kleinwittenberg.

Wehlitz. Tödlicher Unfall. In der hiesige Papier- und Pappenfabrik stürzte der Arbeiter Ad. Dauer aus Schkeuditz beim Aufladen von Baumwollballen aus ganz geringer Höhe ab und schlug so unglücklich mit dem Kopfe auf, daß er sich eine schwere Gehirnerschütterung zuzog. Der sofort hinzugezogene Arzt konnte nur den bereits eingetretenen Tod infolge innerer Gehirnblutungen feststellen.

Schkeuditz. Am 5. Dezember d. J. findet ein Jugendtreffen mit folgendem Programm statt: Vormittags bis ½11 Uhr: Eintreffen der auswärtigen Ortsgruppen. 11 bis 12 Uhr: Funktionärbesprechung im Jugendheim. ½2 Uhr: Demonstration durch Schkeuditz, anschließend Uebergabe des Jugendheims. Abends: Werbeabend im Bahnhofshotel. Die Ortsgruppen der Unterbezirke Saalkreis, Delitzsch und Merseburg müssen sich schon heute auf diese Veranstaltung einstellen.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Naumburg. Ein Wandelbarer. In den letzten Wochen beschäftigte sich der „Volksbote“ in auffälliger Weise mit Hetze sowie Verleumdungsartikeln gegen die KPD. Die persönliche Hetze spielte dabei eine ziemliche Rolle. Es gehört schon eine ziemliche Portion Frechheit dazu, so zu schmieren und zu verleumden. Was hat denn außer der KPD.-Hetze der „Volksbote“ seinen Lesern vorzusetzen? Interessant dürfte sein, mit was für Soldschreibern der „Volksbote“ Beziehungen unterhält. In der Mittwoch-Nummer (1. September 1926) findet man im „Volksboten“ einen Nachruf für das „sanft entschlafene Naumburger Echo“, einem Ableger des Merseburger „Korrespondenten“. Der Artikelschreiber ist Wallbaum, über dessen „besondere“ Eigenschaften wir genügend mitgeteilt haben. Nun will es der Zufall, daß W. auch einmal so etwas wie ein kleiner „Soldschreiber“ in der Redaktion des „Echo“ war. Eugen flog — und landete bei der SPD. Dort hatte er einen Freund, den Junglehrer B. Dieser „geistige Inspirator“ brachte im „Echo“ allwöchentlich eine Wulst „Erzählereien“ (nach Naumburger Mundart) und nannte diese „Märchen“, „Naumburger Babelei“. Unterschrift: „Gustav von der Vogelwiese.“ Jetzt müssen wir feststellen, daß im Zeitzer „Volksboten“ derselbe „Naumburger Meerittich“ verzapft wird, und zwar hat das zarte Kerlchen von Schulmeister sein Pseudonym gewechselt und zeichnet jetzt „Der rote Robert“. Das ist doch ein sonderbares „Arbeiterblatt“! Warum veröffentlicht man denn nicht die Artikel der linken SPD.-Genossen? Nein, das macht man nicht — man muß die Wahrheit totschweigen. Man läßt lieber die linken SPD.-Leute aus der Partei gehen, als sich eine Lehre von Arbeitern aus den Betrieben erteilen. Genossen, zeigt den linken SPD.-Genossen den Weg — übermittelt alle diese Vorkommnisse dem „Klassenkampf“.

Naumburg. Am teutschen Wesen ... Ein Stahlhelmer ist der Schuhmacher Höcke, Reußenplatz 8. Dieser Gelegenheitsmusiker der Stahlhelmkapelle erdreistet sich gegen seine Mieter allerhand. Am 30. Oktober, früh 9 Uhr, tobte er sich an dem Arbeiter Th. aus. Ein mir (d. B.) vorgelegtes Zeugnis eines Arztes besagte **schwere Körperverletzung. Das Amtsgericht lehnt eine Klage ab — wegen Mangels öffentlichen Interesses. (Es ist doch etwas wert, wenn man ein teutscher Mann ist.)** Der Herr Amtsrichter H. schreibt: „Es kann aber Privatklage eingereicht werden.“ Zu der Frau des mißhandelten Arbeiters, welche hochschwanger ist, sagte er allerhand Redensarten. Die Arbeiterschaft darf sich so etwas nicht gefallen lassen.

Stößen. Herabsetzung der Gewerbesteuerzuschläge. Die Stadtverordneten beschlossen in ihrer letzten Sitzung folgende Herabsetzung der Gewerbesteuerzuschläge: anstatt 1200 Prozent Zuschlag zur Gewerbesteuer nach dem Kapital nur 500 Prozent und an Stelle von 600 Prozent Zuschlag zur Gewerbesteuer nach dem Ertrag nur noch 400 Prozent.

Theißen. Unsere hiesige Gewerkschafts-Kommission veranstaltete am Sonntag, dem 14. November, im Gasthof zum „Blauen Stern“ einen Unterhaltungsabend. Vortragende waren Arbeiter-Gesangverein und Arbeiter-Turnverein von Theißen sowie die proletarische Spielergruppe von Zeitz. Die Darbietungen waren sehr gute, namentlich die der Spielergruppe Zeitz. Besucht wurde diese Veranstaltung von rund 220 Personen. Weiter ist zu bemerken, daß am 17. November nachmittags 3 Uhr die Gewerkschaftskommission zu einer Sitzung zusammenberufen war, wo die Beschickung der **Landeskonferenz der Werktätigen durch Delegierte** auf der Tagesordnung stand. Mit welchen Mitteln die SPD.-Vertreter diese Beschickung illusorisch machen wollten, ist nicht zu beschreiben. Einer dieser „Genossen“ sagte, daß dieser Kongreß nur ein Werk der KPD. sei, um die Gewerkschaften an die Wand zu drücken, resp. kaputt zu machen. Nein, das Gegenteil soll er sein! Er soll die Einheitsfront der gesamten Werktätigen erstreben. Es wurden zwei Delegierte entsandt. Am 17. November abends tagten die Gemeindevertreter der Gemeinde Reußen bei Theißen, um zur Beschickung der Landeskonferenz der Werktätigen Stellung zu nehmen, und siehe da (hieran sollten sich die SPD.-Rückschrittler von Theißen ein Beispiel nehmen), einstimmig wurde beschlossen, einen Delegierten zu entsenden. Also, Arbeiter von Theißen und Umgegend, treibt mit uns die Entwicklung weiter.

Grana. Auch eine Gemeindeverwaltung. Vor längerer Zeit wurde von der Gemeindevertretung beschlossen, Kanalisation und Wasserleitung im Ort zu legen. Diese Arbeiten werden nun seit rund vier Wochen von den Erwerbslosen als Notstandsarbeiten verrichtet. Daß diese Arbeiten an einen Privatunternehmer vergeben wurden und von diesem nun versucht wird, so viel als nur irgend möglich aus den Arbeitern herauszuschinden, nur nebenbei. Mit der Aufstellung eines Legungsplanes sowie der Regelung all dieser Arbeiten wurde seinerzeit die „Baukommission“ betraut, an deren Spitze der Herr Gemeindevorsteher steht. Heute ist die Legung der Kanalisation ziemlich beendet und sie kann einer Kritik unterzogen werden. Als erstes wollen wir feststellen, daß der aufgestellte Legungsplan recht dürftig ausgefallen war, so daß der die Arbeiten leitende Vorarbeiter meist nicht im Bilde war, wie und wo die Leitung eigentlich gelegt werden sollte, folgedessen war er gezwungen, in vielen Fällen nach eigenem Gutdünken zu handeln. Auf eine Art war dieses ja auch ganz gut, denn als Fachmann hat er ja schließlich mehr Ahnung als manches Kommissionsmitglied. Doch bei der Kanalisation stellen sich schon heute allerhand Mängel heraus. Man hat es z. B. für nötig befunden, für drei Häuser, von denen eins schon Kanalisation hatte, einen etwa 150 Meter langen Rohrstrang von 50 Zentimeter lichter Weite zu legen. Während fünf Häuser (Berg), die vom Ende dieses Stranges höchstens noch 10 Meter entfernt liegen, nicht angeschlossen worden sind. Die Anwohner können also selber sehen, wie sie auch in Zukunft mit Schlamm und Matsch fertig werden. Dasselbe trifft auch für die Häuser der Besitzer L. und D. zu. Hier hätte ein schwacher Rohrstrang von etwa 30 Meter Länge genügt, um Abhilfe zu schaffen. Weiter müssen wir feststellen, daß z. B. dort, wo Kanalisation gelegt ist, noch lange nicht sämtliche Häuser angeschlossen sind. Ja, an mehreren Gebäuden fehlen selbst Dachrinnen, so daß auch in Zukunft das Regenwasser weiter auf die Dorfstraße fließen wird, und Dreck und Schlamm werden bleiben. Gebe sich auch keiner der Hoffnung hin, daß unter der jetzigen Regie irgend jemand gezwungen würde, Dachrinnen und deren Anschluß anzulegen. Wer unseren Gemeindevorsteher kennt, weiß, daß er weder Fisch noch Fleisch ist, und daß er es auf das ängstlichste vermeidet, irgendwo anzuecken. Höchstens Proleten kann es passieren, daß bei Regelung irgendwelcher Angelegenheiten vom Herrn Gemeindevorsteher alles in die Länge gezogen und selbst manches unterlassen wird. Auch ist es in letzter Zeit zwecklos geworden, während der Dienststunden den Gemeindevorsteher aufzusuchen, es ist immer damit zu rechnen, daß er gerade mal in die Schenke gegangen ist. Das stärkste Stück stellt sich aber jetzt heraus. Wie schon angeführt, ist die Kanalisation ziemlich beendet, und nun soll mit der Wasserleitung begonnen werden. Die Rohre hierzu sollen vom Städtischen Wasserwerk Zeitz geliefert und auch gelegt, die Ausschachtungsarbeiten von Erwerbslosen verrichtet werden. Nun stellt sich heraus, daß der Herr Gemeindevorsteher wohl mehrere Kostenanschläge vom Wasserwerk angefordert, den bestimmten Auftrag aber erst vor kurzer Zeit erteilt hat, so daß darum die Rohre nicht rechtzeitig geliefert werden können. Darüber ist man aber weiter nicht verlegen. Vom Kapitalismus hat man schon manches gelernt. Man sagt einfach: „Du und Du mußt aussetzen, und zwar so lange, bis die Rohre geliefert werden.“ Was aus den Erwerbslosen wird, das ist ziemlich gleichgültig. Das dicke Ende für jene, die keinen Anschluß an die Kanalisation erhalten haben, wird aber erst dann kommen, wenn es gilt, für die aufgenommenen Kapitalien, die Zinsen zu tilgen. Da wird man nicht sagen: „Ihr habt keinen Anschluß und braucht folgedessen auch nicht zu zahlen.“ Sondern man wird sich an das Sprichwort erinnern, wo es heißt: „Geld stinkt nicht.“ Wohl wissen wir, daß der Gemeindevorsteher heute nicht mehr das Vertrauen jener Kreise besitzt, die ihn seinerzeit gewählt haben, daß er dafür aber das Vertrauen der SPD.-Gemeindvertreterfraktion besitzt. Das darf Euch Einwohner von Grana jedoch nicht abhalten, gegen ein derartiges Gebaren auf das energischste zu protestieren und zu verlangen, daß dieser Gemeindevorsteher so bald als möglich verschwindet und mit seinem Verschwinden auch die ganze Gemeindevertretung aufgelöst und durch eine bessere ersetzt wird.

Zeitz. Strzelewicz-Abend. Wiederum ist es der KPD., Ortsgruppe Zeitz, gelungen, den in ganz Deutschland bekannten Genossen B. Strzelewicz mit seiner roten Truppe zu einem am Donnerstag, dem 2. Dezember, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“ stattfindenden proletarischen Kunstabend zu gewinnen. Genosse Strzelewicz, der schon vor dem Kriege von der Bourgeoisie von einem Ort zum anderen gehetzt wurde, ist trotz seines hohen Alters der „junge“ geblieben, er hat den Verrat, den viele seiner besten Freunde am Proletariat verübten, nicht mitgemacht. Er versteht es, die heutige Hindenburg-Republik und ihre sozialdemokratischen Minister durch seinen scharfen Humor zu treffen. Keiner lasse sich den Genuß dieser wirklich proletarischen Veranstaltung entgehen. Karten im Vorverkauf sind schon jetzt bei allen Funktionären der KPD. und in der Filiale „Klassenkampf“ zu haben. Eintritt 50 Pf., Erwerbslose 25 Pf.

Mansfelder Kreise

Eisleben. Unsere Leser im Mansfelder See- und Gebirgskreis weisen wir darauf hin, daß der Abonnementspreis für den „Klassenkampf“ stets im voraus an unsere Trägerinnen zu entrichten ist. Pünktliche Bezahlung sichert eine ebensolche Zustellung. Erleichtert die Einkassierung wie Abrechnung an den Verlag.

Hettstedt. Lehrlingsausbeutung. Ein großer Lehrlingsausbeuter ist der Tischlermeister Richard Faust, Hettstedt. Dieser mißhandelte einen Lehrling, weil er verraten hatte, daß er kein Geld verdiene, in folgender Weise: Als der Meister Montag früh in die Werkstatt kam, verabfolgte er dem Lehrling W. P. drei Ohrfeigen, warf ihn gegen die Hobelbank, zerriß ihm das Hemd und beschimpfte ihn mit den Worten „Lausewanst“ und „Lotterbube“. Ein Kommentar ist wirklich überflüssig. Jungarbeiter, schließt Euch zusammen, kämpft gemeinsam gegen dieses System in den Jugendsektionen der Gewerkschaften und in dem Kommunistischen Jugendverband.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261123-18/fragment/page=0009

Artern. Von der Kuh schwerverletzt. Bei dem Versuche, ein Kuhgespann, das an der Klinke des Hoftores mit dem Geschirr hängen geblieben war, loszumachen, wurde die Frau Berta Braune von einer Kuh angegriffen, die ihr den Leib mit den Hörnern so weit aufschlitzte, daß die Därme zerrissen. Die Verunglückte wurde mit dem Auto in das Krankenhaus übergeführt und sofort operiert. Man hofft, sie am Leben zu erhalten.

Eisleben. Wanderausstellung „Gesundes Jugendleben". Die Ausstellung ist am Dienstag, 23. November, bis abends 10 Uhr, das letztemal geöffnet. Der Besuch der Ausstellung ist durchaus zu empfehlen. Dienstag abend werden in der Ausstellung unter Leitung von Fräulein Hoppe Volkstänze geboten werden. Ferner wird voraussichtlich der Mandolinenklub die Besucher durch musikalische Vorträge erfreuen.

Gemeinschaft Proletarischer Freidenker, Bezirk Bockwitzer Ländchen
Vorträge des ehem. Franziskaner-Mönches Amon

Im Laufe dieser Woche, und zwar am
Donnerstag, 25. November, in Bockwitz bei Richter
Freitag, 26. November, in Zschornegosda bei Socher
Sonnabend, 27. November, in Mückenberg bei Roloff
Sonntag, 28. November, in Plessa bei Ruck
finden die bereits angekündigten Vorträge des ehemaligen Franziskaner-Mönches Amon statt. Derselbe wird über die Themen: „Gibt es einen Gott?", „Hat Jesus gelebt?", „Vom Franziskaner zum Freidenker" sprechen. Wir ersuchen die Arbeiterschaft des Ländchens sowie von Zschornegosda und Plessa, recht zahlreich zu erscheinen. Auch den Schreiber der „Randbemerkungen" in der „Elster-Rundschau" laden wir ein, sich in der Versammlung die noch notwendige Aufklärung über Zweck und Ziele der proletarischen Freidenkerbewegung zu holen.

Bezirksvorstand der Gemeinschaft Proletarischer Freidenker.

Aus der Jugendbewegung

Wie es in der „Sozialistischen Arbeiterjugend" aussieht

Von Fritz Beyling

Das hallische „Volksblatt" produziert in gewissen Abständen eine Jugendbeilage, in der sich die Sozialistische Arbeiterjugend ebenso widerspiegelt, wie in ihren Veranstaltungen, wo ein Spielabend den anderen jagt. In der letzten „Jugendbeilage" wird nun pompös verkündet, daß in der nächsten Beilage nur über „Erotik" geschrieben werden soll, kurzum, es wird eine „erotische Jugendbeilage" angekündigt. So treibt es das „Volksblatt" schon seit langer Zeit und dabei wird ganz vergessen, daß sich die arbeitende Jugend in großer Gefahr befindet. Die Sozialistische Arbeiterjugend vergißt bei ihrer Stellungnahme zur „Plastik", „Erotik" usw. vollkommen, daß sich in aller Kürze der Reichstag mit dem **„Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schmutz und Schundliteratur"** beschäftigen wird, welches in seiner Konsequenz ein übles Zensurgesetz ist. Man sieht weder in Halle noch im Bezirk, daß sich die SAJ. zu diesem Schandgesetz äußert. In Halle wurde die SAJ. **zu einer gemeinsamen Sitzung mit allen proletarischen Jugend- und Kulturorganisationen eingeladen,** wo alsdann beschlossen wurde, eine gemeinsame Protestkundgebung zu veranstalten. Die SAJ. blieb dieser Sitzung fern und

bis heute merkt man nichts von einem Protest der Sozialistischen Arbeiterjugend gegen dieses Schandgesetz.

Ebenso enthält sich die SAJ. in ihrer Jugendbeilage einer Stellungnahme zu dem vom Innenminister Külz vorgesehenen Raub der Versammlungsfreiheit. In einer Situation, wo das wirtschaftliche Elend der jugendlichen Arbeiter und Erwerbslosen immer größer wird und wo daneben Hieb auf Hieb gegen die minimalen politischen Rechte der Jugendlichen geführt wird, erachtet es die SAJ. als ihre wichtigste Aufgabe, über „Erotik" zu plaudern. Zu der gespannten Lage, in der sich die jugendlichen Arbeiter befinden, schweigt sie sich aus. Das tut sie aber nicht nur im Bezirk Halle-Merseburg, sondern das ist überall so!

Die Sozialistische Arbeiterjugend kümmert sich nicht um das Los der jugendlichen Arbeiter!

Zu aktuell politischen Ereignissen nimmt sie keine Stellung.

Sie spielt, singt und tanzt sich „in den Sozialismus hinein". Vom Kampf wird nicht einmal mehr geredet!

Das ist die Linie des Hauptvorstandes, und diese muß eingehalten werden. Nun, in der letzten Zeit hat sich herausgestellt, daß sich an vielen Orten die SAJ.-Mitglieder noch mit etwas anderem beschäftigen wollen als mit Spiel und Tanz. Nur mit dem größten Druck und bei gemeinen Schiebungen konnte z. B. der Hauptvorstand auf der letzten Reichskonferenz durchsetzen, daß allen SAJ.-Mitgliedern verboten würde, sich an den Jungarbeiter-Delegationen nach Sowjet-Rußland zu beteiligen. Aber trotz dieses Verbots, welches auf dieser Reichskonferenz von einer geringen Mehrheit ausgesprochen wurde, sind SAJ.-Mitglieder mit der letzten Arbeiterdelegation nach Sowjet-Rußland gefahren.

Unter ihnen befand sich das SAJ.-Mitglied Richard Burkhardt, Leipzig.

Nach seiner Rückkehr nach Deutschland hat er in objektiver Weise über die Aufbauarbeit des russischen Arbeiterstaats Bericht erstattet, und die jungen Arbeiter haben von ihm gehört, wie auch die Jugend in Sowjet-Rußland am Aufbau des sozialistischen Staates mithilft. **Der Reichsausschuß der SAJ., der letztens in Tännich tagte, beschloß, Burkhardt aus der SAJ. auszuschließen.**

Dieser Beschluß löste unter den Mitgliedern der SAJ. im Leipziger Bezirk einen gewaltigen Protest aus, so daß der Hauptvorstand durch den Druck der Mitglieder im Bezirk Leipzig gezwungen wurde, eine Bezirkskonferenz einzuberufen und sich dort ausschließlich mit Burkhardts Teilnahme an der Delegation nach Sowjet-Rußland zu beschäftigen. Dort vertrat Westphal den Standpunkt des Hauptvorstandes, was ihm wohl sehr schwer geworden ist, denn im „Führer" (Monatsschrift der SAJ.) wird über den Verlauf der Konferenz unter anderem folgendes berichtet:

„Mit großer Mehrheit wurde ein Antrag der Gruppe Lindenthal angenommen, der dem Parteigenossen Richard Burkhardt als Helfer und Referent das Vertrauen ausspricht."

Das bedeutet nicht anderes, als daß sich die große Mehrheit der dortigen SAJ.-Mitglieder für die Rußlandfahrt von Burkhardt ausgesprochen hat und daß diese Konferenz die Haltung des Hauptvorstandes verurteilt.

In der SAJ. greift eine gewaltige Opposition Platz!

Auch in Berlin hat sich ein oppositioneller Flügel in der Sozialistischen Arbeiterjugend herausgebildet, der eine gedruckte Oppositions-Erklärung verbreiten ließ. Diese Erklärung trägt 21 Unterschriften führender SAJ.-Mitglieder, die fast durchweg Hauptfunktionäre in den proletarischen Stadtteilen sind.

Zur „Oppositions-Erklärung" selbst sei nur gesagt, daß sie vieles Richtige enthält. Die Opposition wird reichlich Gelegenheit haben, in der Praxis zu zeigen, was mit ihr ist. Vor allen Dingen wendet sie sich gegen die Verwässerung der SAJ.

Der Hauptvorstand nimmt im „Führer" zu dieser Opposition Stellung. Er nimmt zwar nicht zum Inhalt der Erklärung Stellung, sondern wirft der Opposition nur erst einmal vor, daß sie „bedenkliche Methoden" anwendet. Das zeigt, daß die führenden Männer der Sozialistischen Arbeiterjugend die Hosen voll haben. Sie haben Angst, daß ihre „Schäflein" Politik treiben und dann widerspenstig werden! Und Widerspenstige kann die Sozialistische Arbeiterjugend noch weniger gebrauchen als die SPD.

Die Widerspenstigen gehören dorthin, wo gekämpft wird — und die Kampforganisation der jugendlichen Arbeiter ist der

Kommunistische Jugend-Verband!

An alle Ortsgruppen der KPD., des KJVD., JSB. und die kommunistischen Elternbeiräte-Fraktionen!

Am kommenden Sonnabend, dem 27. November, und Sonntag, dem 28. November, findet in Halle im „Volkspark" die

4. Bezirkskonferenz des „Jung-Spartakus-Bundes"

statt. Die Konferenz beginnt am Sonnabend um 7½ Uhr und nimmt am Sonntag um 9 Uhr ihren Fortgang mit folgender Tagesordnung:

1. **Berichte der BL., UBL. und Gruppenleiter;**
2. **Stellungnahme zum 3. Reichskongreß;**
3. **Unsere innere Organisationsarbeit;**
4. **Zusammenarbeit mit Jugend, Partei und Elternbeiräten;**
5. **Unsere Stellung zur weltlichen Schule;**
6. **Wahlen der Delegierten zum Reichskongreß;**
7. **Verschiedenes.**

Die Rationalisierungsmethoden mit den erhöhten Ausbeutungen und Lohnreduzierungen der Arbeiter und der ständigen großen Zahl der Erwerbslosen lasten am schwersten auf der heranwachsenden jüngsten Generation. Die Kinder der Arbeiterklasse sind in ihrer gesundheitlichen Entwicklung bedroht. Hinzu kommt die geistige Verelendung durch das bevorstehende Reichsschulgesetz, das die heutige Volksschule restlos der Kirche ausliefern wird.

Um diese Gefahren der geistigen und körperlichen Verelendung des Nachwuchses der Arbeiterklasse erfolgreich abwehren zu können, ist es notwendig, die breiten Schichten des Proletariats für den Kampf gegen diese Gefahren zu mobilisieren. Um unsere Kinder aber nicht jenen Reaktionären der Schule und Kirche auszuliefern, ist es Aufgabe der Partei und Jugendgenossen, in Verbindung mit den Elternbeiräten, eine stärkere kommunistische Kinderorganisation im Bezirk zu schaffen. **Wir ersuchen darum alle Gruppen, in absehbarer Zeit eine Ortsgruppe des „Jung-Spartakus-Bundes" zu gründen und einen Delegierten zu dieser Bezirkskonferenz zu entsenden.** Diese sind zwecks Quartierbeschaffung vorher der Bezirksleitung des JSB. zu melden.

Genossen! Zeigt durch aktive Teilnahme an dieser Arbeit, daß Euch das Wohl und Wehe der jüngsten Generation der Arbeiterklasse nicht gleichgültig ist. Die Ortsgruppen des JSB. delegieren alle Leiter zu dieser Konferenz.

BL. des JSB.

Glesien. Am vergangenen Freitag fand hier eine Versammlung des kommunistischen Jugendverbandes statt. Der Genosse Fritz, Halle, zeigte in seinen Ausführungen, in welcher Lage sich die arbeitende Jugend befindet und erklärte den Anwesenden, inwiefern das Elend unter den Arbeitermassen eine Folgeerscheinung der Rationalisierung ist. Er ging dann noch dazu über, die politischen Entrechtungsmaßnahmen der Bourgeoisie aufzuzeigen und behandelte dabei das „Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schmutz und Schund". Die Zustimmung der anwesenden Jugendlichen bewies, daß die an sie gerichteten Worte ihre Wirkung nicht verloren hatten. Folgende Resolution wurde von allen Anwesenden angenommen: „Die am 20. November in einer öffentlichen Jugendversammlung zusammengekommenen jugendlichen Arbeiter von Glesien protestieren auf das allerschärfste gegen das dem Reichstag vorgelegte Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schmutz und Schund, das in seiner Konsequenz ein schmieriges Zensurgesetz ist. Sie geloben, dieses Schandgesetz mit allen Mitteln zu bekämpfen." Nachdem noch ein jugendlicher Delegierter zur Landeskonferenz der Werktätigen und Jugenddelegiertenkonferenz gewählt worden war, wurde eine junge Ortsgruppe des kommunistischen Jugendverbandes gegründet, der sofort 16 junge Arbeiter und Arbeiterinnen beitraten.

Neues aus aller Welt

Orkane in Europa

Am Totensonntag hatten in ganz Europa schwere Unwetter und Stürme gehaust, die überall Bootsunglücke, Verwüstungen und Ueberschwemmungsschäden verursachten. In der Nähe der Insel Uhnenwerder auf dem Plauer See kenterte ein Boot mit 8 Mitgliedern der Naturfreunde, von denen nur 3 gerettet werden konnten. Vier Ertrunkene waren die einzigen Ernährer ihrer Mütter. In Südbayern wurden die Ortschaften Schädorf und Unterau am stärksten mitgenommen. Die Häuser gleichen vielfach Ruinen. Zahlreiche Schäden an Fernsprech- und Lichtleitungen, sowie Waldschäden wurden angerichtet.

Der Föhn rast in den Alpen

Waldbrände am Mondsee

Ein Föhnsturm von nie beobachteter Hartnäckigkeit richtete Sonnabend nacht und am Sonntag in der Gegend des Walchensees und Kochelsees ungeheuren Schaden an. Hunderte Baumriesen fällte der Sturm, große Steinblöcke sausten von den Bergen ins Tal. Die Staatsstraße von Urfeld nach Dorf Walchensee ist vollständig versperrt. Trotz der dunklen Nacht erblickte man schimmernd weit die Ketten unzähliger Wasserhosen auf den Seen, die über hundert Meter Höhe erreichten und kilometerweise ins Land jagten. Der in Kochel und Urfeld angerichtete Schaden ist groß, nicht aber zu vergleichen mit dem in Unterau und Schlehdorf, die beide einer vollständigen Wüste gleichen. Dort sehen die Häuser wie Ruinen nach einer Schlacht aus. Sämtliche Lichtleitungen sind zerstört. Merkwürdig ist, daß zur Zeit der Katastrophe in Pössenbach und in Benediktbeuren fast Windstille herrschte. Auch am Königssee, der hohe Waasserhosen trieb, tobte ein heftiger Wirbelsturm, welcher großen Schaden anrichtete, alte Baumbestände umlegte und die Straße versperrte. Im Gebiet der Seen des Salzkammergutes sind die Fernsprech- und Lichtleitungen größtenteils zerstört. Durch den Orkan entstanden größere Waldbrände, besonders im Besitztum des Grafen Almeida am Mondsee. Zeitweilig war der Sturm so mächtig, daß die Züge im Mondseegebiet an der Weiterfahrt gehindert wurden. Etliche Bahnwagen wurden ohne folgende größere Unfälle aus den Gleisen geworfen. Der noch nicht abschätzbare Schaden dürfte viele Millionen Mark betragen.

Verheerungen in Schlesien

In allen Teilen Schlesiens tobten in den letzten Tagen heftige Herbststürme, die schweren Schaden anrichteten. Besonders schlimm hauste der Sturm im Eulengebirge, wo er orkanartige Stärke annahm, so daß jeder Verkehr in den Straßen und im Freien unmöglich war. Schon in den ersten Stunden während des Orkans wurden zahlreiche Besitzungen verwüstet, starke Bäume entwurzelt, die elektrischen Leitungen zerrissen, so daß ein Kurzschluß im Schaltwerk Peterswaldau entstand und die Lichtzuführung nach der Stadt gesperrt wurde. Das Gebiet von der Ortschaft Silberberg nach dem Reichenbacher Tal und die nach dem Gebirge zu gelegene Stadt Reichenbach wurde schwer heimgesucht.

Ein Zug vom Sturme umgeworfen

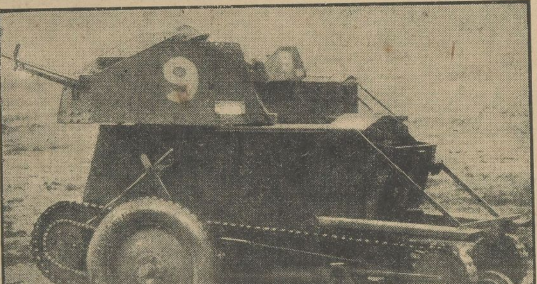
In Vorarlberg wurde ein Personenzug der Bregenzer Waldbahn vom Sturme umgeworfen und einige Reisende verletzt. In Südtirol besteht neuerdings Ueberschwemmungsgefahr.

Schwere Stürme an der englischen Küste und auf dem Atlantischen Ozean

Großbritannien ist am Sonnabend und Sonntag von schweren Stürmen heimgesucht worden. An verschiedenen Stellen der Küste sind kleinere Fahrzeuge gestrandet, deren Mannschaft gerettet werden konnte. Der französische Schoner „Anne Marie" mußte in der Nordsee von der Mannschaft verlassen werden. Im Kanal hat die französische Ketsch „Rosalynne" Schiffbruch erlitten. Auf dem Atlantischen Ozean ist der Dampfer „Aldworth", ein Schiff von 3500 Tonnen, in Seenot geraten. Verschiedene Schiffe, darunter der Cunard-Dampfer „Andania" sind dem Schiff zu Hilfe geeilt.

Wettervoraussage aus Sowjet-Rußland. Das Geophysische Observatorium in Leningrad sagt für den Schluß dieses Jahres ein ganz abnormes und stark veränderliches Winterwetter voraus. Man müsse zeitweilig mit so außergewöhnlicher Wärme rechnen, daß z. B. von einer Unterbrechung des Südfluges der Zugvögel ernstlich die Rede sein kann. Für die Navigation im Finnischen Meerbusen wird ein solches Wetter natürlich sehr günstig sein. Erst im Januar des kommenden Jahres sei mit dem Eintreten starker Fröste zu rechnen.

Unterschlagungen bei einem Wohnungsamt. Der Leiter des Frankfurter Wohnungsamtes, Stadtsekretär Folta, hat im Laufe dieses Jahres in einer ganzen Reihe von Fällen sogenannte Baukostenzuschüsse, zu deren Annahme er nicht berechtigt war, angenommen und die Beträge nicht an die Stadthauptkasse abgeführt. Er wurde daher heute verhaftet und sofort vom Amte suspendiert. Ein Verfahren gegen ihn ist inzwischen bei der Staatsanwaltschaft eingeleitet worden. Ueber die Höhe der Unterschlagung ist bisher noch nichts bekannt.



☆

Der Infanterist von morgen

In England stellt man für den neuen Weltkrieg sogenannte schnellaufende „Ein-Mann-Tanks" her. Das sind die Mittel zur „Befriedung Europas" zur Errichtung „ewigen Völkerfriedens"

☆

Arbeiter-Sport

Sportler von der Eisenbahn!

In allen Abteilungen des Eisenbahnbetriebes in Halle hängt man Plakate aus, in denen Ihr aufgefordert werdet, in diesen Tagen zu einer Besprechung zwecks Gründung eines Werkssportvereins zusammenzutreten. Folgt dieser Aufforderung nicht! Denn sie hat nur den Zweck, Euch zu stillen, mit jedem Hungerlohn zufriedenen Elementen zu machen. Tretet vielmehr ein in die freien Arbeitersportvereine, treibt dort Körperpflege und pflegt den Geist der proletarischen Solidarität.

Nieder mit den Werkssportvereinen!

Turn- und Sportverein der Gruppe Weißenfels

Sonntag, den 28. November, findet vormittags 8,30 Uhr eine Gruppenlehrstunde in Weißenfels in der Turnhalle der Oberrealschule statt. Es ist von großer Wichtigkeit, daß alle Vereine vertreten sind. Anschließend Sitzung im Gewerkschaftshaus. Noten für Klavier, welche vom Kreise ausgegeben sind für die Turner- und Sportlermassenfreiübungen zum Kreisturnfest, sind bei allen Gruppenturnwarten zum Preise von 1 Mark erhältlich. Der technische Leiter.

Jahn Roitzsch 1. — Sportverein Greppin 1. 0 : 3 (0 : 1). Gleich nach Anstoß entwickelt sich ein flottes und faires Spiel. Greppin spielt zuerst gegen den Wind, wo R. etwas mehr vom Spiel hatte. Jedoch der Greppiner Torhüter griff im letzten Moment immer ein und hielt das Leder rein. Ein Elfmeter für Roitzsch wurde verschenkt. Kurz vor Halbzeit konnte der Halblinke von Gr. durch guten Durchbruch unhaltbar einsenden. 5 Minuten nach Halbzeit wurde ein Elfmeter von Roitzsch verschossen. Greppin spielte die letzten 20 Minuten überlegen, wodurch der Gr. Halblinke noch zweimal einsenden konnte. Der Torhüter von R. verhütete eine größere Niederlage. Vorher standen sich die 2. Mannschaften gegenüber. Da R. sehr lustlos und zerfahren spielte, jedoch die zweite Halbzeit vollständig überlegen spielte, ließen sie sich mit 4 : 3 „überfahren". Greppin Jugend hatte am Sonntag wieder einen Tag der besten und schlug seinen Gegner Jahn Roitzsch Jugend mit 3 : 0. Schiedsrichter waren in bester Verfassung.

VfL. 88 1. — Fr. Sportvereinigung Jena 1. 7 : 2 (1 : 1), Ecken 3 : 2. Vergangenen Sonntag trafen sich obige Gegner im Gesellschaftspiel in Naumburg auf der Vogelwiese. Nach den letzten Erfolgen der Fr. Sportvereinigung hatte man geglaubt, es würde ein knappes Resultat werden. Aber N. zeigte sich in der altbekannten Weise und wird wohl in den Kreisspielen auch noch ein Wort mitreden. Das Spiel leitete ein Genosse von Zeitz, derselbe hatte leichte Arbeit und hatte nur selten Gelegenheit zum Eingreifen. Zum Spiel selbst: Gleich nach Anstoß entwickelte sich ein lebhaftes Spiel. Allerdings spielten erst beide Mannschaften etwas aufgeregt, aber schon nach kurzer Zeit konnte man ein schönes Spiel sehen. In der 20. Minute erzielt N. das erste Tor durch den Rechtsaußen. In flotter Spielweise geht es weiter und Jena gleicht in der 35. Minute aus, und zwar durch Halblinks. Bis Halbzeit kann keine Mannschaft mehr etwas erreichen. Es bleibt bei 1 : 1. Kurz nach Wiederanstoß selben sieht es aus, als sollte Jena den Sieg mit nach Hause nehmen. Jena legt sich tüchtig ins Zeug und erzielte in der 10. Minute nach Halbzeit das zweite Tor. N., keineswegs dadurch entmutigt, bringt darauf Angriff auf Angriff vor und erzielt in gewissen Zeitabständen 6 weitere Treffer. Das letzte Tor wurde durch Verwandlung eines Elfmeters erzielt. Jena trat in stärkster Aufstellung an, mußte sich aber mit obigem Resultat geschlagen bekennen. Sie verloren unverdient hoch. N. trat mit Ersatz für Rechtsaußen an und zeigte selten eine leichte ... Jena zwang seinen Gegner zur vollen Kraftentfaltung. Das Spiel stand im Zeichen eines guten Arbeitersports und wirkte werbend für denselben.

Bezirk Zeitz. Mache nochmals die Vereine auf die am 28. November in Weißenfels, morgens 8 Uhr, beginnende Schiedsrichterprüfung aufmerksam im Sportplatz Turnverein 1893 am Meilenstein.

Zur praktischen Prüfung stellen sich folgende Mannschaften: Zorbau 1. — Sportfreunde 2., Anstoß 9 Uhr; Goseck 1. — Union 2., Anstoß 10 Uhr; W. 93 2. — VfL. 88 2., Anstoß 11 Uhr; Taucha 1. — Langendorf 1., Anstoß 12 Uhr; Leißling Jugend — Teuchern Jugend, Anstoß 1 Uhr.

Sämtliche Mannschaften müssen sich eine halbe Stunde vor dem Spiel umgekleidet, bei der Prüfungskommission melden. Die Kommission besteht aus den Genossen: Kurt Schurzfeld (VfL. 88). Willi Walther (Union), Ernst ... (Teuchern) und Walter Scholz (Zeitz). Die Prüfungsgebühr von 1 Mk. ist vor der Prüfung zu entrichten.

Zangenberg. Arbeiter-Turnverein Turnerbund. Wir geben mit Vorbehalt folgende Meldung wieder: Hiermit allen Vereinen zur Kenntnis, daß die Fußballabteilung sich korporativ aus dem Turnverein Turnerbund ... gemeldet hat. Wir warnen alle Vereine, mit genannter Abteilung Spielabschlüsse zu tätigen. Der Turnrat.

Freie Thüringer Fußballvereinigung, 5. Kreis

Kreisausscheidungsvorspiel Gera-Untermhaus 1. — Vorwärts-Kauerndorf 1. 2 : 0 (1 : 0), Ecken 10 : 6

Am Sonntag, dem 14. November, standen sich obige Mannschaften auf dem Platz der Freien Turner Zeitz im Vorrundenspiel um die Kreismeisterschaft gegenüber. Beide Mannschaften kämpften im wahrsten Sinne des Wortes um den Sieg, so daß das Spiel eine Härte annahm, welche man im Arbeitersport nicht zu sehen wünscht. Der Schiedsrichter hätte schärfer durchgreifen müssen. Vorwärts hat den Wind im Rücken als Helfer. Die ersten zehn Minuten liegen die Schwarz-Gelben auch dauernd im Angriff und Untermhaus hat alle Hände voll zu tun, um die stürmischen Angriffe abzuwehren. Untermhaus zeigt ein schönes, flaches Kombinationsspiel, während Vorwärts mehr mit Körperkraft und Bombenschüssen aufwartet. Der ... von Untermhaus unternimmt einen Durchbruch, die gut gegebene Flanke wird von H.-L. zum ersten Treffer verwandelt. In der 32. Minute erhält Vorwärts einen Freistoß wegen Tragens des Balles zugesprochen. Den scharf auf Tor getretenen Ball versucht der Torwart unverständlicherweise zu halten, und wird ihm der ... der linke Daumen nach hinten umgestürzt und der Handballen direkt aufgerissen. Bis jetzt war das Spiel scharf, aber nunmehr wurde es direkt hart. Bis ... Minuten später muß ein Spieler von Vorwärts den Platz verlassen. Nach Wiederanstoß kann man ... wird außer einigen Ecken nichts mehr erzielt. Nach Wiederanstoß kann man auch jetzt von keiner Partei eine bestimmte Ueberlegenheit feststellen, nur hat auch jetzt Untermhaus das Flachspiel aufgegeben. Ein Elfmeter wegen Handspielens für Untermhaus gegeben, wird vom V.-Torwart gut gehalten. In der 60. Minute kann Untermhaus nochmals erfolgreich sein. 20 Minuten vor Schluß muß noch ein Spieler der ... hosen den Platz verlassen, so daß Untermhaus nur noch mit neun Mann spielt. Alle Anstrengungen Kauerndorfs, gleichzuziehen, scheiterten an der Hintermannschaft von Untermhaus, und so konnten Untermhaus als die Glücklicheren den Platz als Sieger verlassen.

Vor dem Kreisspiel zeigten Zeitz 1. Jugend — Eisenberg 1. Jugend ein flottes Jugendspiel, welches Zeitz mit 2 : 0 für sich entschied. Vormittags verlor die 2. ... der Freien Turner gegen Union Triebes 2. mit 1 : 3.

Verantwortlich: Max Lademann, Halle a. d. S., für den redaktionellen ...
für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße ...

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1669156101926112З-18/fragment/page=0010

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf. Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Dienstag, 23. November 1926 | 6. Jahrgang ★ Nr. 276

Herunter mit der Arbeitszeit!

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 23. November.**

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat einen Gesetzentwurf über die Arbeitszeit eingereicht mit folgenden wichtigsten Forderungen:

Maximaler Arbeitstag acht Stunden für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten; wöchentliche Gesamtarbeitszeit 42 Stunden. An Sonn- und Festtagen nicht über fünf Stunden. Freiwillige Ueberstunden verboten. Ausnahmsweise Ueberschreitungen, die nur mit Zustimmung des Betriebsrates und der Gewerkschaften gestattet werden können, müssen auf die Stundenwoche angerechnet werden. Sieben Stunden für erwachsene weibliche Arbeitskräfte, ferner für alle Arbeiter in gefährlichen Industrie (Chemie, Sprengstoff usw.). Für Arbeiter bei dauerndem künstlichen Licht und für Arbeiter am fließenden Band sieben Stunden. Sechsstundentag und Stundenwoche für Jugendliche unter 18 Jahren, Anrechnung der Pflichtschulzeit. In landwirtschaftlichen Großbetrieben Achtstundentag, Gesamtarbeitszeit im Jahre höchstens 2400 Stunden. Ueberstunden im Saat- und Erntemonat mit Zustimmung des Gutsrates und der Gewerkschaften und auf die Wintermonate anzurechnen. Gesamtwochenarbeitszeit in der Landwirtschaft inkl. Sonntagsarbeit höchstens 48 Stunden. Verbot der Nachtarbeit und Ueberstunden für Arbeiterinnen und Jugendliche. Verbot der Arbeit in gesundheitsschädlichen Betrieben auch für Arbeiterinnen und Jugendliche. Besondere Mutterschutzbestimmungen. Verbot der Kinderarbeit unter 14 Jahren. Drei Wochen Mindesturlaub für alle Arbeiter, Angestellte und Beamten. Kontrolle des Gesetzes durch die Betriebe. Strafbestimmungen für Uebertretungen durch die Unternehmer bis zu drei Monaten Gefängnis.

Herunter mit der Arbeitszeit! Dieser Kampfruf erschallt jetzt in ganz Deutschland. Auch die mitteldeutschen Bergarbeiter beschlossen die Kündigung des Arbeitszeitabkommens. Wie steht es in den anderen Industriezweigen in Halle-Merseburg? Neunstundentag oder verhüllter Neunstundentag sind die Regel. Ueberstunden auf Ueberstunden bei den Neubauten, vor allem im Leunawerk, wo die Baufirmen die neueingestellten Arbeiter 12, 14 und 15 Stunden schuften lassen, damit die Riesenbauten schneller vorwärtsschreiten. Die Zeit ist nicht reif, sondern überreif zum Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit, um die Beseitigung der Erwerbslosigkeit, die in Mitteldeutschland durch Einführung des Achtstundentages und der Siebenstundenschicht im Bergbau ohne weiteres möglich wäre.

Diese Forderungen können aber im Parlament nur eingebracht werden. Die bürgerlichen Parteien werden niemals ihre Zustimmung dazu geben. „Also nur Agitation?“ Wer so frägt, versteht nicht, daß nur der außenparlamentarische Kampf der Massen, nur der Druck der geeinigten Arbeiterschaft in allen entscheidenden Fragen Erfolge erzielen kann.

Die Werktätigen Mitteldeutschlands haben am 21. November ein Bündnis geschlossen. Jetzt heißt es, dieses Bündnis im praktischen Kampf zu erproben und die vereinigten Kräfte der arbeitenden Massen für die nächsten Teilforderungen, für die Verkürzung der Arbeitszeit und die allgemeine Erhöhung der Löhne um 20 Prozent einzusetzen.

An die deutsche Arbeiterschaft!

Klassengenossen! Nach einem mehr als 200 Tage dauernden, ...ischen Kampf, der in der Geschichte der Arbeiterbewegung ohne ...spiel dasteht, haben die englischen Bergarbeiter mit großer ...rheit noch einmal

abgelehnt, die Arbeit zu Bedingungen aufzunehmen,

die eine Verschlechterung von Lohn und Arbeitszeit bedeuten würden. Wenn die englischen Bergarbeiter trotz ihrer unbeugsamen Kampfentschlossenheit dennoch der Macht der Bourgeoisie unterliegen müßten, so sind sie nicht bezwungen durch Kleinmut in den eigenen Reihen, sondern nur durch die Not und das wachsende Elend, das auch die Stärksten niederzwingt, wenn ihnen keine ausreichende Hilfe wird. Von einer solchen Hilfe war aber im Kampfe der englischen Kameraden keine Rede. Der nationale und der internationale Reformismus haben alles getan, um den Sieg an die Fahnen der Unternehmer zu heften.

In England wurden die Bergarbeiter

verraten von der Macdonald- und Thomas-Clique,

den offenen Zuhältern der Bourgeoisie, die schon den schwarzen Freitag von 1921 auf dem Gewissen haben. Nur in der Internationale von Amsterdam war der Verrat auf Schritt und Tritt.

Nichts taten die Oudegeest, Jouhaux, Leipart, Husemann und Kompanie, um die Kohlenzufuhr nach England zu sperren.

Im Gegenteil, sie helfen den Kohlen- und Schiffsbaronen ihrer Länder, ungeheure Profite zu machen während des Kohlengräberstreiks, indem sie die Arbeiter in den Bergwerken und Häfen am Kampfe hinderten und sie zwangen, sich Zwangsschiedssprüchen zu unterwerfen.

Nur das russische Proletariat hat die größten Anstrengungen gemacht,

durch finanzielle Hilfe und restlose politische Solidarität den Kämpfenden den Rücken zu steifen. Amsterdams Scheinhilfe war dagegen in der Hauptsache ein Anleihengeschäft mit 4½ Prozent Zinsen.

Zum hundertsten Male muß es gesagt werden: Wenn Englands Bergarbeiter besiegt werden wegen der mangelnden Solidarität der kontinentalen Arbeiter und des reformistischen Verrats, dann wird

eine neue Unternehmeroffensive

mit verstärkter Macht gegen die Arbeiterklasse und ihre Arbeits- und Lohnbedingungen einsetzen. Habt Ihr nicht gelesen, was der Berliner Unternehmerhäuptling Borsig seinen Klassengenossen anempfiehlt?: Lohnabbau auf der ganzen Front.

Genossen! Arbeiter! Denkt daran. Macht endlich Schluß mit dem Streikbruch. Kommt Euren englischen Genossen in letzter Stunde zur Hilfe. Sammelt überall! Gebt schnell und reichlich! Heute noch könnt Ihr unsere englischen Brüder vor der Niederlage bewahren!

Nieder mit dem Streikbruch!

Es lebe die proletarische Solidarität!

Das Zentralkomitee der KPD.

Die Bergarbeiter lehnen das Regierungsdiktat ab

London, 23. November.

„Daily Telegraph“ schreibt: Premierminister Baldwin erhielt eine Mitteilung vom Sekretär des Bergarbeiterverbandes, daß die Bergleute die von der Regierung vorgeschlagenen Bedingungen für eine Regelung abgelehnt hätten. Diese Mitteilung bedeutet [illegible] **...ionalen Lohnschieds-** [illegible] **...n wird erklärt, daß** [illegible] **...ungen für die Dauer** [illegible] **...r Ansicht, daß durch** [illegible] **...s für das Schieds-** [illegible]

[illegible] ...ten EKKJ.

[illegible] ...au, 20. November.

[illegible] ...l eine vorbereitende [illegible] ...s Erweiterten Exeku- [illegible] ...e statt. Die Leitung [illegible] ...agen.

[illegible] ...Thesen des Genossen [illegible] ...n nächsten Aufgaben [illegible] ... ausgiebige Debatte [illegible] ...ierung des Thesen- [illegible]

[illegible] ...ten seines Berichtes [illegible] ...U., den er auf der [illegible] ...wird. Das EKKJ. [illegible]

[illegible] ...n zur britischen [illegible] ...vorgelegt werden.

[illegible] ...rkschaftsthesen [illegible] ...gelegt werden.

Genosse **Petrow** berichtete über die Arbeiten der chinesischen Kommission und der Kolonialkommission.

Das EKKJ. billigte den Entwurf zum Bericht des Genossen Kuusinen über die innere Lage und die Aufgaben der Kominternsektionen.

Das EKKJ. nahm ferner einen Aufruf zur Unterstützung der revolutionären Bewegung Indonesiens an.

Der Beginn der Plenartagung des Erweiterten EKKJ. wurde auf Montag, den 22. November, abends, festgesetzt.

Bevorstehende Inbetriebnahme des Großkraftwerks „Wolchowstroj“. Das neue Kraftwerk „Wolchowstroj“ bei Leningrad soll dieser Tage mit der Lieferung von elektrischem Strom beginnen. Die zwei ersten aus Schweden bezogenen Turbogeneratoren sollen in den nächsten Tagen in Betrieb gesetzt werden.

Was nun?

Nach der Landeskonferenz der Werktätigen Mitteldeutschlands

Halle, 23. November.

Worin besteht der große Erfolg der Landeskonferenz der Werktätigen Mitteldeutschlands? Darin, daß die Arbeiterschaft und ein Teil der Kleinbauern dem Ruf nach Bildung einer Kampfes-Einheitsfront folgten. Eine Reihe von Losungen, die bisher nur von einer schmalen Schicht der aktiven revolutionären Kämpfer verstanden wurden und den meisten Arbeitern schöne abstrakte Worte geblieben sind, gewannen Farbe und Charakter. „Einheitsfront der Werktätigen“, „Arbeiter- und Bauernregierung“ — diese Worte wurden auf der Konferenz von Leben erfüllt.

Wir haben damit einen Schritt vorwärts getan! Wir müssen aber auf keinen Augenblick vergessen, daß wir nur einen Schritt vorwärts getan haben. Nur einen Schritt! Worin muß nun der nächste Schritt bestehen? Die nächste Aufgabe besteht in der Auswertung der Konferenz. Diese Auswertung erfolgt nicht nur in der Berichterstattung der Delegierten, sondern sie besteht darin, daß wir auf Grund der gesammelten Erfahrungen die nächsten Aufgaben bestimmen.

Die Landeskonferenz hat den erwachenden Kampfwillen gegen die Trustherrschaft und kapitalistische Nationalisierung in einer wahrhaft imposanten Form zum Ausdruck gebracht. Aber wohlgemerkt: die großen Massen wissen kaum, was die Worte Trustherrschaft und Rationalisierung eigentlich bedeuten. Dagegen wissen sie sehr gut, was die **Elendslöhne** und die **lange Arbeitszeit** bedeuten.

Hier muß der Hebel angesetzt werden! Auf die **Verkürzung der Arbeitszeit** und auf die **Erhöhung der Löhne** muß der Kampf konzentriert werden. Die Landeskonferenz der Werktätigen Mitteldeutschlands hat zur Lohn- und Arbeitszeitfrage keine besondere Resolution eingebracht: sie stehen aber im Mittelpunkt der Forderungen, die das vom Kongreß bestätigte Manifest aufgestellt hat. Man sage nicht, daß Resolutionen unnütz sind. Aber es ist richtig, zu sagen, daß die Tat mehr wert ist als hundert Resolutionen.

Worin besteht aber die Tat? Die mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter haben die Kündigung des Arbeitszeitabkommens durchgesetzt. Das ist eine Tat. Aber wir wissen aus dem Verlauf der Lohnkämpfe im Ruhrgebiet und der Lohnverhandlungen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau nur allzu gut, daß die Verbandsbureaukratie keinen einzigen Schritt zur Entfaltung von Massenkämpfen von selbst tun wird, daß sie dagegen alle Schritte unternimmt, um solche Kämpfe durch sogenannte Kompromisse zu verhindern. Diese Kompromisse bedeuten in Wirklichkeit kampflose Niederlagen für die Arbeiterschaft.

Sind augenblicklich die Lohnfragen oder die Arbeitszeitfrage in den Vordergrund zu stellen? Nach unserer Ansicht sind die beiden Fragen voneinander überhaupt nicht zu trennen. Wenn die reformistische Gewerkschaftsbureaukratie und die SPD. jetzt versuchen, die Arbeitszeitfrage von der Lohnfrage getrennt zu behandeln und die Forderung des Achtstundentages mit großer Aufmachung verkünden, so ist dies ein Ablenkungsmanöver. Abgesehen davon, daß sie einen Achtstundentag unter Anerkennung der „Ausnahmefälle“ verlangen (wobei die Ausnahme dann die Regel bilden kann), wollen sie damit die Aufmerksamkeit von der brennenden Lohnfrage ablenken.

Und nun können wir die Frage beantworten, die viele Arbeiter an uns und an die Delegierten stellen: Was ist der praktische Ertrag der Landeskonferenz? Was nun?

Die sozialdemokratische Presse hat sich nicht entblödet, mit dem törichten Argument gegen den Kongreß zu operieren, daß er „keinen Pfennig Lohnerhöhung mit sich bringen wird“. Wer sich den „praktischen Erfolg“ so vorstellt, daß auf Beschluß der Landeskonferenz die Unternehmer von morgen an höhere Löhne zahlen werden, wird vielleicht derselben Meinung sein. Die Delegierten der Landeskonferenz, ob KPD.-, SPD.- oder parteilose Delegierte, sind aber anderer Meinung. Die wahrhaft begeisterte Stimmung, die den Kongreß beherrschte, griff gerade deshalb um sich, weil alle Delegierten die praktische Bedeutung der Verhandlungen begriffen.

Die Konferenz hat in zweierlei Beziehung die kommenden, unvermeidlichen Massenkämpfe um höheren Lohn und Verkürzung der Arbeitszeit wesentlich vorbereitet.

Erstens wurde durch eine Aufklärungskampagne über die besondere Wirtschaftslage Mitteldeutschlands und über die Nationalisierung die wirtschaftliche Grundlage für erfolgreiche Kämpfe aufgezeigt. Diese Aufklärungskampagne muß noch nach der Konferenz wesentlich gestärkt werden. Dadurch wird nicht nur der Boden für die Lohnkämpfe und Arbeitszeitkämpfe geschaffen, sondern auch der Wille zum Kampf um die Nationalisierung der Produktionsmittel, zum Kampf um den Sozialismus gestärkt. Wir können ohne Uebertreibung behaupten, daß die Losungen der Nationalisierung der Bodenschätze, der Großindustrie und des Großgrundeigentums nach Jahren der Depression zum ersten Male wieder als lebendige Forderungen empfunden und begrüßt wurden.

Zweitens hat die Landeskonferenz das Bündnis der Werktätigen ideologisch und organisatorisch gestärkt. Die Kleinbauern

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261123-18/fragment/page=0011